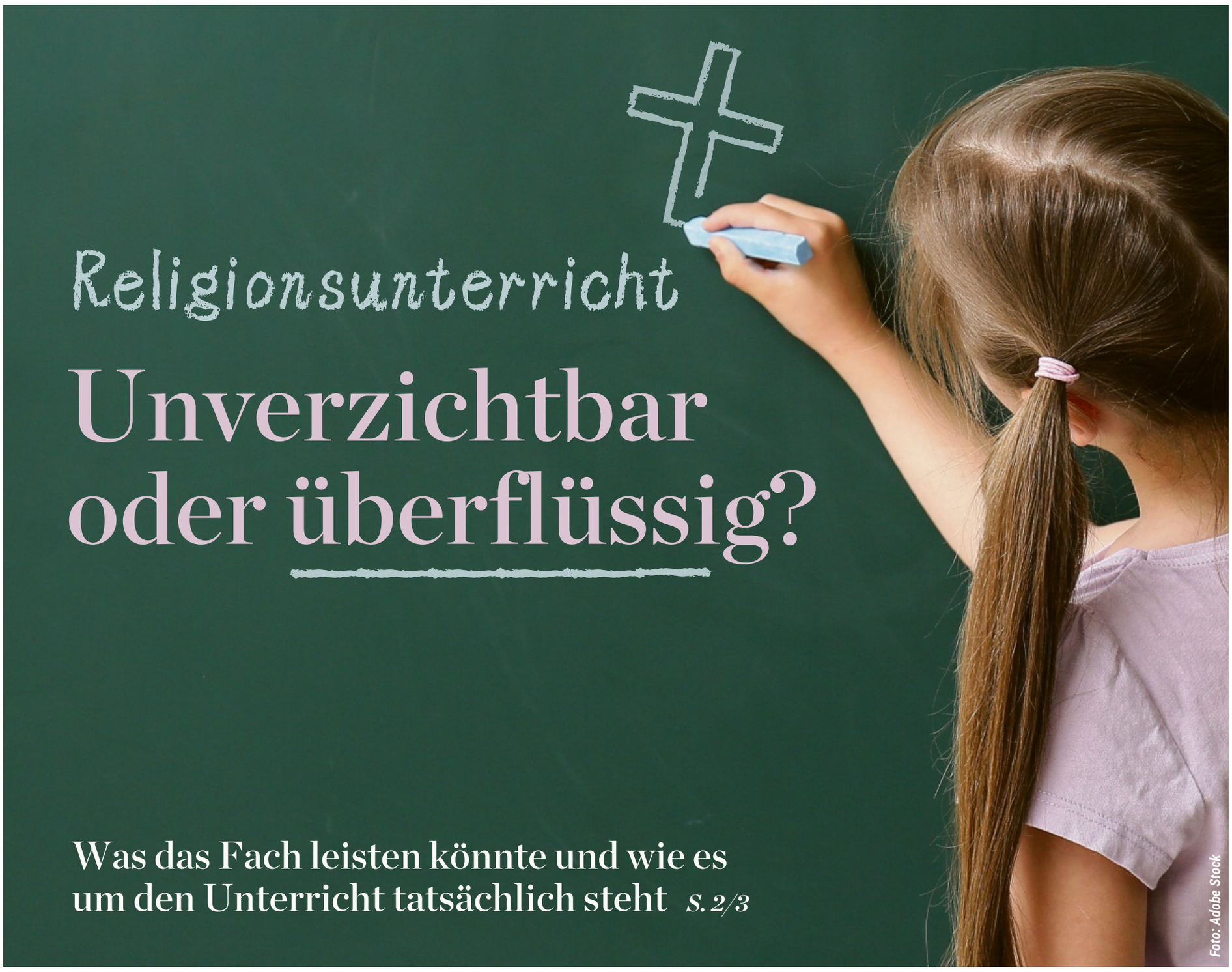
KATHOLISCHE WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Die Tagespost

TÄGLICH AKTUELL AUF
www.die-tagespost.de

30. Juli 2026, Würzburg, Jahrgang 79, Nr. 30 – 5,00 Euro



Religionsunterricht

Unverzichtbar oder überflüssig?

Was das Fach leisten könnte und wie es um den Unterricht tatsächlich steht *S. 2/3*

Foto: Adobe Stock

Anzeige

Künstliche Intelligenz auf katholisch?

Jetzt ausprobieren!

www.katholisch.ai

by k·tv



Foto: Imago / Independent Photo Agency Int.

INTERVIEW

Erzbischof Gänswein wird 70 *S. 9*

Kanzler ohne Hausmacht

Der Kabinettsumbau hat nur in einer Hinsicht einen Wechsel gebracht: Die Stimmung in der CDU ist jetzt noch schlechter als vorher **VON SEBASTIAN SASSE**

Nach einer Desaster-Woche bekommt Friedrich Merz am Ende auch noch Probleme mit dem Gesetz: Verfassungsrechtler werfen dem Kanzler ein unsauberes Verfahren vor. Nach dem Willen von Merz soll nicht das Parlament aus dem Sommerurlaub zurückgeholt werden, damit die neuen Minister vor dem Bundestag ihren Eid ablegen können. Ihre Amtsgeschäfte sollen sie aber schon ausführen. Das sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, so der Tenor der Kritiker. Denn erst mit dem Eid werde auch die Übernahme des Amtes wirksam. Und überhaupt: Die Art und Weise, wie der Kanzler hier agiere, stelle eine Missachtung des Grundgesetzes und des Parlamentes dar. Konnte man noch Anfang der Woche denken, als vor der deutschen Öffentlichkeit CDU-Politiker der hinteren, aber auch der vorderen Reihe ihrem Kanzler die Leviten lasen, schlimmer könne es für Friedrich Merz nicht kommen, zeigt nun dieses Beispiel: Schlimmer geht offenbar immer.

Eines steht jetzt schon fest: Seine Ursprungsrolle wird Friedrich Merz nicht mehr auf der politischen Bühne spielen können: Der Retter – mit dieser Hoffnung war er mit großer Mehrheit der Basis auf das Schild gehoben worden. Endlich, so schien Merz seinen Fans zu versprechen, steht wieder jemand an der Spitze, der weiß, was CDU-Politik pur bedeutet. Merz kam an die Macht durch einen stillschweigenden Pakt mit dem Parteivolk und der frustrierten Stammanhängerschaft: Ihr unterstützt mich und dafür bringe ich euch die gute alte CDU zurück. Zum letzten Mal, hier allerdings recht lautstark, flackerte diese Botschaft am letzten Tag vor der Bundestagswahl auf, als Merz seinen jubelnden Anhängern versprach: „Links ist vorbei." Als er dann aber die Realitäten erkennen und mit der SPD eine Koalition bilden musste, fehlte dem Kanzler plötzlich der richtige Sprechzettel. Die alte Botschaft zog nicht mehr, aber eine neue Rolle hatte er noch nicht für sich gefunden. Er suchte sie in der Flucht aus Berlin, auf den Gipfelhöhen der Außenpolitik. Doch auch als „Außenkanzler" machte Merz keine Punkte und stieg bei den Beliebtheitswerten immer mehr ab.

Und jetzt? Der Personalumbau im Kabinett sollte das Signal aussenden, jetzt ändere sich etwas. Dass diese Taktik aufgehen würde, war sowieso schon fraglich: Denn das CDU-Parteivolk leidet am meisten unter Bärbel Bas, Lars Klingbeil und Co. Solange Merz seinen Leuten nicht verkaufen kann, dass er die SPD im Griff hat und nicht umgekehrt, dürften ein paar personelle Wechsel bei der CDU-Ministerriege die Stimmungslage nicht ändern. Und dann kamen zu allem Überdruss auch noch handwerkliche Fehler dazu, die aber auch Einblicke in die menschlichen Führungsqualitäten gaben. Dass vor dem Hintergrund des unwürdigen Abgangs von Verkehrsminister Patrick Schnieder die Landtagsfraktion der CDU in Rheinland-Pfalz dem Kanzler einen vorher ausgemachten Besuch versagt, ist in dieser Form einmalig.

Umso interessanter, auf wen Merz jetzt seine Macht stützt: Einmal auf eine Gruppe, die ihn, solange er noch Kandidat auf den Vorsitz war, ablehnte: die Frauen in der Union. Deren Bundesvorsitzende Nina Warken übernimmt das Kanzleramt, Franziska Hoppermann wird Generalsekretärin. Damit honoriert er die programmatische Substanz, die die Frauen Union in der Leihmutterschaftsdebatte gezeigt hat. Zweiter Faktor: Baden-Württemberg, drei Top-Positionen sind mit Leuten aus dem Ländle besetzt: Thorsten Frei als Fraktionschef, Steffen Bilger im Verkehrsressort und eben Warken im Kanzleramt. Das Verhältnis von Merz zu seinem eigenen Landesverband NRW, der Heimat von Nachfolgekandidat Hendrik Wüst, ist gespalten. Sucht Merz jetztein bisschen Nestwärme in der politischen Heimat seines politischen Mentors Wolfgang Schäuble? Eine richtige Hausmacht, die auch Stürme wie die Wahlen im Osten übersteht, ist auch das nicht.

KOMMENTAR

Syrische Fehlleistung

VON STEPHAN BAIER

Es bedarf keiner großen Tapferkeit, hart mit den gestürzten Tyrannen ins Gericht zu gehen, gegen die Diktatoren von gestern das Wort zu erheben und mit der Vergangenheit abzurechnen. Genau das hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, der Portugiese António Guterres, jetzt in Syrien getan. Seit 2009 war kein UN-Generalsekretär mehr in Syrien, Guterres selbst besuchte das Land zuletzt 2010 als Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen – seither beobachtete und beurteilte man aus der Ferne. Jetzt aber stattete Guterres der Hauptstadt Damaskus einen „Solidaritätsbesuch" ab, um Präsident Ahmed al-Sharaa aufzusuchen und für die Aufhebung aller Sanktionen zu werben. Und er besuchte das Militärgefängnis von Saydnaya, in dem unter Assad Regimegegner weggesperrt, gefoltert und ermordet wurden.

Nichts davon ist kritikwürdig: Die Grausamkeiten des Assad-Regimes müssen benannt werden, die Syrer verdienen Solidarität beim Wiederaufbau ihres Landes, die Wirtschaftssanktionen waren immer schon falsch und wirken verheerend. Selbst die Kritik des UN-Generalsekretärs an den israelischen Militäreinsätzen, die die Souveränität Syriens verletzen, ist korrekt und entspricht den Pflichten seines Amtes. Hier jedoch endete Mut oder Einsicht. Denn Guterres hätte auch die aktuellen Zustände in Syrien öffentlich hinterfragen müssen, statt sich vom Al-Sharaa-Regime führen zu lassen. Sein Besuch wäre eine gute Gelegenheit gewesen, die Menschenrechte der ethnischen und religiösen Minderheiten vernehmbar anzumahnen. In den eineinhalb Jahren seit dem Sturz von Bashar al-Assad hat sich Syrien eben nicht zu einem demokratischen Rechtsstaat entwickelt. Ganz im Gegenteil: Die Gesinnungsgenossen des herrschenden Präsidenten terrorisieren brutal Alawiten, Kurden, Drusen und Christen. Anstelle von Religionsfreiheit fördert das neue Regime die Islamisierung von Staat und Gesellschaft. Ein Leben in Würde und Sicherheit sei für viele Syrer in ihrer Heimat nicht möglich, klagte erst vor wenigen Tagen der syrisch-katholische Erzbischof von Homs, Jacques Mourad. Die katastrophale Wirtschaftslage hat der UN-Generalsekretär thematisiert, die desaströse Menschenrechtsentwicklung leider nicht.

NACH ATTACKE WEGEN ISRAEL-PIN Eine Kundgebung in Würzburg richtet sich gegen israelbezogenen Antisemitismus *S. 4*

4 194023 105005 40031

Zwischen Verfassungsauftrag und Schulalltag

Das Grundgesetz sichert den konfessionellen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach. Weil die Bindung an die Kirchen nachlässt und konfessionelle Lerngruppen kleiner werden, entwickeln Länder und Kirchen gemeinsame Unterrichtsformen. Umstritten ist, ob deren konfessionelles Profil erkennbar bleibt. Der Wandel berührt zugleich das Recht der Eltern, über die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu entscheiden

VON PATRICK PETERS

Niedersachsen verändert vom Schuljahr 2026/27 an seinen Religionsunterricht grundlegend. Das neue Fach „Christliche Religion“ soll den katholischen und den evangelischen Religionsunterricht schrittweise ersetzen und wird von den beteiligten evangelischen Landeskirchen und katholischen Bistümern gemeinsam verantwortet. Im Schuljahr 2024/25 besuchten nach Angaben des Kultusministeriums rund 65 Prozent der Schüler eines der bisherigen christlichen Angebote. Das neue Fach verbinde „christliche Bildung mit den pädagogischen Anforderungen unserer Zeit“, erklärt Kultusministerin Julia Willie Hamburg. Die Kirchen ordnen es weiterhin als konfessionellen Religionsunterricht nach Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes ein.

Diese Zuordnung bildet den Kern der Auseinandersetzung. Artikel 7 erklärt den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen zum ordentlichen Lehrfach; ausgenommen sind bekenntnisfreie Schulen. Der Staat richtet das Fach ein und beaufsichtigt es, während die Religionsgemeinschaft die religiösen Grundsätze bestimmt und am Lehrplan sowie an der Bevollmächtigung der Lehrkräfte mitwirkt. Katholische Religionslehrer benötigen dafür die Missio canonica, die nach der jeweiligen diözesanen Ordnung vom Ortsbischof erteilt wird. Artikel 7 Absatz 2 überlässt den Eltern die Entscheidung über die Teilnahme ihres Kindes. Mit 14 Jahren entscheidet der Jugendliche selbst.



Das Fach unterscheidet sich dadurch von einer allgemeinen Religionskunde, weil es Glaubenslehren aus einer erkennbaren religiösen Position erschließt. Andere Religionen gehören zu seinem Gegenstand. Auch konfessionslose Schüler können teilnehmen, wenn die zuständige Religionsgemeinschaft dies zulässt. Das Bundesverwaltungsgericht sprach Religionsgemeinschaften 2005 einen Anspruch auf einen ihren Glaubensinhalten entsprechenden Unterricht zu, sofern sie die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Das gilt auch für jüdischen, orthodoxen oder islamischen Religionsunterricht.

Die Kultusministerkonferenz weist für 2023/24 insgesamt 1,67 Millionen Teilnehmer am katholischen Religionsunterricht aus. Das entsprach 25,2 Prozent der erfassten Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I. Den evangelischen Unterricht besuchten 1,90 Millionen Kinder und Jugendliche. Weitere 296.319 nahmen an einem konfessionsübergreifend erfassten Angebot teil. Ethik kam auf 1,76 Millionen, Philosophie auf 446.245 Teilnehmer. Rund 404.000 Schüler besuchten laut Statistik weder ein Religionsfach noch ein Ersatzfach.

Die katholischen Teilnehmer verteilen sich höchst ungleich auf die Länder. Nordrhein-Westfalen meldete 607.126 Schüler, Bayern 484.619 und Baden-Württemberg 281.130. Es folgten Rheinland-Pfalz mit 115.951, Hessen mit 86.383, das Saarland mit 34.988 und Niedersachsen mit 32.447 Teilnehmern. Berlin kam auf 11.821, Thüringen auf 8.215, Sachsen auf 4.119 und Brandenburg auf 2.989. Schleswig-Holstein zählte 2.560, Sachsen-Anhalt 813 und Mecklenburg-Vorpommern 473. Bremen weist das Fach nicht gesondert aus. Hamburg erhebt die Teilnahme nicht regelmäßig. Die KMK-Tabelle erlaubt deshalb für Hamburg keine Aussage über die tatsächliche Teilnehmerzahl.

Die Zahlen sind nur eingeschränkt vergleichbar. Baden-Württemberg lieferte beim katholischen und evangelischen Unterricht Daten aus dem Vorjahr. Nordrhein-Westfalen rechnet kooperative Gruppen den Konfessionen zu, Niedersachsen erfasst sie überwiegend als konfessionsübergreifend. In Brandenburg können sich Religionsunterricht und das Pflichtfach Lebensgestaltung–Ethik–Religionskunde überschneiden. Die gymnasiale Oberstufe fehlt in der Hauptsumme; dort wurden zusätzlich 116.664 katholische Teilnehmer gemeldet. Private und berufsbildende Schulen sind nicht vollständig erfasst.

Gemeinsamer Unterricht mit konfessionellem Profil

Die schulische Wirklichkeit hat sich schon vor der niedersächsischen Reform von vollständig getrennten Lerngruppen entfernt. Beim konfessionell-kooperativen Religionsunterricht lernen katholische und evangelische Schüler gemeinsam. Abgestimmte Lehrpläne und ein Wechsel der Lehrkräfte sollen beide Konfessionen erkennbar machen. Kirchen und Länder verstehen dieses Modell weiterhin als konfessionellen Unterricht.

Die Länder haben unterschiedliche Formen entwickelt. Baden-Württemberg schloss 2005 eine kirchliche Vereinbarung, Nordrhein-Westfalen ermöglicht Kooperationen landesweit. Hessen führt sie 2026/27 für die Klassen eins bis zehn zusätzlich ein. Kultusminister Armin Schwarz erwartet, dass die konfessionelle Identität erhalten bleibt. Kooperative Formen gibt es auch in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Sachsen-Anhalt und Thüringen; Sachsen erprobt sie. Bayern lässt Schüler einer kleinen Minderheitskonfession die Mehrheitsgruppe besuchen. Den Hamburger „Religionsunterricht für alle“ verantworten mehrere Religionsgemeinschaften. In Berlin ist Ethik in den Klassen sieben bis zehn Pflichtfach, religiöse Angebote können hinzutreten. Bremen unterrichtet Religion ohne konfessionelle Bindung, Brandenburg verbindet Lebensgestaltung–Ethik–Religionskunde mit kirchlichem Religionsunterricht. Für Berlin und Bremen schützt die Bremer Klausel ältere landesrechtliche Regelungen.

Der Ausdruck „überkonfessioneller Religionsunterricht“ verdeckt erhebliche Unterschiede. Ein katholisch-evangelisches Kooperationsmodell bleibt kirchlich verantwortet; auch der Hamburger Unterricht folgt Artikel 7 Absatz 3. Staatliche Fächer wie Ethik vermitteln Kenntnisse über Religion, ohne dass eine Religionsgemeinschaft ihre Grundsätze festlegt. Rechtlich kommt es darauf an, wer den Unterricht verantwortet und aus welcher Position er Religion erschließt.

Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) warnt seit 2022 vor einem Verlust dieser Position. Der Verband fürchtet, ein gemeinsames christliches Fach könne spezifisch katholische Inhalte zurückdrängen. Der Verein nennt die Sakramente, die Eucharistie und die Verehrung der Heiligen. Schüler benötigten einen bestimmten konfessionellen Standpunkt, um andere Überzeugungen sachgerecht zu beurteilen. Die Missio canonica verbinde die Lehrkraft mit der Kirche und verleihe ihrem Unterricht Glaubwürdigkeit. An katholischen Schulen gehöre das Fach zudem zum eigenen Profil. Der VkdL kritisiert außerdem, dass Elternvertretungen und katholische Lehrerverbände anfangs zu spät einbezogen worden seien. Er vermutet auch schulorganisatorische Interessen, weil gemeinsame Gruppen weniger Lehrerstunden beanspruchen können. Seine Forderung lautet, Schülern weiterhin eine konfessionelle Bildung und eine unverkürzte religiöse Beheimatung zu ermöglichen.

Der Verband Katholischer Religionslehrerinnen und Religionslehrer an berufsbildenden Schulen (VKR) betont die Bedeutung von Artikel 7 Absatz 3 für einen eigenständigen Ort religiöser Bildung in der öffentlichen Schule. Viele Schüler berufsbildender Schulen sind volljährig; zugleich gehören religiös gemischte Lerngruppen zum Alltag. Daher rücke neben dem Elternrecht das eigene Recht der jungen Menschen auf religiöse Bildung in den Vordergrund. Der Unterricht ermögliche ihnen, die Menschenwürde im Berufsalltag und Grenzen wirtschaftlichen Handelns zu erörtern. Konfessionalität bedeutet für den VKR einen erkennbaren Standpunkt, der zum Dialog befähigt. „Ein wirklicher Dialog braucht Positionen, die erkennbar sind“, erklärt der Verband. Konfessionell-kooperative Modelle und den Christlichen Religionsunterricht begrüßt er grundsätzlich. Die Grenze sei erreicht, wenn daraus ein allgemeiner Werteunterricht werde und religiöse Traditionen ihre prägende Bedeutung verlören. Nötig seien qualifizierte Lehrkräfte und eine Unterrichtsplanung, die das Fach nicht an den Rand dränge.

Auch der Bundesverband katholischer Religionslehrer und -lehrerinnen an Gymnasien erkennt im niedersächsischen Lehrplan ein christlich bestimmtes Fach, in dem klassische Inhalte ihren Platz behalten. Ein Gutachten für die niedersächsischen Kirchen hält den gemeinsamen Unterricht für verfassungsgemäß, sofern beide Kirchen ihn verantworten und er ihren Grundsätzen entspricht.

Warum katholische Politik das Elternrecht verteidigte

Die politische Bedeutung des Elternrechts erschließt sich aus den Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Im preußischen Kulturkampf erlebten Katholiken einen Staat, der den kirchlichen Einfluss auf die Schule begrenzen wollte. Katholische Politik verstand die Eltern als erste Verantwortliche für die Erziehung ihrer Kinder. Religionsunterricht und Bekenntnisschule sollten verhindern, dass der Staat die religiöse Bildung allein bestimmte. In der Weimarer Republik stritten die Parteien über Gemeinschafts- und Bekenntnisschulen. Die Reichsverfassung von 1919 erklärte den Religionsunterricht zum ordentlichen Lehrfach und berücksichtigte bei der Schulform den Elternwillen. Nach der nationalsozialistischen Herrschaft wuchs das Misstrauen gegenüber einem Staat, der Kinder weltanschaulich formen wollte. Im Parlamentarischen Rat drangen CDU und CSU auf den Schutz des Elternrechts und des Religionsunterrichts. Artikel 6 und Artikel 7 gaben dem Vorrang der Familie bei der religiösen Erziehung eine verfassungsrechtliche Form. Der Streit verlor an Schärfe, als die katholischen Milieus schwanden. Konfessionsverschiedene Ehen wurden selbstverständlich, und die ökumenische Zusammenarbeit nahm zu. Ende 2024 gehörten laut Deutscher Bischofskonferenz 19,77 Millionen Menschen der katholischen Kirche an, 23,7 Prozent der Bevölkerung. Im selben Jahr verzeichnete sie 321.611 Austritte.

In der öffentlichen Debatte erscheint der Religionsunterricht heute vorwiegend als schulisches Bildungsangebot. Seine frühere Bedeutung für den Schutz einer konfessionellen Lebensform erhält erheblich weniger Aufmerksamkeit. Im Schulalltag zeigt sich das Elternrecht vor allem bei der An- oder Abmeldung. Artikel 7 Absatz 2 gibt Eltern die Entscheidung über die Teilnahme ihres Kindes. Wo Lehrkräfte fehlen oder Gruppen klein werden, bestimmen organisatorische Erwägungen die Lösung. Das Recht tritt meist hervor, wenn ein Angebot wegfällt oder ersetzt wird. Wie gut Eltern ihre Rechte kennen, ist bundesweit nicht untersucht.

Der Autor arbeitet als freier Journalist.

„Der Unterricht muss Kindern eine Heimat geben“



Fotos: Adobe Stock

Pädagogik-Professor Klaus Zierer erklärt, warum der Religionsunterricht den Kindern zuerst den eigenen Glauben vermitteln muss. Erst danach ist überhaupt ein Dialog mit anderen Konfessionen und Religionen möglich

VON SEBASTIAN SASSE

Herr Professor Zierer, in meiner Kindheit hieß es immer: „Kopfrechnen: schwach, Religion: sehr gut“. Damit sollte ausgedrückt werden, dass Religion ein Fach sei, das nur irgendwie nebenbei laufe, aber nicht wirklich ernst zu nehmen sei. Wenn heute ein Unternehmer jemanden einstellen will, würden Sie ihm raten, auch auf die Religionsnote zu schauen?

Ich finde schon, dass er die Note beachten sollte. Denn für ihn ist nicht nur interessant, ob jemand gut in Deutsch oder Mathematik war, sondern auch, ob er einen Wertekosmos besitzt, ob er gewissenhaft und loyal ist, sich über bestimmte Fragen austauschen kann. Aber der von Ihnen zitierte Spruch stimmt heute häufig auch noch: Es zählt nur das, was gemessen werden kann. In der Schule ist das nicht nur im Umgang mit Religion, sondern auch mit Kunst oder Sport zu spüren. Dabei wird die integrative Kraft der Bildung vernachlässigt: In der bayerischen Verfassung gibt es den Bildungs- und Erziehungsauftrag zur Ehrfurcht vor Gott. Wir bilden ja nicht dadurch eine Gesellschaft, dass wir alle so gut rechnen und lesen können, sondern dadurch, dass wir in der Lage sind, uns mit Werten auseinanderzusetzen, diese zu reflektieren und darüber zu diskutieren und zu streiten. Der christliche Religionsunterricht ist deswegen kein Beiwerk, denn unsere Gesellschaft steht in der christlich-abendländischen Tradition.

Der Täter, der den Anschlag auf den CSD in Berlin verübt hat, hatte einen islamistischen Hintergrund und ist in Deutschland aufgewachsen. Hätte ein guter islamischer Religionsunterricht ihn davor schützen können, so in den Extremismus abzugleiten?



Das Wichtigste zuerst: So ein Anschlag ist eine Katastrophe, ein abscheulicher Akt. Mit Blick auf Ihre Frage würde ich schon sagen, dass ein institutionalisierter Religionsunterricht vor so einer Radikalisierung schützen kann. Wir müssen aber genau hinschauen, ob das, was in der jeweiligen Religion verkündet wird, im Einklang mit unseren Grundrechten steht. Was ebenfalls beachtet werden sollte: Religionsunterricht sollte nicht wertneutral sein. Ich persönlich stehe bestimmten Inhalten, für die der Christopher Street Day eintritt, durchaus kritisch gegenüber. Diese Kritik muss geäußert werden dürfen. Gerade auch dann, wenn sie religiöse Gründe hat. Es kommt dann aber noch ein anderer, entscheidender Wert dazu: der Respekt und die Achtung vor anderen Meinungen. Genau das kann der Schüler im guten Religionsunterricht lernen.

„Identität“ ist heute ein Begriff, der über vielen Debatten kreist. Früher schien durch Milieu und Herkunft geklärt, was diese Identität ausmacht. Heute ist sie zur Frage geworden.

Die eigene Identität zu bestimmen, wird für die jungen Leute heute immer schwieriger. Früher sind die Kinder zum Beispiel in einem Dorf zwischen Familie, Schulen und Vereinen aufgewachsen. Da ging alles in die gleiche erzieherische Richtung. Das ist heute alles weggebrochen. Das Lebensglück wird heute größtenteils im Materiellen gesucht. Das zeigt sich auch bei den Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen in den sozialen Medien: Die Jungen suchen bei Tiktok nach Videos über Bodybuilding und die Mädchen Schminktipps. Die Frage nach Sinn und Orientierung bleibt aber. Und sie ist auch die zentrale Dimension für den Religionsunterricht. So kann man sogar eigentlich sagen: Heute wird ein guter Religionsunterricht noch nötiger gebraucht als früher. Aber in der Unterrichtsrealität wird das nicht aufgegriffen.

Woran liegt das?

Der Religionsunterricht kann nur dann klar sein, wenn auch die Kirche, die ihn trägt, eine klare Position vertritt. Aber wo ist denn heute noch so eine katholische Stimme zu hören? Ich war kürzlich bei einer Veranstaltung zur Zukunft des Faches, da war auch ein Bischof mit dabei. Geredet wurde dort viel über interreligiöse Projekte. Ich habe mich dann zu Wort gemeldet und einen Gegenakzent gesetzt: Guter Religionsunterricht muss den Kindern zuerst einmal eine Heimat geben. Erst einmal muss ich wissen, wer ich bin und woher ich komme. Ich muss mich mit meinem eigenen Glauben beschäftigen. Erst in einem zweiten Schritt kann ich dann den Blick öffnen. Wenn man sich vor diesen Grundlagen drückt und nicht richtig Position beziehen will, dann landet man am Ende in einem etwas seltsamen Sozialkundeunterricht, der auch an dem vorbeiläuft, was die Kinder eigentlich verlangen. Die wollen nämlich Orientierung bekommen. Nur, ich habe das auch bei meinen eigenen drei Kindern erlebt, die wenigsten Religionslehrer scheinen dazu bereit zu sein, in dieser Weise zu unterrichten.

In Niedersachsen startet jetzt mit dem neuen Schuljahr interkonfessioneller Religionsunterricht. Was halten Sie davon?

In der Erziehung kommt es immer auf das Timing an. An unterschiedlichen Zeitpunkten sind unterschiedliche Dinge gefordert. Ich habe überhaupt nichts gegen den Dialog zwischen den Religionen oder auch den Konfessionen. Aber man darf mit diesem Diskurs nicht zu früh einsetzen. Erst einmal müssen die Kinder ihren eigenen Glauben kennenlernen. Wenn ich nicht weiß, was meine eigene Religion ausmacht, wie soll ich denn dann in einen Dialog eintreten können?

Die Sinnsuche beschreiben Sie als eine Eigenschaft, die jeden Menschen umtreibt. Das heißt, wenn die Kinder nicht in der Schule oder der Kirche solche Inhalte finden, suchen sie sie woanders?

Ja, zum Beispiel in den sozialen Medien könnten sie auch auf falsche Propheten stoßen. In diesem Zusammenhang finde ich interessant, dass aktuell oft sogenannte christliche Influencer angegriffen werden, weil sie angeblich zu radikale Positionen zum Christentum vertreten. Ich würde hier vor zu schnellen Urteilen warnen. Es zeigt sich hier nur: Die Suche nach Sinn, auch die Suche nach Sinn durch den Glauben, ist auch bei jungen Leuten durchaus vorhanden. Wenn sie aber bei den klassischen Anbietern keine Antworten finden, suchen sie die woanders. Hier müssten bei den Kirchen Alarmglocken klingeln. Sie sollten sich fragen, ob sie sich nicht auch wieder auf diesen Kern konzentrieren sollten. Solche Influencer pauschal zu verteufeln, hilft sicher nicht weiter.

Wie könnte die Kirche denn in die Offensive gehen?

Es gibt ein schönes Sprichwort: Was nichts kostet, ist auch nichts wert. Das ist Kindern zum Beispiel ganz unmittelbar verständlich. Nehmen Sie die Erstkommunion. Den Kindern muss vermittelt werden, dass es nicht nur eine Feier gibt und davor und danach sie nie in der Kirche auftauchen müssen. Sie müssen lernen, dass die Feier der ersten Heiligen Kommunion auch mit Pflichten verbunden ist. Das muss in einer gewissen Bestimmtheit vermittelt werden, das wirkt dann auch. Wenn aber so eine Wischiwaschi-Haltung herrscht, dann haben auch die Kinder kein Interesse. Kinder haben Freude daran, sich anzustrengen. Das gilt in der Schulbildung generell. Kinder freuen sich, wenn sie mit ihren Leistungen glänzen können. Wenn ich versuche, Glaubensfragen tiefgründig zu reflektieren, dann ist das anstrengend. Für die Schüler, aber auch für die Lehrer.

Die Lehrer sind doch sowieso die Schlüsselfiguren. Die theoretischen Konzepte mögen noch so ausgefeilt sein, sie müssen es letztlich umsetzen. Wie schauen Sie auf das aktuelle Lehrpersonal?

Wir haben generell ein Problem in der Lehrerbildung – das schlägt natürlich auch beim Religionsunterricht zu Buche. Die Lehrer werden vielfach zu Einzelgängern sozialisiert, zu Fachidioten gemacht und gerade für das, was einen guten Lehrer ausmacht, ist kein Platz: Er muss bei den Kindern und Jugendlichen Debatten erkennen und führen können. Man muss wahrscheinlich ganz von vorne anfangen: Religionslehrer sollten sich die Frage stellen: Was ist meine Aufgabe und was macht guten Religionsunterricht wirklich aus? Ich habe es bei meinen Kindern erlebt, dass manche Lehrer gesagt haben, das, was in der Bibel stehe, sei alles Schmarrn.



Foto: privat

Die Gefahr, dass sich Klaus Zierer in den Elfenbeinturm der Wissenschaft zurückziehen könnte, ist nicht gegeben. Der „Debattenkönig der Bildungspolitik“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ einmal den 50-jährigen Professor für Schulpädagogik an der Universität Augsburg genannt hat, meldet sich immer wieder öffentlich zu Wort. Der Katholik hat sich auch mit dem Religionsunterricht beschäftigt: 2024 veröffentlichte er zusammen mit Thomas Gottfried „Ehrfurcht vor Gott. Über das wichtigste Bildungsziel einer modernen Gesellschaft“, 2013 erschien von ihm zusammen mit Kardinal Reinhard Marx „Religion und Bildung“.

Ein weiblicher Armin Laschet

Die Katholikin Franziska Hoppermann wird CDU-Generalsekretärin

VON SEBASTIAN SASSE

Im Kleinen Michel in Hamburg spielt sie regelmäßig die Orgel, nun wird sie im Berliner Adenauer-Haus in die Tasten greifen: Franziska Hoppermann soll nach dem Willen des CDU-Vorstands neue Generalsekretärin ihrer Partei werden. Das ist die spannendste Folge des Personal-Karussels, das der Fall Spahn in Gang gesetzt hat. Denn die 44-jährige Hoppermann steht für ein christdemokratisches Profil, für das zumindest ursprünglich gerade der Kanzler nicht als Gewährsmann galt. Hoppermann ist so etwas wie ein weiblicher Armin Laschet. Sie zählt zu einer Spezies von CDU-Politikern, die in der Partei mittlerweile unter Artenschutz stehen müsste, weil sie auszusterben droht: Katholisch und kirchlich geprägt. Aber nicht so wie ein Jens Spahn, der ja selbst noch in seinen letzten Rechtfertigungen versuchte, sein Katholisch-Sein damit zu vermischen, gleichzeitig damit aber nur einen recht eigenwilligen Blick auf seine Kirche und deren Lehre bewies: Was nicht passt, wird passend gemacht, schien hier die Devise des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden zu sein. So etwas ist von Hoppermann nicht zu erwarten: Für die verheiratete Hamburgerin, die Mutter eines Sohne ist, ist das kirchliche Leben so etwas wie der Humus, in dem sie als politische Persönlichkeit herangewachsen ist. Die Christlich-Soziale, sie zählt zur CDA, ist seit ihrer Jugend bei den Maltesern aktiv. Eben ganz ähnlich wie bei Laschet, der immer wieder betont: Erst war da der Katholik Laschet und dann erst der Politiker.

Freilich hatte gerade Laschet in jüngster Zeit immer wieder Sorge darüber geäußert, dass dieser Typus des engagierten katholischen Laien, der bei den Christdemokraten aktiv ist, zum Relikt werden könnte. Hat das nun auch Friedrich Merz erkannt? Es war wohl ein Lernprozess mit vielen Hammerschlägen. Zwar stammt der Kanzler aus dem Sauerland aus dem katholischen Milieu, ist ebenso wie Laschet als Studenten beim katholischen CV aktiv geworden. Für die politische Dimension, die so eine Verwurzelung eigentlich nach sich zieht, zeigte er aber bisher wenig Sensibilität. Besonders deutlich wurde das im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit Frauke Brosius-Gersdorf als er viele Christen unter seinen Wählern verunsicherte. Der Fall Spahn war dann wohl das Tüpfelchen auf dem I. Ganz klar: Merz war vor allem der Kandidat der Konservativen und der Wirtschaftsliberalen in der Partei. Gerade von konservativer Seite in der Partei wird freilich bei jeder Gelegenheit die Bedeutung des „C“ in Sonntagsreden deklamiert. Aber wie weit es ist wirklich damit? Eine Frage, die wohl jetzt Merz beschäftigt, schließlich war es ja mit Jens Spahn einer der prominentesten Vertreter dieses Flügels, der nun seine Partei so in die Bredouille gebracht hat. Der christlich-soziale Flügel, zu dem neben dem CDU-Arbeitnehmern CDA auch die Frauen-Union zu rechnen sind, zeigte in der Spahn-Debatte, das er nicht nur das christliche Menschenbild beschwören, sondern auch programmatisch ausbuchstabieren will. Daran will wohl die Partei anschließen.



Franziska Hoppermann *Foto: Imago/J. Sonntag*



Der Vorsitzende der DIG Würzburg, Konstantin Mack, bei seiner Rede auf der Kundgebung gegen antisemitische Gewalt. *Foto: Jakob Naser*

Solidaritätsbekundungen und scharfe Worte

Ein Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wird von einem Syrer in Würzburg krankenhausreif geschlagen. Die Organisation reagiert mit einer Kundgebung gegen Antisemitismus

VON JAKOB NASER

Am sonnengefluteten Freitagabend bildet sich auf dem Unteren Markt im unterfränkischen Würzburg eine Menschentraube. Aus dem im Zentrum des Platzes gelegenen Obeliskenbrunnen plätschert Wasser. An ihm lehnt ein Schild mit der Aufschrift „Würzburg steht für Zusammenhalt. Nicht für ‚Globalize the Intifada‘“. Fünf Tage nach dem Angriff auf ein 65-jähriges Mitglied der Organisation hat die „Deutsch-Israelische Gesellschaft“ (DIG) zu einer Kundgebung gegen antisemitische Gewalt aufgerufen.

Kontakt zu den „Antideutschen“

Details zu der Attacke stehen auf einem Infozettel mit der Überschrift „Antisemitischer Angriff in Höchberg bei Würzburg“, der von einem jungen Mann mit Israelflagge um den Schultern verteilt wird. Was war geschehen? Am 20. Juli wurde ein DIG-Mitglied auf dem Nachhauseweg „wegen eines Israel-Ansteckers an seinem Revers israelfeindlich“ angesprochen. Der Angreifer soll dem Opfer während des Gesprächs „unvermittelt ins Gesicht“ geschlagen und, als „der Betroffene bereits wehrlos am Boden lag“, weiterhin auf dessen „Kopf und Körper“ eingetreten haben. Laut einer am Dienstag veröffentlichten Pressemeldung des Polizeipräsidiums Unterfranken wurde der Tatverdächtige festgenommen und befand sich in Untersuchungshaft.

Das Opfer lag mit einem Wirbelbruch auf der Intensivstation. Dass es sich laut Angaben der Polizei bei dem Angreifer um einen 20 Jahre alten Syrer handelte, ist auf dem Flyer der DIG nicht erwähnt. Auf der Rückseite des Zettels befindet sich zudem ein Spendenaufruf des Verlags „Ça ira“. Denn das verletzte DIG-Mitglied ist Autor des nach einem französischen Revolutionslied benannten Publikationsorgans. Der Verlag wurde 1985 von der „Initiative Sozialistisches Forum“ (ISF) gegründet und wird der antideutschen Strömung innerhalb der politischen Linken zugerechnet, die eine ausdrücklich proisraelische Haltung vertritt. Auf der Webseite des Verlags finden sich unter anderem ein E-Book mit dem Titel „Antideutscher Katechismus“ sowie der Text „Was bedeutet: ‚Nie wieder Deutschland‘? Eine ungehaltene Rede“ des 2019 verstorbenen Publizisten Joachim Bruhn, der mit den Worten „Liebe Linksradikale“ beginnt.

Noch bevor die Kundgebung beginnt, ruft ein Mann einem Teilnehmer mit einem Tanktop, auf dem das Logo der „Israel Defense Forces“ (IDF) aufgedruckt ist, im Vorbeigehen zu: „Das ist schon ein bisschen peinlich. Also Kinder töten findet man geil, oder?“ Der Angesprochene zeigt jedoch keine Reaktion.

Etwas später tritt Konstantin Mack an das vor dem Obeliskbrunnen aufgebaute Mikrofon. Der Grüne Lokalpolitiker und Vorsitzende der DIG Würzburg verkündet den laut Angaben eines anwesenden Polizisten rund 100 Teilnehmern der Kundgebung, dass sie seit der Bekanntmachung des Angriffs „unzählige Anrufe und Nachrichten aus der gesamten Bundesrepublik“ erreicht hätten. Zudem gab er bekannt, dass das Opfer aus dem Krankenhaus entlassen worden sei und sich auf dem Weg der Besserung befinde. „Wir erwarten eine vollständige Genesung ohne bleibende Schäden“, so Mack. Von einer Bekanntgabe des Namens des Betroffenen auf der Kundgebung sehe die DIG „auch in Absprache mit dem Staatsschutz“ ab. Das Bedrohungsszenario sei nach wie vor real.

Laut Mack schlachte die Boulevardpresse „den Fall aus“ und schüre dabei „rassistische Vorurteile“. Der gesellschaftliche Kontext werde dabei vollständig ausgeblendet. Antisemitismus sei laut Mack in Deutschland „tief verwurzelt“ und seit dem 7. Oktober in „allen politischen Lagern salonfähig“. Das „dröhnende Schweigen der Würzburger Zivilgesellschaft“ befremde ihn. Zudem erhalte die DIG in den sozialen Netzwerken „hunderte Kommentare, die abgrundtief antisemitisch“ seien. „Unter Klarnamen, mit Urlaubs-Selfie als Profilbild, werden da Hakenkreuze gepostet, um zur Gewalt gegen genau diese Kundgebung aufzurufen“, erklärt Mack. Dies zeige, „wie groß die antisemitische Enthemmung“ in Deutschland sei.

Unter den Rednern bei der Kundgebung befindet sich auch Josef Schuster, der Präsident des „Zentralrats der Juden in Deutschland“ (ZdJ). „Ich bin persönlich tief erschüttert, weil ich es nicht für möglich gehalten habe, solche Gewalt auch im Raum Würzburg zu erleben“, erklärt er. Ein Bekenntnis zum Jüdischen Staat reiche offenbar aus, „um solche Gewaltexzesse zu produzieren“. Antisemitischer Hass richte sich laut Schuster „gegen unsere offene Gesellschaft und gegen die liberale Demokratie“. In Deutschland gebe es „keinen Ort mehr, an dem israelfeindliche, antisemitische Gewalt ausgeschlossen“ sei. Der Angreifer müsse „die volle Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen.“ Diese Härte sei „notwendig“ und „in diesem Fall geboten“. Auch bedankte sich Schuster bei der Generalstaatsanwaltschaft München für die Einordnung der Tat als versuchten Mord.

Zudem verliest eine Angehörige des Opfers des Angriffs ein von diesem verfasstes Grußwort. Darin bedankt sich der 65-Jährige unter anderem bei den „Genossinnen und Genossen der Würzburger DIG“ und dem Bischof von Würzburg, Franz Jung, für die Unterstützung. Das DIG-Mitglied berichtet davon, dass es bereits im vergangenen Jahr Angriffe auf seine Person gegeben habe. Auslöser sei „stets das Symbol, das sowohl für den Staat Israel als auch für das jüdische Volk weltweit einsteht“, gewesen: „der Stern, das Schild Davids, Schutzschild der Juden“.

Auch der Würzburger Oberbürgermeister Martin Heilig samt Rathausspitze ist auf der Kundgebung vertreten. In seinem Redebeitrag spricht Heilig dem DIG-Mitglied Genesungswünsche aus und bekundet diesem gegenüber seine Solidarität. Der Grünen-Politiker weist darauf hin, dass es „sehr starke Hinweise“ darauf gebe, dass hinter dem Angriff ein antisemitisches Motiv stecke, auch „wenn der Täter psychologisch noch so vorbelastet“ sei. Antisemitismus beginne nicht erst bei körperlicher Gewalt, sondern „dort, wo Äußerungen gemacht werden, die herabwürdigend sind, wo Hass auf Zustimmung oder Gleichgültigkeit trifft“. Hass und Gewalt hätten in Würzburg keinen Platz. „Unsere Geschichte hat gezeigt, wohin Hass führen kann“, so Heilig.

Juden haben Todesangst in Deutschland

Die energischste Rede hält der Münchner Kabarettist Christian Springer. „Vielleicht hilft ein Wort an die Judenhasser. Was in aller Welt haben Jüdinnen und Juden euch angetan? Und ich kann es euch sagen: Nämlich nichts und noch einmal nichts!“, ruft er ins Mikrofon. Es gebe wieder Todesangst von Juden in Deutschland. „Eingeführt ist sie von den Zuwanderern, von den Muslimen, von den Asylbewerbern?“ lautet Springers rhetorische Frage, die er mit „Nein“ beantwortet. „Die Saat stammt aus Deutschland und sie lebt“, erklärt der Kabarettist, woraufhin die Teilnehmer der Kundgebung applaudieren. Judenhass verbinde „Linke, Rechte, Islamisten und Putin-Freunde, Corona-Leugner, Nachbarn, Kegel-Freunde, Studenten und leider auch Künstler“. Am Ende der Kundgebung weist der DIG-Vorsitzende Konstantin Mack auf die auf den Flyern beworbene und am Vortag gestartete „Solidaritätskampagne“ hin. Mit den Spendengeldern sollten die Kosten des anstehenden Strafverfahrens gedeckt werden, „um das Opfer nicht mit der finanziellen Belastung allein zu lassen“. Wer „ein paar Euro“ übrig habe, könne sich einen Flyer mitnehmen. Zudem zeigt sich Mack erfreut darüber, dass es in Würzburg „durchaus auch sehr viele Menschen mit einer klaren Haltung“ gebe.



Im Moment wird Schloss Bellevue, Dienstsitz des Bundespräsidenten, renoviert. Täte so eine Erneuerung auch dem Amtsverständnis gut? *Foto: Imago/Joko*

Wer soll hier rein?

Im Januar wird ein neues Staatsoberhaupt gewählt. Das Kandidatenkarussell dreht sich **VON SEBASTIAN SASSE**



Ilse Aigner (CSU) ist bayerische Landtagspräsidentin.. *Foto: Imago/Rolf Poss*



Karin Prien (CDU) ist Bundesfamilienministerin. *Foto: Imago/Matthias Gränzdörfer*



Julia Klöckner (CDU) leitet eine Bundestagssitzung. *Foto: Imago/Bernd Elmenthaler.*



Juli Zeh: Schriftstellerin, Verfassungsrichterin und SPD-Mitglied. *Foto: Imago/Teutopress*



Boris Rhein (CDU) – die stille Reserve für das Schloss? *Foto: Imago/Bernd Elmenthaler*

Staat machen kann sie schon jetzt. Das hat Ilse Aigner vor ein paar Tagen wieder bewiesen: Als Landtagspräsidentin begrüßte sie Gäste aus allen gesellschaftlichen Bereichen Bayerns zum Sommerempfang des Landtags auf Schloss Schleißheim. In feiner Robe gab sich die 61-Jährige volkstümlich, zu jedem Selfie bereit. Ganz die Landesmutter. Eigentlich gebührt diese Ehre ja Karin Baumüller-Söder. Aber vielleicht sieht es Markus Söder doch ganz gerne, dass die Parteifreundin, die seit 2018 dem Maximilianeum vorsteht, in dieser Weise einen Fokus auf die repräsentativen Aufgaben setzt. Die Vorsitzende des mächtigen Bezirksverbandes Oberbayern könnte nämlich durchaus ihre Muskeln spielen lassen und es damit ihrem alten Konkurrenten seit JU-Tagen ab und an schwer machen. Da es in der CSU sowieso schon grummelt – siehe Pfingst-Brief von Manfred Weber – kann er Konkurrenz von dieser Seite nicht gebrauchen. Das mag erklären, warum er Aigner von sich aus vor einigen Wochen für das höchste Staatsamt ins Spiel gebracht hat. Jetzt zog auch Merz nach und nannte Aigner präsidiabel. Die unverheiratete Katholikin ist Landesvorsitzende von „Donum Vitae“ in Bayern. Als 2024 die Ampel-Koalition den § 218 kippen wollte, plädierte sie dafür, die geltende Regelung beizubehalten.

Als Karin Prien noch Bildungsministerin in Schleswig-Holstein war, schaffte sie es schnell, zu einem der Gesichter des liberalen Flügels ihrer Partei zu werden. Gefördert durch Ministerpräsident Daniel Günther – der von feindlichen Parteifreunden gerne „Genosse Günther“ genannt wird – stand die Christdemokratin als bekennende Merkelistin für viele klassische Schwarze auf der roten Liste.

Das dürfte auch heute noch so sein. Während sie möglichen Unterstützern aus der SPD oder von den Grünen leicht vermittelbar ist, dürften doch viele Parteifreunde weiter mit Prien hadern. Allerdings hat sie, seit sie am Kabinettstisch in Berlin sitzt, durchaus versucht zu beweisen, dass sie auch anders kann. In ihrem Ministerium ist sie, wenn auch für den Geschmack von vielen Konservativen viel zu zaghaft, die Finanzierung von linken NGOs durch Bundesmittel angegangen. Prien ist keine eigentliche Linke, sondern eine bürgerliche Liberale. Ihre ersten Schritte machte sie in der Pressestelle von Richard von Weizsäcker, der einst als Regierender in Berlin die CDU zur liberalen Großstadtpartei machen wollte. Das ist auch ihr Idealbild. Karin Prien ist die einzige Jüdin im Kabinett. Die 61-Jährige bezeichnet sich aber nicht als religiös. Ihre Kandidatur wäre auch ein Zeichen gegen Antisemitismus.

Fast scheint es so, als habe Julia Klöckner erst jetzt als Bundestagspräsidentin das Amt gefunden, das richtig zu ihr passt. Zwar besetzt sie schon seit vielen Jahren höhere politische Positionen, aber sowohl als CDU-Oppositionsführerin in Mainz wie auch als Bundeslandwirtschaftsministerin konnte sie nicht recht reüssieren. Das Repräsentative, aber auch das Grundsätzliche liegt ihr als zweite Frau im Staat mehr. Debatten stößt die 53-jährige Katholikin gerne an. Auch dann, wenn sie kontrovers sind. Dabei kommt ihr eine Eigenschaft zugute, die auch ihr Landsmann Kurt Beck hatte. Der frühere SPD-Ministerpräsident in Mainz hatte als Devise ausgegeben, man müsse „bei de Leut“ sein. Genau das kann Klöckner auch, leutselig plaudern und gleichzeitig merken, wo den Menschen der Schuh drückt. Als sie die Politisierung der Kirchen kritisierte oder die Neutralität des Bundestages wahrte und beim CSD nicht die Regenbogenflagge vor dem Reichstag hissen ließ, konnte sie die Uhr danach stellen, wann die ersten kritischen Reaktionen eintreffen. Aber sie fühlte sich sicher, denn ihr Gespür sagte ihr: Die Mehrheit der Bevölkerung tickt genauso. Seither halten manche Linke Klöckner, die ursprünglich mal Religionslehrerin war, für eine eingefleischte Konservative. Tatsächlich orientiert sie sich nur an dem, was sie für „gesunden Menschenverstand“ hält.

Wenn Juli Zeh als potenzielle Kandidatin genannt wird, dann schwingt da auch immer ein „Zu schön, um wahr zu sein“ mit. Das hat die 52-Jährige mit ihrem Schriftsteller-Kollegen Navid Kermani gemeinsam, dessen Name auch immer wieder fällt, wenn alle fünf Jahre überlegt wird, ob denn nicht einmal Platz für einen Nicht-Politiker im Schloss Bellevue wäre. Allerdings – und das ist vielleicht ein Unterschied – hat Zeh durchaus politische Erfahrungen: Sie ist SPD-Mitglied, und da die Sozis sich in ziemlich schwieriger Lage befinden, wird die prominente Genossin ab und an einmal in die vordere Reihe geschoben. So durfte sie auch schon mit Olaf Scholz talken. Der andere Bereich, wo sie zumindest mit Politik in Berührung kommt: Die Juristin ist ehrenamtliche Richterin am Verfassungsgerichtshof in Brandenburg. Was sie aber als Kandidatin so interessant macht: Juli Zeh ist eine Ostdeutschland-Versteherin. Geboren in Bonn und in der alten Bundesrepublik groß geworden, lebt sie seit 2007 in Barnewitz, einem Dorf in Brandenburg. Immer wieder hat sie versucht, die ostdeutsche Perspektive in die öffentliche Debatte einzubringen. Zum Beispiel während der Corona-Pandemie, wo sie dem harten Maßnahmen-Regime mit Skepsis begegnete. Ein Profil, das angesichts der Umwälzungen, die die Landtagswahlen dort bringen werden, attraktiv ist.

Könnte er zur stillen Reserve werden? Es scheint ausgemachte Sache zu sein, dass das nächste Staatsoberhaupt weiblich ist. Aber in der Politik weiß man nie. Wenn es keine Einigung auf eine Kandidatin gibt, muss vielleicht doch wieder ein Mann ran. Boris Rhein, seit Mai 2022 hessischer Ministerpräsident, könnte so ein Joker sein. Als Landeschef ist er politisch erfahren und weiß auch, wie „Landesvater“ geht. Der 54-Jährige führt seine Koalition nahezu geräuschlos. Er hat schon mit den Grünen zusammen regiert, jetzt sitzt er mit SPD-Ministern in Wiesbaden am Kabinettstisch. Das dürfte von Vorteil sein, wenn es in der Bundesversammlung darum gehen müsste, Mehrheiten zu organisieren.

Anders als andere Ministerpräsidenten, Hendrik Wüst oder Daniel Günther, hat Rhein bisher keine Ambitionen auf das Kanzleramt erkennen lassen. Freilich macht gerade das ihn auch dort zu einer stillen Reserve. Er wäre jemand, der als Kompromisskandidat über den Parteilagern in der Union gefunden werden könnte. Weil das manche denken, kann das auch dazu führen, dass ihn nun niemand als Bundespräsidenten „verschwenden“ will. Der verheiratete Vater zweier Kinder ist praktizierender Katholik. Als es in der Migrationsfrage Kritik von den Kirchen an der Union gab, mahnte er zur Mäßigung gegenüber der C-Partei.

Kirchenverfolgung in Nicaragua

Das Ortega-Regime geht brutal gegen die Kirche vor

VON JOSÉ GARCÍA

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, der österreichische Jurist Volker Türk, hat die nicaraguanischen Behörden aufgefordert, Auskunft über Aufenthaltsort und Gesundheitszustand des emeritierten Bischofs von Estelí, Abelardo Mata Guevara, zu geben. Der 80-Jährige war am 29. Juni festgenommen worden und ist seither nicht mehr gesehen worden. Türk beunruhigen die Berichte über Repressionen gegen die katholische Kirche und andere Glaubensgemeinschaften. Zugleich fordert er die Freilassung aller willkürlich Inhaftierten und erinnert Nicaragua an seine Verpflichtungen aus dem internationalen Menschenrechtsschutz. Bereits am 16. Juli hatte die Interamerikanische Menschenrechtskommission die Regierung von Daniel Ortega und Rosario Murillo aufgefordert, über Matas Lage zu informieren und sein Leben sowie seine körperliche Unversehrtheit zu gewährleisten.

Laut kirchennahen Quellen war der Bischof festgenommen worden, nachdem er für die verfolgte Kirche in Nicaragua eine Messe gefeiert hatte. Mit ihm sollen zwei Priester und ein Diakon abgeführt worden sein. Zunächst hieß es, Mata stehe unter Hausarrest. Später erklärte das Innenministerium, gegen ihn werde wegen der Herkunft von Vermögenswerten und familiärer Verbindungen ermittelt. Bischof Mata leidet an Diabetes, Sehproblemen und einer Herzerkrankung. Die Bischöfe Mittelamerikas forderten deshalb, ihm unverzüglich ärztliche Betreuung zu ermöglichen.

Der Fall Mata fügt sich in die seit 2018 stetig verschärfte Verfolgung der katholischen Kirche ein. Geistliche, Ordensleute und Laien wurden überwacht, verhört, festgenommen, ausgewiesen oder an der Rückkehr nach Nicaragua gehindert. Kirchlichen Einrichtungen wurde die Rechtspersönlichkeit entzogen, ihr Vermögen beschlagnahmt, katholische Medien wurden geschlossen und Prozessionen sowie andere öffentliche religiöse Veranstaltungen verboten. Auch Universitäten, Hilfswerke und Ordensgemeinschaften mussten ihre Tätigkeit einstellen. Nach kirchlichen Angaben waren bis Januar 2024 insgesamt 203 Geistliche sowie Ordensleute inhaftiert, verbannt oder ausgewiesen worden beziehungsweise durften nicht mehr in das Land einreisen. Prominentester Fall ist Bischof Rolando Álvarez von Matagalpa. Er wurde im August 2022 festgenommen und im Februar 2023 wegen angeblichen Hochverrats zu 26 Jahren und vier Monaten Haft verurteilt, nachdem er sich geweigert hatte, zusammen mit 222 politischen Gefangenen in die USA ausgeflogen zu werden. Am 14. Januar 2024 kam er nach mehr als 500 Tagen Freiheitsentzug frei, musste aber mit einem weiteren Bischof, 15 Priestern und zwei Seminaristen in den Vatikan ausreisen.

Der vor wenigen Tagen in seinem Amt für weitere vier Jahre bestätigte Türk verband seine Kritik an der Kirchenverfolgung mit einer Warnung vor dem weiteren Abbau der rechtsstaatlichen Ordnung. Anlass war Ortegas Ankündigung vom 19. Juli, künftig werde es in Nicaragua keine Wahlen mehr geben. Der UN-Menschenrechtskommissar forderte die Wiederöffnung des zivilgesellschaftlichen Raumes und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit. Menschen aller politischen Richtungen müssten wählen und für öffentliche Ämter kandidieren dürfen. Nach Angaben des UN-Menschenrechtsbüros wurde mehreren Rechtsanwälten die Zulassung entzogen; zudem befinden sich 46 politische Gefangene in Haft. Laut Türk verschärfen diese Entwicklungen die Einschränkung der Grundfreiheiten, den Abbau des zivilgesellschaftlichen Raumes und die fortschreitende Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit.



Die gewaltsamen Ausschreitungen gegen Migranten aus mehreren anderen Ländern Afrikas, wie hier in Johannesburg, sind ein Symptom für das Regierungsversagen des ANC in Südafrika. *Foto: Imago/Ihsaan Haffejee*

Afrikanische Vetternwirtschaft

Das Versagen der Linken befeuert den rechtspopulistischen Fremdenhass in Südafrika **VON MICHAEL GREGORY**

Schwangere, die auf ihren Bauch zeigen, um nicht verprügelt zu werden, Meuten, die mit Knüppeln und Schlagstöcken auf ihre Nachbarn losgehen, Vermummte, die mit der Nationalflagge wedeln: Es sind erschreckende Bilder, die seit Wochen von Südafrika aus in die Welt gehen. Die fremdenfeindlichen Bewegungen „March and March“ und „Operation Dudula“ blasen in vielen Städten des Landes zum Sturm auf Einwanderer aus Simbabwe, Mosambik, Malawi oder Kongo, und das ausgerechnet in dem Land, auf das die Welt lange mit Hoffnung blickte, die einstige „Regenbogennation“, der es gelungen war, Ausgrenzung und Rassismus zu besiegen. Die Wirklichkeit im Jahr 32 nach der Vereidigung Nelson Mandelas zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas wirkt wie ein Rückschritt in die längst überwunden geglaubte Zeit der Apartheid.

Der Hass auf die Zuwanderer ist groß. So fordern die Schläger, Jobs nur noch an arbeitslose Südafrikaner zu vergeben. Betreibern von Lieferdiensten etwa soll verboten werden, Ausländer zu beschäftigen. Das Fass sei voll, Südafrika den Südafrikanern, lauten die zentralen Parolen. Dennoch: Missgunst gegenüber den Fremden ist nicht die wahre Ursache der Krise. Sie ist ihr Symptom. Wer sie verstehen will, muss zuerst das politische und wirtschaftliche Versagen betrachten, das ihr den Boden bereitet hat. In den öffentlichen Debatten über die Krise am Kap wird das häufig ausgeblendet. Oft bleibt es beim Hinweis auf die weit verbreitete Armut als Grund für die ausländerfeindliche Gewalt.

Doch Armut fällt nicht vom Himmel. Im Süden Afrikas haben vor allem Vetternwirtschaft und Korruption der herrschenden Linken die rechtspopulistische Fremdenfeindlichkeit befeuert. Zweifellos hat sich die langjährige Regierungspartei African National Congress (ANC) ihren Platz in der Geschichte durch den Kampf gegen das Apartheidregime gesichert. Ohne den einst stramm kommunistischen ANC wäre der friedliche Übergang zur Demokratie kaum denkbar gewesen. Doch historische Verdienste ersetzen keine gute Regierungsführung. Eine Partei, die mehr als 30 Jahre ununterbrochen regiert, muss sich an ihren Ergebnissen messen lassen.

Und die sind mager. Südafrika verfügt zwar über die am stärksten entwickelte Volkswirtschaft Subsahara-Afrikas, leidet aber seit vielen Jahren unter zu schwachem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit vor allem unter jungen Leuten und strukturellen Problemen wie der großen Ungleichheit zwischen Arm und Reich bis hin zu andauernden Stromausfällen, die der Staat nicht in den Griff bekommt. Die Ursache ist ein Mix aus Faktoren. Besonders negativ wirken aber Korruption und schwache staatliche Institutionen, die hohe Kriminalität, Fachkräftemangel im Bildungswesen, bürokratische Hürden für Unternehmen, Unsicherheit bei Investitionen und ineffiziente Staatsunternehmen.

Statt den Aufbau einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft konsequent zu fördern, setzte die ANC-Regierung auf einen ausgedehnten Staatssektor, politische Einflussnahme auf öffentliche Unternehmen, Regulierung und parteipolitische Besetzung zentraler Verwaltungspositionen. Das Cadre Deployment, also die Besetzung staatlicher Ämter nach Parteitreue statt fachlicher Qualifikation, wurde zum Symbol dieser Entwicklung. Unter dem früheren Präsidenten Jacob Zuma mündete diese Kultur dann in die State Capture, die systematische Vereinnahmung staatlicher Institutionen durch politische und wirtschaftliche Netzwerke.

Die Folgen sind bis heute sichtbar. Der staatliche Energieversorger Eskom wurde zum Sinnbild institutionellen Niedergangs. Stromabschaltungen lähmen Wirtschaft und Industrie. Investoren verlieren Vertrauen. Kapital wandert ab. Zugleich verschlingen Korruption und Ineffizienz Mittel, die für Bildung, Infrastruktur und den Aufbau produktiver Arbeitsplätze benötigt würden. Zumas Eskapaden wurden sogar dem ANC zu viel. Hinzu kam 2023 sein Aufruf, bei den Wahlen nicht mehr für den ANC zu stimmen. Vor zwei Jahren kam der Parteiausschluss.

Wo Armut grassiert, blüht oft Fremdenfeindlichkeit. Südafrika bildet hier keine Ausnahme. Auch im Norden der Elfenbeinküste, in Ghana oder Uganda herrschen Verteilungskämpfe nach ähnlichem Muster. Doch in kaum einem anderen Staat wirkt Regierungsversagen als zentrale Ursache so klar wie in Südafrika, in dem das friedliche Miteinander der Kulturen und Herkünfte zum Gründungsgrundsatz auserkoren wurde. Der ANC – verwurzelt im linken Panafrikanismus, mit besten Beziehungen zu ähnlichen Befreiungsbewegungen zwischen Kairo und Kapstadt – hätte als staatstragende Partei durch Integrität und klügere Wirtschaftspolitik frühzeitig gegensteuern müssen.

Gegenüber der großen Gemeinschaft der simbabwischen Zuwanderer blüht schon seit Jahrzehnten die Fremdenfeindlichkeit, obwohl Simbabwer als billige Arbeitskräfte vielerorts Lücken füllen. So wirken die Warnungen Präsident Ramaphosas an die Adresse der Schlägertrupps eher kraftlos. Ramaphosa lehnt zwar Selbstjustiz ab und warnt davor, das Recht in die eigene Hand zu nehmen, nannte aber die Sorgen der Menschen vor illegaler Zuwanderung „berechtigt“ und kündigte einen härteren Kurs in der Migrationspolitik an. Ramaphosa steht als Staatsoberhaupt und ANC-Vorsitzender vor den Ruinen, die seine Partei in hohem Maß mitverursacht hat – eine peinliche Angelegenheit nach 32 Regierungsjahren. Um den außenpolitischen Schaden zu begrenzen, schickte Ramaphosa Gesandte in die Nachbarstaaten, die für Vertrauen werben sollen.

Sozialpolitik alleine macht auf Dauer nicht satt

Aus Angst vor Repressalien sind bereits Zehntausende Zuwanderer ohne gültige Papiere ausgereist. Vor den Botschaften und Konsulaten ihrer Herkunftsländer in Kapstadt, Johannesburg oder Pretoria warten Tausende Menschen darauf, in ihre Heimat zurückgebracht zu werden. An den Grenzübergängen haben sich lange Schlangen gebildet. Es ist die größte Fluchtwelle dieser Art, die das demokratische Südafrika je erlebt hat – und die erste, die von den Regierungen der betroffenen Staaten mitorganisiert wurde.

Doch es werden so nur Symptome, nicht die Ursachen angegangen. Dabei könnte Südafrika problemlos Einheimische wie Migranten mit Jobs und Einkommen versorgen. Das Land verfügt über gewaltige Bodenschätze und erneuerbare Energie, eine leistungsfähige Finanzwirtschaft, bedeutende Universitäten und das industrielle Potenzial, die wirtschaftliche Lokomotive Afrikas zu sein. Überdies hat es seit dem Ende der Apartheid immer Migration gegeben. Ganze Industriezweige und Landwirtschaftsbereiche werden von billigen Arbeitskräften aus dem afrikanischen Ausland vitalisiert. Wenn die Regierung die richtigen Weichen gestellt hätte, könnten viel mehr Menschen ein gutes Auskommen finden in einer Heimat Südafrika.

Der ANC hat Millionen Menschen durch Sozialprogramme vor extremer Armut bewahrt. Doch Sozialpolitik allein macht auf Dauer nicht satt. Wohlstand entsteht nicht durch die Verteilung eines stagnierenden Reichtums, sondern durch Investitionen, Innovation, Eigentumsschutz und Beschäftigung. Der Präsident des Südafrikanischen Kirchenrats (SACC), Kapstadts katholischer Erzbischof Sithembele Sipuka, warnt davor, Migranten für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme Südafrikas verantwortlich zu machen. Bei einem Treffen von Religionsvertretern und Regierungsmitgliedern mit Ramaphosa in Pretoria betonte Sipuka, die Ursachen der Krise lägen tiefer. Die Schuld bei Migranten zu suchen, lenke ab und berge die Gefahr weiterer fremdenfeindlicher Gewalt. Die Probleme des Landes seien vielmehr in strukturellen Missständen verwurzelt, die das Bildungssystem sowie die Korruption beträfen. Die katholische Kirche Südafrikas hat Fremdenfeindlichkeit stets klar verurteilt und unterstützt Migranten vielfach. Fremde sollen nicht zu Sündenböcken gemacht werden. Das dämmert nun auch Präsident Ramaphosa. „Migration ist nicht die Ursache unserer Probleme“, betonte er bei einem Treffen mit Sipuka. Ein Hoffnungsschimmer.

Der Autor ist Journalist und Afrika-Experte.



Roberto Vannacci verändert mit seiner neuen Partei „Futuro Nazionale“ die gesamte politische Landschaft in Italien. *Foto: Imago/Marco Iacobucci*

AfD auf Italienisch

Rechts von den „Fratelli d’Italia“ hat Giorgia Meloni Konkurrenz bekommen: Ex-General Roberto Vannacci mischt mit seiner Partei „Futuro Nazionale“ die bisher unangefochtene Koalition der Ministerpräsidentin auf

VON GUIDO HORST

So heiß der Sommer in Italien ist, so heiß ist auch der Wahlkampf, der die medialen Debatten und die politische Auseinandersetzung durchzieht. Noch weiß keiner, ob die kommenden Wahlen im Herbst 2027 oder bereits früher stattfinden werden. Aber seit Meloni im März mit dem Referendum über ihre Justizreform gescheitert ist, fühlt sich die auf drei Parteien verteilte Opposition gestärkt und gibt sich kämpferisch. Noch hat für das italienische Parlament die Ferienzeit nicht begonnen und die politische Klasse ist präsent – in den Medien, auf der Straße sowie in Abgeordnetenkammer und Senat. Aber so, wie der Wahlkampf läuft, hätte ihn sich noch bis in den vergangenen Winter hinein niemand vorgestellt.

Das liegt an einem politischen Newcomer namens Roberto Vannacci, der sich mit seiner Neugründung, der Partei „Futuro Nazionale“ (Nationale Zukunft), rechts von Melonis „Fratelli d’Italia“ positioniert und für den die seit 2022 regierende Mitte-Rechts-Regierung zu lasch und zu lau ist. Vannacci ist ernst zu nehmen. Der 57-Jährige ist kein Komiker wie Beppe Grillo, der 2009 die „Fünf-Sterne-Bewegung“ gründete, deren heutiger Vorsitzender Giuseppe Conte schon zwei Koalitionsregierungen führte. Vannacci ist auch kein Hitzkopf wie Lega-Nord-Gründer Umberto Bossi, der 1994 schon nach Monaten das Bündnis mit Silvio Berlusconi brach und 2004 einen körperlichen Zusammenbruch erlebte. Das neue Gesicht der italienischen Politik war Brigadegeneral, kommandierte die italienischen Einheiten im Irak und war Militärattaché in Moskau, wo er nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs zur „persona non grata“ erklärt wurde. 2023 erschien sein Buch „Il mondo al contrario“ (Verdrehte Welt), in dem er mit heftiger Kritik an der LGBT-Ideologie nicht sparte, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Immigration bedroht sah und mehr Patriotismus und traditionelle Werte beschwor. Das Buch beendete seine militärische Laufbahn und brachte ihm noch im gleichen Jahr ein Disziplinarverfahren wegen mangelnder Neutralität und Schädigung des Ansehens der Armee ein. Vannacci ging in die Politik.

„Lega“-Chef Matteo Salvini, Minister für Infrastruktur und Verkehr, nahm ihn mit offenen Armen auf und stellte ihn bei der Europawahl 2024 als unabhängigen Kandidaten auf seiner Liste auf. Als „Mister 500 000 Stimmen“ zog Vannacci ins Europaparlament ein und Salvini machte ihn 2025 zu seinem Stellvertreter. Dem war aber auch die „Lega“ bald zu lasch und lau. Vannacci nennt als Vorbild die deutsche AfD, fordert eine bedingungslose Remigration und das Ende aller Ukraine-Hilfen. Nachdem er im Februar seine eigene Partei „Futuro Nazionale“ gegründet hatte, lag er in Umfragen bald bei vier Prozent. Im Juni hatte er die „Lega“ überholt, die den damaligen Prognosen zufolge bei Nationalwahlen noch auf 5,8 Prozent käme.

Nicht nur für Salvini ist Vannacci eine bittere Pille, auch für Meloni. Neben der Justizreform hat sie ein zweites großes Ziel verfehlt: Ein neues Wahlrecht – „Stabilicum“ genannt, weil es für sichere Mehrheiten im Parlament sorgen sollte – scheiterte im ersten Anlauf am 14. Juli in der Abgeordnetenkammer. In geheimer Abstimmung fehlte ihr, die mit ihrer Mitte-Rechts-Koalition auf eine sichere Mehrheit im Parlament bauen kann, ein gerütteltes Maß an Unterstützung aus dem eigenen Lager, sodass das neue Wahlgesetz mit 188 zu 187 Stimmen abgelehnt wurde. Kurz darauf passierte das Gesetz mit der Regierungsmehrheit den Senat, wo es jetzt bis zur Sommerpause zur weiteren Beratung liegt und nach den Ferien der Abgeordnetenkammer wieder vorgelegt werden kann. Doch Meloni denkt nach, ob sie einen zweiten Anlauf überhaupt wagen soll.

Denn das Wahlgesetz folgt noch der Logik bisheriger Mehrheitsverhältnisse. Es sieht nicht nur vor, dass Parteienbündnisse neben ihrem gemeinsamen Programm auch den Namen des von ihnen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten nennen und die Wähler bei Parlamentswahlen mit Vorzugsstimmen einzelne Kandidaten auf der Liste ihrer Partei nach vorne wählen können, sondern legt fest, dass das siegreiche Parteienbündnis, wenn es mindestens 42 Prozent der Stimmen erhält, bei der Verteilung der Sitze im Parlament einen Bonus bekommt: 70 von 400 Sitzen im Abgeordnetenhaus und 35 von 200 Sitzen im Senat. Würden „Fratelli d’Italia“, „Forza Italia“ und „Lega“ ihren Erfolg von 2022 wiederholen, als sie zusammen auf 45 Prozent der Stimmen kamen, könnte dem Bündnis von Meloni nach den Regeln des „Stabilicum“ eine sichere Mehrheit von knapp 60 Prozent der Sitze winken.

Diese Gedankenspiele hat Roberto Vannacci zunichte gemacht. Knackte er im Juni die Umfragewerte der „Lega“, so kam seine Formation „Futuro Nazionale“ Ende vergangener Woche bei einer Wahlprognose auf 7,6 Prozent und liegt damit nur hauchdünn hinter der „Forza Italia“. Das alles sind bedingt aussagekräftige Umfragen, aber sie zeigen, dass das Schicksal des Regierungsbündnisses völlig ungewiss ist. Giorgia Meloni kennt keine Brandmauer gegen alles, was rechts von ihr ist. Schon haben Abgeordnete ihrer „Fratelli d’Italia“ mit der kleinen Gruppe der Parlamentarier von „Futuro Nazionale“, die aus Überläufern von „Lega“ und „Fratelli“ besteht, für eine Gesetzesänderung gestimmt – gegen die „Forza Italia“ und Salvinis Partei.

Treibstoff des Populismus

Geschehnisse der vergangenen Tage zeigen, wie sehr Vannacci das politische Klima Italiens prägt. Das Land hätte auch andere Sorgen, vor allem wirtschaftlicher Art. Aber weil der Ex-General schlicht da ist, dreht sich derzeit alles um innere Sicherheit und öffentliche Ordnung. Der „Fall Fakir“: Ein verwirrter, randalierender Marokkaner namens Abderrahim Fakir wird Anfang vergangener Woche in Bologna von herbeigerufenen Polizisten zu Boden gedrückt, mit Pfefferspray und Kabelbindern ruhiggestellt. Überraschend stirbt der Mann dabei. Die Linke ist entsetzt, Bolognas Bürgermeister Matteo Lepore von der „Demokratischen Partei“ ruft zu einer friedlichen Demonstration gegen Gewalt und für Solidarität auf. Linke Agitationsgruppen nutzen die Gelegenheit, es kommt zu Ausschreitungen, 70 Polizisten werden verletzt. Vannacci, die Rechte und Innenminister Matteo Piantedosi stellen sich schützend vor die Polizei, die Linke will aus Fakir einen zweiten Fall Eric Garner machen, was die Fakten aber nicht hergeben. Die Polizisten hatten keine tödliche Gewalt ausgeübt, aber den psychischen Zustand des unter Drogen stehenden Marokkaners falsch eingeschätzt.

Der „Fall Roggero“: Genau zur Zeit der Unruhen in Bologna tritt der heute 72 Jahre alte Juwelier Mario Roggero unter großem Medienaufgebot seine letztinstanzlich festgesetzte Haftstrafe von 14 Jahren und neun Monaten an. Der Mann hatte 2021 nach einem Raubüberfall in seinem Geschäft die drei fliehenden Täter verfolgt und mit seiner Pistole zwei von ihnen getötet, den dritten schwer verletzt. Ein Fall von Selbstjustiz. Nicht nur Vannacci fordert jetzt die Begnadigung Roggeros durch den Staatspräsidenten, auch Meloni spricht sich für den Juwelier aus und Salvini will ihn sogar auf seiner Liste für ein politisches Amt kandidieren lassen. Nur Antonio Tajani, Außenminister und Chef der „Forza Italia“, weist schließlich darauf hin, dass Roggero einen schweren Fehler gemacht hat.

Das alles ist kein Sommertheater, sondern ein Lehrstück, wie tragische Einzelfälle zum Treibstoff eines Populismus werden, der die Grenze zur Demagogie überschreitet. Sollte Meloni, die sich mit ihrer moderaten, pragmatischen Politik bei den europäischen Partnern Respekt und Einfluss verschafft hat, dem Politikstil und Programm Vannaccis folgen, dürfte ihr Marina Berlusconi vom Medienkonzern Mediaset die Unterstützung und damit die Zusammenarbeit mit der „Forza Italia“ entziehen. Die Tochter von Silvio Berlusconi ist zwar nicht Vorsitzende der „Forza“. Aber die Familie Berlusconi bürgt für die 100 Millionen Euro Schulden, die die „Forza Italia“ angehäuft hat, womit ihr die Partei so gut wie gehört. Giorgia Meloni hat noch Zeit, sich für die Fortsetzung ihrer gemäßigten Politik zu entscheiden oder im Schatten Vannaccis radikalere Positionen einzunehmen. Im Wahljahr 2027 muss sie dann Farbe bekennen.

Neue Partei in der Türkei

Özgür Özel fordert Präsident Erdoğan heraus

VON STEPHAN BAIER

Im 20. Jahrhundert waren es Atatürks geistige und politische Erben, die Kemalisten, die in der Türkei das Verbot anderer, zumeist islamistischer Parteien erwirkten, Politikverbote durchboxten und die gewaltsame Absetzung mehrerer allzu islamisch agierender Regierungen durch das Militär betrieben. Doch seit einem Vierteljahrhundert regiert Recep Tayyip Erdoğans AKP, und seit gut einem Jahrzehnt setzt sie beim Vorgehen gegen die Kemalisten ganz auf die einstigen Methoden ihrer Widersacher: Istanbuls seit 2019 regierender, landesweit populärer Oberbürgermeister Ekrem Imamoğlu (CHP) wurde als potenziell gefährlichster Herausforderer Erdoğans im Frühling 2025 unter allerlei Anklagen – von Bestechung und Ausschreibungsmanipulation bis zur Führung einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Unterstützung der kurdischen PKK – aus dem Verkehr gezogen, des Amtes enthoben und eingesperrt. Auch die CHP-Bürgermeister anderer Städte, etwa von Adana und Antalya, wurden im Zuge behaupteter Korruptionsermittlungen festgenommen.

Dann holte das System Erdoğan zum Vernichtungsschlag gegen die CHP, die bedeutendste Oppositionspartei des Landes und ideologische Gralshüterin des Kemalismus, aus. CHP-Vorsitzender Özgür Özel war nach der Verhaftung von Imamoğlu zum schärfsten Kritiker des Präsidenten geworden. Die Türkei werde von einer „Junta“ geführt, die Angst vor ihren Gegnern und vor der Nation habe, sagte Özel in einer Rede am 6. April 2025. Zwei Tage später erstattete Präsident Erdoğan selbst Anzeige gegen Özel wegen „Beleidigung des Präsidenten“. Im Mai erklärte ein Berufungsgericht Özels Wahl zum CHP-Vorsitzenden beim Parteitag 2023 wegen Unregelmäßigkeiten und Stimmenkauf nachträglich für ungültig und setzte damit dessen Vorgänger Kemal Kiliçdaroğlu wieder als Parteichef ein. Der war schon mehrfach gegen Erdoğan kläglich gescheitert, machte dessen Spiel jedoch mit und lehnte einen CHP-Parteikongress zur Klärung der Führungsfrage ab.

Nach einem wochenlangen Machtkampf kam es deshalb nun zur Spaltung der noch von Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk gegründeten CHP: 91 der 135 CHP-Abgeordneten traten aus der ältesten Partei des Landes aus und gründeten am Wochenende die „Neue Partei“ (Yeni Parti) unter der Führung von Özgür Özel. Kiliçdaroğlu hatte gegen die Abspaltung argumentiert, diese werde nur Erdoğan und seiner AKP nützen, Özel dagegen meinte, dass eine von seinem Vorgänger geführte CHP bei den bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gegen Erdoğan keine Chance haben würde. Mit 91 Mandataren ist die Yeni Parti nun die größte Oppositionspartei in der türkischen Nationalversammlung. Ihre Ambition ist, die mit der Regierung und dem Präsidenten Unzufriedenen zu sammeln.



Özgür Özel spaltet die Oppositionspartei CHP, um Erdoğan zu stürzen. *Foto: Imago/Dogukan Keskinkilic*

LEITARTIKEL

Nach dem Anschlag: Welches „Wir“?



Der islamistische Terrorismus erzwingt eine Antwort auf die Frage, was hier eigentlich angegriffen wird

VON BENJAMIN LEVEN

Der Feind ist unsere eigene Frage als Gestalt. Das gilt auch für den islamistischen Terrorismus. Er ist unser Feind, denn er will unser Feind sein. Doch wer sind „wir“?

Berlins evangelischer Bischof Christian Stäblein sagte nach dem Anschlag auf den CSD: „Aus einem Tag voller Vielfalt und Liebe wurde eine Nacht voller Entsetzen.“ Und der katholische Erzbischof von Berlin, Heiner Koch, ließ sich mit den Worten zitieren: „Wie schrecklich, ein so frohes und bewegendes Fest brutal zu zerstören.“

„Berlin – Stadt der Freiheit“ wurde nach dem Anschlag auf das Brandenburger Tor projiziert. Zu dieser Freiheit gehört es aber auch, dass Menschen solche Paraden mit ihrer Zurschaustellung sexueller Freizügigkeit für hedonistische Spektakel, ja, für ein sündhaftes Treiben halten dürfen. Das ist sicher bei vielen Muslimen in Deutschland der Fall, aber auch bei nicht wenigen Christen. Dass die Bischöfe den CSD als „Tag voller Vielfalt und Liebe“ und als „frohes und bewegendes Fest“ bezeichneten, stieß darum nicht bei allen auf Zustimmung.

Der Feind ist unsere eigene Frage als Gestalt: Sind Pride-Paraden Ausdruck „unserer“ westlichen Identität?

Als im Dezember 2024 ein Mann ein Auto in eine Menschenmenge auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt lenkte, nannte der Publizist Ulf Poschardt die Tat einen „Angriff auf eines der letzten populären Symbole des Christlichen“ und sprach von den „Feinden des christlich-jüdischen Abendlandes“.

Der Feind ist unsere eigene Frage als Gestalt: Ist der Weihnachtsmarkt ein christliches Symbol? Es gibt jedenfalls Christen, die in ihnen eher das Gegenteil sehen, nämlich das Symbol einer konsumistischen Entleerung des Festes.

Einige Tage vor dem Berliner Attentat wurde in Höchberg bei Würzburg ein Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft angegriffen, weil es einen Israel-Anstecker trug. Gegen den Täter wird wegen versuchten Mordes ermittelt.

Der Feind ist unsere eigene Frage als Gestalt: Ist die Solidarität mit Israel in Deutschland tatsächlich selbstverständlicher Teil des „Wir“, das von Politikern so gerne bemüht wird? Warum fielen aber die öffentliche Anteilnahme in diesem Fall so viel leiser aus als nach dem Anschlag auf den CSD?

Wenn es eine christliche Prägung der europäischen Kultur gibt, dann ist es die besondere Aufmerksamkeit für das unschuldig leidende Opfer. Diese Aufmerksamkeit wirkt auch in säkularisierter Form fort – bis hin zu einem politischen Wettbewerb um den Opferstatus und zur Ausbildung von Opferhierarchien.

Das macht blind für Ambivalenzen. Wer Gewalt erleidet, erscheint entweder als unschuldiges Opfer – oder umgekehrt als Täter, sodass die gegen ihn gerichtete Gewalt als gerechte Konsequenz gilt.

Man kann einen islamistischen Anschlag auf einen CSD verurteilen, ohne sich das Selbstverständnis der Pride-Bewegung zu eigen zu machen. Man kann die ermordeten Besucher eines Weihnachtsmarktes betrauern, ohne den Glühweinstand zum letzten Bollwerk des christlichen Abendlandes zu erklären. Und man kann sein Mitgefühl mit einem Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bekunden, ohne ein Urteil über die Politik des Staates Israel fällen zu müssen.

Christus ist das einzige Opfer ohne Schuld. Alle anderen sind Teil der gefallenen Welt mit ihren Widersprüchen, Unzulänglichkeiten und Paradoxien. Die Opfer müssen weder heiliggesprochen noch zu Tätern erklärt werden. Es genügt, die Gewalt als Unrecht anzuerkennen.

> „Zur Freiheit gehört auch, solche Paraden für hedonistische Spektakel halten zu dürfen.“

KOMMENTAR

Keine Frage der Abwägung

Leihmutterschaft verletzt die Menschenwürde, egal in welcher Form

Niemand würde heutzutage in unseren Gefilden auf die Idee kommen, Sklaverei als gut oder unter bestimmten Umständen vertretbar zu bezeichnen, wenn die Sklaven in wohlwollenden Haushalten nett behandelt würden. Schließlich verletzt Sklaverei die unveräußerliche Würde und Selbstbestimmung des Menschen grundlegend. Sie ist das, was man in der Ethik als „intrinsisches Übel“ bezeichnet: Handlungen, die aus sich selbst heraus und ohne jede Ausnahme moralisch falsch sind – also unabhängig von Umständen, Absichten oder Folgen.

In der aktuellen Debatte um Leihmutterschaft kommt dieser Aspekt jedoch oft zu kurz – stattdessen wird über mögliche Folgen diskutiert. Der evangelische Theologe Peter Dabrock will das Thema „verantwortungsethisch“ in den Griff bekommen. Er verweist auf „Langzeitstudien“ und schreibt: „Lange galt die Annahme, die Aufspaltung genetischer, austragender und sozialer Elternschaft müsse zwangsläufig zu Identitätsproblemen oder Bindungsstörungen führen. Der gegenwärtige Forschungsstand bestätigt diese Vermutung jedoch nicht.“

In Wirklichkeit ist die Studienlage zu den psychischen Folgen für Kinder äußerst dünn. Die einzige Langzeitstudie hierzu begann 2000 mit 42 Familien; 2014 waren es nur noch 28. Lediglich 22 Jugendliche wurden darin selbst befragt. Belastbare Aussagen sind aus einer so geringen Anzahl an Probanden kaum abzuleiten.

Aber das ist, wie gesagt, nicht entscheidend. Ausschlaggebend ist, was die Leihmutterschaft im Wesentlichen ist: Ein Kind wird vor seiner Zeugung zum Vertragsgegenstand und – selbst bei einer sogenannten altruistischen Leihmutterschaft – nach der Geburt gegen eine zuvor vereinbarte finanzielle Leistung ausgehändigt. Nichts anderes. Deshalb ist Leihmutterschaft – wie Sklaverei – Menschenhandel und verstößt gegen die Menschenwürde. Ja, Leihmutterschaft kann unterschiedlich schlimme Folgen haben – aber sie ist immer in sich schlecht.

SINA HARTERT

GASTKOMMENTAR

Die Grenzen der Prävention

Gewaltbereite Islamisten lassen sich nicht umerziehen

Der Attentäter von Berlin war kurz vor seiner Tat in die Vorstufe eines Präventionsprogramms gegen islamistischen Terrorismus eingebunden. Das wirft ein Schlaglicht auf zivilgesellschaftliche Deradikalisierungsmaßnahmen in Deutschland. Kritiker sehen den mörderischen Anschlag auf den Berliner CSD als Beleg für die grundsätzliche Unwirksamkeit solcher Programme. Befürworter verweisen auf falsche Erwartungen und auf Versäumnisse von Sicherheitsbehörden und Justiz.

Tatsächlich kann Präventionsarbeit sinnvoll sein, wenn sie im Frühstadium Alternativen zu einer Radikalisierung aufzeigt und wenn sie Hilfe beim Ausstieg aus dem Extremismus bietet. Aus dem Neuen Testament kennen wir den griechischen Begriff der *metanoia,* der Umkehr. Umkehr braucht im christlichen Verständnis die Selbsterkenntnis und den Willen, sich zu ändern. Ein solcher Wille war bei Abdul Ballout nicht erkennbar.

Präventionsmaßnahmen bei ideologisch gefestigten und zur Gewalt entschlossenen Terroristen sind aber nicht nur nutzlos. Sie können gefährlich sein, wenn sie staatliche Handlungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz simulieren, wo eine defizitäre Rechtslage, Naivität und Ratlosigkeit vorliegen. Wirkungsvolle Prävention wäre gewesen, den Islamisten Ballout an den Strafvollzug und nicht an ein Deradikalisierungsprojekt zu verweisen.

Gewaltbereite Islamisten lassen sich nicht gegen ihren Willen staatlich umerziehen – das sehen auch Präventionsexperten so. Islamismus ist kein Dummejungenstreich gesellschaftlich ausgegrenzter Individuen. Islamismus ist eine weltweit präsente und vernetzte, vielerorts etablierte und verwurzelte und strukturell antidemokratische, antichristliche, antisemitische und eben auch antiqueere Herrschaftsideologie.

Die Lehre von Berlin ist also, dass ein effizientes Zusammenspiel von Polizei, Ermittlungsbehörden und Nachrichtendiensten, eine handlungswillige Justiz und ein Staat und eine Gesellschaft, welche die Bedrohung durch den Islamismus endlich ernst nehmen, die beste Prävention ist.

ANDREAS JACOBS

Der Autor ist Politik- und Islamwissenschaftler sowie stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

PRESSESTIMMEN

Ein gefährlicher Deal

Aus einem Editorial der „Financial Times“:

Der US-Präsident begründete den Krieg gegen den Iran mit dem Ziel, Teheran am Bau einer Atombombe zu hindern. Umso widersprüchlicher wirkt sein Atomabkommen mit Saudi-Arabien, das Riad den Weg zur Urananreicherung öffnen könnte. Zwar hat das Königreich Anspruch auf ein ziviles Atomprogramm; andernfalls könnten China oder Russland einspringen.

Doch offenbar fehlen Schutzklauseln, die beim Vertrag mit den Vereinigten Arabischen Emiraten als „Goldstandard“ galten: der Verzicht auf Anreicherung und erweiterte Inspektionsrechte der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEO.

Trump erklärte später, der Vertrag trete nur bei einer Normalisierung mit Israel in Kraft und erlaube keine Anreicherung. Die Bestimmungen bleiben unklar. Ein Abkommen ohne umfassende IAEO-Kontrollen wäre ein gefährlicher Präzedenzfall. Da Kronprinz Mohammed bin Salman für den Fall einer iranischen Atombombe mit nuklearer Aufrüstung gedroht hat, könnte ein schlecht ausgehandelter Deal das regionale Wettrüsten beschleunigen und das Nichtverbreitungsregime schwächen.

Milliardengeschäft mit Risiko

Aus einem Leitartikel der französischen Zeitung „La Dépêche“:

Mit dem Atomabkommen mit Saudi-Arabien verfolgt Trump vor allem wirtschaftliche Interessen.

Der Aufbau eines zivilen Atomprogramms könnte der US-Nuklearindustrie Milliardengeschäfte sichern. Nach Angaben des Nahostexperten Jean-François Daguzan soll das Abkommen US-Unternehmen den Bau eines Urananreicherungskomplexes ermöglichen, falls eine gemeinsame Studie dessen Notwendigkeit bestätigt. Washington würde sich damit faktisch ein Monopol auf die Anreicherung saudischen Urans sichern. Zugleich wertet Daguzan das Abkommen als diplomatische Provokation gegenüber dem Iran, dessen eigenes Atomprogramm die USA seit Jahren bekämpfen. Auch Israel dürfte die Vereinbarung mit Sorge betrachten, da sie das nukleare Machtgefüge im Nahen Osten infrage stellt. Vor den Parlamentswahlen in Israel bekommt Netanjahu zusätzlich Druck, denn ihm könnte mangelnder Einfluss auf die Politik in den USA vorgeworfen werden.

Ein Bruch mit jahrzehntelanger US-Politik

Aus einem Leitartikel der italienischen Zeitung „Il Post“:

Das Atomabkommen mit Saudi-Arabien markiert einen Bruch mit der bisherigen „Nichtverbreitungspolitik“ der USA. Bis jetzt stellen US-Regierungen strenge Auflagen für eine nukleare Zusammenarbeit auf: Verzicht auf Urananreicherung, weitreichende IAEO-Inspektionen und oft auch politische Gegenleistungen, etwa eine Annäherung an Israel.

Das neue Abkommen verzichtet offenbar meistens auf Bedingungen. Die Trump-Regierung betont zwar, US-Unternehmen würden das saudische Atomprogramm eng kontrollieren und so Sicherheit und Nichtverbreitung gewährleisten. Saudi-Arabien behält aber die Möglichkeit, künftig Uran anzureichern.

Es bleibt außerdem unklar, welche Kontrollrechte der IAEO eingeräumt werden. Kritiker sehen darin eine gefährliche Abkehr vom bisherigen „Goldstandard“ der US-Atompolitik.

Selbst Republikaner hatten früher strengere Garantien verlangt. Dennoch wird wohl der Kongress das Abkommen nicht stoppen können.

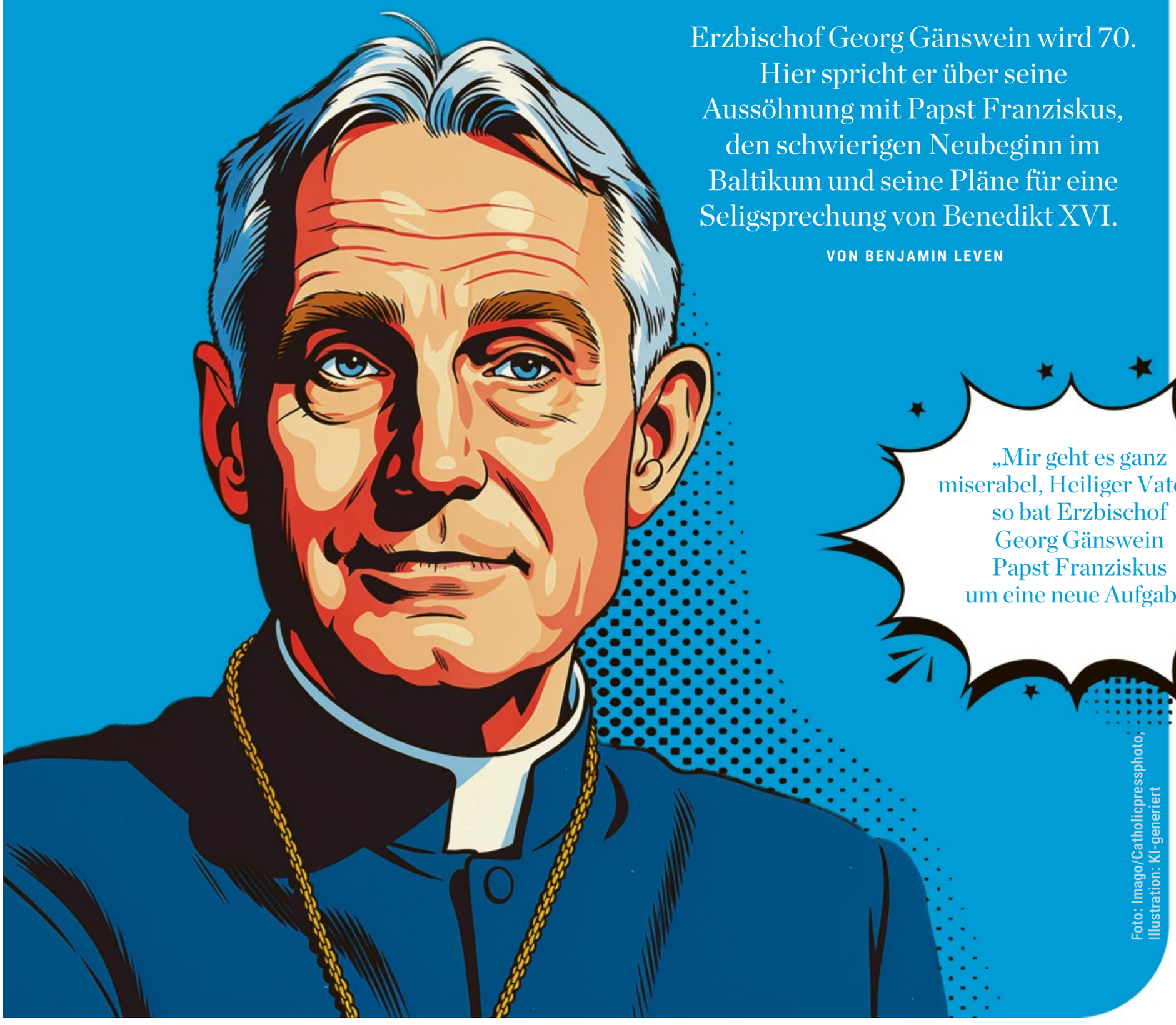
Ein Atomdeal ohne Friedensdividende

Aus einem Redaktionsartikel der spanischen Zeitung „El Debate“:

Das Atomabkommen mit Saudi-Arabien stellt einen neuen Kurs der US-Nahostpolitik dar. Frühere US-Regierungen verbanden die nukleare Zusammenarbeit mit weitreichenden politischen Zielen, vor allem an eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Israel. Nun verzichtet Donald Trump auf solche Bedingungen. Das Abkommen wird als Werkzeug wirtschaftlicher Kooperation und strategischer Bindung Riads an die USA präsentiert. Obwohl Washington auf friedliche Nutzung und Nichtverbreitung verweist, erhält Saudi-Arabien durch das Abkommen Zugang zur US-Nukleartechnologie, ohne dass damit ein größerer diplomatischer Fortschritt im Nahen Osten verbunden wäre. Damit gibt die Regierung einen Hebel aus der Hand.

MARTIN MOSEBACH Eine Würdigung zum 75. Geburtstag des Schriftstellers und Advokaten der Alten Messe *S. 10*

„Franziskus gab mir noch einmal eine Chance“



Erzbischof Georg Gänswein wird 70. Hier spricht er über seine Aussöhnung mit Papst Franziskus, den schwierigen Neubeginn im Baltikum und seine Pläne für eine Seligsprechung von Benedikt XVI.

VON BENJAMIN LEVEN

„Mir geht es ganz miserabel, Heiliger Vater“ – so bat Erzbischof Georg Gänswein Papst Franziskus um eine neue Aufgabe.

Foto: Imago/Catholicpressphoto, Illustration: KI-generiert

Exzellenz, Sie feiern Ihren 70. Geburtstag in einer ganz neuen Rolle. Seit bald zwei Jahren sind Sie Nuntius für die drei baltischen Staaten. Ist es Ihnen leichtgefallen, sich in diese Aufgabe einzufinden?

Ich hatte zwar den Vorteil, dass ich als Sekretär von Papst Benedikt und dann auch als Präfekt des Päpstlichen Hauses viel Kontakt zur Diplomatie und zu Personen in der Politik hatte. Insofern war mir das nicht völlig neu. Trotzdem war es am Anfang nicht leicht, denn ich war in meinem Leben nie Diplomat. Aber ich habe mir gesagt: Der liebe Gott hat mich nach allem, was war, hierhergesetzt. Ich habe eine neue Herausforderung und werde mit meinen Kräften tun, was ich kann. Ich versuche, apostolisch zu wirken – eben in der Form des Apostolischen Nuntius. Ich habe mich gut eingelebt, mich an das Klima, die Mentalität und auch an die geopolitische Situation gewöhnt. Ich bin gerne hier und kann sagen: Ich bin auf der Schiene.

Sie erleben die Sicherheitslage im Baltikum unmittelbar. Halten Sie einen russischen Angriff für realistisch?

Ich halte einen Angriff für möglich, gegenwärtig aber nicht für realistisch. Russlands militärische Kräfte sind durch den Krieg in der Ukraine stark gebunden. Die Ukrainer haben besonders bei den Drohnen einen Quantensprung gemacht und treffen Russland an empfindlichen Stellen, etwa beim Nachschub. Hinzu kommt: Alle drei baltischen Staaten gehören zur EU und zur NATO. Ein Angriff auf sie wäre ein Angriff auf das gesamte westliche Verteidigungsbündnis.

Haben Sie Ihre Ernennung zum Nuntius als Rehabilitation empfunden?

„Rehabilitation“ ist ein interpretationsbedürftiges Wort. Aber ich habe die Ernennung so verstanden, dass Papst Franziskus mir noch einmal eine neue Chance gegeben hat.

Nach dem Tod von Benedikt XVI. schickte Papst Franziskus Sie in Ihre Heimat Freiburg zurück. Wie ging es Ihnen damit?

Das hat mir den Boden unter den Füßen weggezogen. Nach 28 Jahren in Rom hatte ich in Freiburg nicht einmal ein Dach über dem Kopf. Ich rief Erzbischof Stephan Burger an und fragte, ob es ein freies Pfarrhaus oder eine andere Unterkunft gebe. Er gab mir eine Wohnung im Priesterseminar. Dort stehen bis heute meine Möbel und Bücher. Die Entscheidung anzunehmen, hat mich viel Kraft gekostet. Im Gebet und mit Abstand habe ich versucht, möglichst als nicht gebrochener Mensch daraus hervorzugehen.

Wie ging es dann weiter?

Anlässlich des ersten Todestags von Benedikt XVI. war ich in Rom – und hatte eine Audienz bei Papst Franziskus. Er fragte mich, wie es mir gehe. Ich sagte: „Ganz miserabel, Heiliger Vater“ und berichtete ihm, dass der Erzbischof von Freiburg mir keine angemessene Aufgabe geben könne. Franziskus antwortete: „Man kann noch einmal darüber nachdenken.“ Er bat mich, meine Situation schriftlich darzulegen. Nachdem er das gelesen und sich vermutlich beraten hatte, kam grünes Licht. Der Kardinalstaatssekretär rief mich an und sagte, der Papst wolle mir eine Aufgabe im diplomatischen Dienst geben. Ich antwortete, ich sei mit jeder Aufgabe einverstanden, denn ich hatte in Freiburg nichts zu tun, fühlte mich wie ein Fisch ohne Wasser. Danach kam die Ernennung zum Nuntius für das Baltikum.

Sie haben von einer Versöhnung mit Franziskus gesprochen. Gibt es Dinge, die Ihnen leidtun?

Die Chemie zwischen uns hat offensichtlich nicht gestimmt. Als Präfekt des Päpstlichen Hauses musste ich erleben, dass Entscheidungen, die der Präfekt zu treffen hatte, von meinem Stellvertreter mit Berufung auf den Papst getroffen wurden. Ich wurde anschließend nur informiert. Ich habe Franziskus damals gesagt: „Heiliger Vater, ich bin Präfekt und trage die Verantwortung. Wenn die Nummer zwei die Entscheidungen trifft, dann soll er Präfekt werden. Ich fühle mich vorgeführt.“ Franziskus gab mir recht und sagte, er werde das ändern. Es ging jedoch weiter wie zuvor. Das hat mich verletzt. Ich vermute, dass Franziskus auch deshalb kein richtiges Vertrauen zu mir aufgebaut hat, weil ich weiterhin in der Nähe Benedikts lebte und sein Sekretär war. Bei unserer späteren Audienz habe ich ihn um Verzeihung gebeten – für alles, von dem ich wusste, dass es nicht in Ordnung war, und auch für das, was ich getan hatte, ohne zu erkennen, dass es falsch war. Ich glaube, das war der Punkt, an dem er mir noch einmal eine Chance gab.

War die Veröffentlichung Ihres Buches kurz nach Benedikts Tod ein Fehler?

Im Verlagsvertrag stand, dass das Buch nach Benedikts Tod erscheinen sollte. Ich ging aber selbstverständlich davon aus, dass man sich danach zusammensetzen und über einen angemessenen Termin sprechen würde. Stattdessen wurde es praktisch sofort für Mitte Januar angekündigt. Ich habe versucht, das zu verhindern, aber es ist mir nicht gelungen. Ich schäme mich dafür, weil der Eindruck entstanden ist, ich würde Benedikts Tod zur Werbung für mein Buch benutzen. Das war das Letzte, was ich wollte. Der Zeitpunkt war ein Fehler. Den Inhalt würde ich aber genauso wieder schreiben. Noch heiklere Dinge habe ich aus Rücksicht auf Papst Franziskus gar nicht aufgenommen.

Ist die Zeit reif für ein Seligsprechungsverfahren für Benedikt XVI.?

Normalerweise wartet die Kirche fünf Jahre nach dem Tod, es sei denn, der Papst dispensiert von dieser Frist. Ich habe Franziskus nicht darum gebeten. Das Verhältnis zwischen ihm und Benedikt war ein anderes als das Verhältnis Benedikts zu Johannes Paul II. Ein solcher Schritt wäre in der damaligen Situation kontraproduktiv gewesen. Wir warten deshalb, bis die fünf Jahre abgelaufen sind. Danach werde entweder ich selbst oder die Stiftung Joseph Ratzinger/Papst Benedikt XVI. tätig werden. Ich möchte die Frage aber in naher Zukunft mit Papst Leo XIV. besprechen und ihn um Rat bitten.

Sind Sie persönlich überzeugt, dass Benedikt ein heiligmäßiges Leben geführt hat?

Voll und ganz. Das sage ich aufgrund meiner 28-jährigen Erfahrung mit ihm. Ein heiligmäßiges Leben bedeutet nicht, keine Fehler oder Sünden zu haben. Auch Benedikt hat regelmäßig gebeichtet. Es geht darum, ob ein Mensch mit der Gnade Gottes das ihm Mögliche in der Nachfolge Christi getan hat.

Sie haben den Synodalen Weg als „Irrweg“ bezeichnet. Warum?

Weil er sich von seinem ursprünglichen Anlass, der Aufarbeitung der Missbrauchskrise, weit entfernt hat. Statt um Evangelisierung und wirkliche Reform ging es um Fragen von Kirchenbild, Strukturen und Moral, über die eine Versammlung ohne theologische Legitimität nicht verfügen kann. Der Synodale Weg war zudem rechtlich nicht verankert und hat viele Kräfte gebunden. Mit Synodalität, wie Papst Franziskus sie verstanden hat, hatte das nicht viel zu tun.

Im Moment liegt die Satzung der geplanten deutschen Synodalkonferenz in Rom. Wird ein solches Gremium kommen?

Ich halte das für völlig überflüssig. Kardinal Kasper hat recht: Die an das Bischofsamt gebundene Verantwortung kann man nicht einfach delegieren. Ein solches Gremium könnte eine Eigendynamik entwickeln, an deren Ende die Bischöfe nur noch Vollzugsorgane von Mehrheitsentscheidungen wären. Das halte ich theologisch und ekklesiologisch nicht für möglich. Ich kann nur hoffen, dass man in Rom den Mut hat zu sagen: So geht es nicht.

Fürchten Sie, am Ende vor allem als „Sekretär Benedikts“ in Erinnerung zu bleiben?

Nein, das ist für mich keine Belastung. Auch in Vilnius ist es eher eine Bestätigung: Man traut diesem Nuntius vielleicht auch deshalb, weil er so lange an der Seite eines Mannes stand, der großes Ansehen, großen Respekt und auch Verehrung genoss. Insofern geht es mir überhaupt nicht gegen den Strich, dass ich weiterhin als Sekretär des verstorbenen Papstes Benedikt wahrgenommen werde.

PERSONALIEN

Der deutsche Jesuit und Kirchenrechtsexperte **ULRICH RHODE** (61) ist ans höchste Gericht der katholischen Kirche berufen worden. Wie das vatikanische Presseamt am Samstag mitteilte, ernannte ihn Papst Leo XIV. zum Mitglied der Apostolischen Signatur in Rom, der letzten Instanz in kirchenrechtlichen Streitfragen und Prozessen. Rhode wirkt seit Langem in Rom, seit 2014 ist er Professor für Kirchenrecht an der Päpstlichen Universität Gregoriana; von 2019 bis 2025 leitete er als Dekan die dortige kirchenrechtliche Fakultät. Er ist Berater zahlreicher vatikanischer Gremien. Vor seiner römischen Karriere lehrte Rhode unter anderem Kirchenrecht an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Jesuiten in Sankt Georgen bei Frankfurt und war Diözesanrichter am Bischöflichen Offizialat Limburg. Zusammen mit Rhode wurden auch der Erzbischof von San Francisco in Kalifornien, **SALVATORE JOSEPH CORDILEONE**, sowie der frühere Sekretär im Dikasterium für die Gesetzestexte, **JUAN IGNACIO ARRIETA OCHOA**, und weitere Geistliche an die Apostolische Signatur berufen.

PETER FÖRSTER, Offizial der Erzdiözese München und Freising, wird ab 1. August neuer Domdekan in München. Er steht dann gemeinsam mit Dompropst Weihbischof Wolfgang Bischof dem Domkapitel vor. Förster wurde 1975 in Rosenheim geboren, studierte Katholische Theologie in München und Münster (Westfalen) und wurde 2007 zum Priester geweiht. Seit 2014 ist er Diözesanrichter, seit 2022 Offizial und damit Leiter der Bischöflichen Gerichtsbehörde. Dem Domkapitel gehört er seit 2023 an.

Der frühere Generalabt der Prämonstratenser, **THOMAS HANDGRÄTINGER**, ist tot. Er starb nach schwerer Krankheit im Alter von 83 Jahren am Freitagmorgen im niederbayerischen Kloster Windberg. Das gab der Orden auf seiner Internetseite bekannt. In der dortigen Abtei war Handgrätinger neun Jahre Abt gewesen, bis er 2003 an die Spitze des Ordens gewählt wurde. Das Amt des 64. Generalabts hatte er bis 2018 inne. Mit Handgrätinger war die Neubelebung des Windberger Konvents verbunden sowie 1982 die Wiederbesiedlung des schwäbischen Klosters Roggenburg. Der 1943 in Ulm geborene Handgrätinger trat nach dem Abitur in das Kloster Windberg ein. Es folgte das Theologiestudium in Innsbruck und schließlich 1969 die Priesterweihe in Regensburg. Zur gleichen Zeit entstand außerdem innerhalb der Klostermauern das Jugendhaus Windberg, das 1975 die erste anerkannte Jugendbildungsstätte in Bayern wurde. In Windberg war der Ordensmann erst Prior, später Abt.

Vom Himmel gewachsen

Der Schriftsteller Martin Mosebach wird am 31. Juli 75 Jahre alt. Sein literarisches Werk und sein Wirken für die Alte Messe verbindet der Sinn für das Schöne, das nicht gemacht werden kann

VON BENJAMIN LEVEN UND SEBASTIAN OSTRITSCH



Martin Mosebach feiert Ende Juli seinen 75. Geburtstag. *Foto: © juergen-bauer.com*

Martin Mosebach hat mit seinem Buch „Häresie der Formlosigkeit“, das 2002 erstmals erschien und seitdem immer wieder neu aufgelegt wurde, inzwischen mehrere Generationen von Lesern erreicht, Katholiken und Nichtkatholiken. Damit hat er sie für das eingenommen, was man sein Lebensthema nennen darf: die alte, lateinische Liturgie.

Die Paradoxie besteht für Mosebach darin, die Liturgie überhaupt zu einem „Thema“ machen zu müssen. Denn dem Schriftsteller zufolge sollte die Liturgie der Kirche, ja die Religion überhaupt, eigentlich kein Gegenstand von Erörterungen und Debatten sein – sie sind es aber; die Reformen der späten Sechzigerjahre haben diesen unmöglichen Zustand erzwungen.

Die Liturgie ist für Mosebach ein Kulturprodukt, aber ein gewissermaßen ebenso göttliches wie natürliches Kulturprodukt. Sie ist keine Planstadt, die Architekten einmal am Reißbrett entworfen haben, sondern ein über Jahrhunderte entstandener Organismus – oder, um es im Anschluss an Joseph Ratzinger zu sagen, auf den einen gewissen Einfluss gehabt zu haben Mosebach nachgesagt wird: Die Liturgie ist gewachsen, nicht gemacht.

Abermals paradox: Aus der Naturwüchsigkeit der Liturgie entsteht mit dem katholischen Ritus etwas von höchster Artifizialität. Die Heilige Messe ist für Mosebach das vollkommenste Kunstwerk. Und zwar gerade deshalb, weil ihre Gestalt am wenigsten absichtlich gewollt ist: Sie scheint wie vom Himmel gefallen, oder besser: vom Himmel gewachsen.

Auch Mosebachs Romane sind keine literarischen Planstädte. Sie verfolgen keine ideologischen Anliegen und wollen keiner Weltanschauung Vorschub leisten. Ihre Figuren und Handlungen stehen nicht im Dienst außerliterarischer Absichten, verbreiten keine weltanschaulichen oder moralischen Botschaften.

Viele der Romanprotagonisten stammen aus einem hochbürgerlichen Milieu, in dem Religion keine lebensbestimmende Rolle spielt. Diese Figuren rechnen nicht mit einer höheren Instanz, die sie beobachtet und über sie richtet, und eine Erlösung ist für sie nicht in Sicht. Es gibt für sie keine Erleuchtungen, keine Wunder, und sie erleben auch keine Sterbebettbekehrungen.

Wenn sich bei Mosebach eine Konfrontation mit dem Unverfügbaren ereignet, dann in der Begegnung mit anderen Kulturen, an Schauplätzen in Indien, Afrika oder der Türkei und durch Menschen aus diesen Kulturen, die noch mit höheren Instanzen im Austausch stehen. Dass die europäischen Protagonisten darauf meist mit großer Begriffsstutzigkeit reagieren, gehört zur Logik der Sache. Im Roman „Krass“ gerät der Protagonist, ein ausgesprochener Widerling, nach Kairo, wo sich für ihn dann doch, ironisch gebrochen, im Untergang eine Art Erlösung andeutet, weil sein muslimischer Kompagnon ihn als eine Art Ziehvater anerkennt, ihn pflegt und ihn bis zum Tod begleitet.

Völlige Hoffnungslosigkeit herrscht hingegen in Mosebachs jüngstem Werk „Die Richtige“. Die Heiterkeit der älteren Romane ist einer erstaunlichen Härte gewichen. Man könnte sagen, der Erzähler schickt seine Figuren dorthin, wo sie hingehören: in die Hölle. Diese besteht darin, dass sie die Menschen sein müssen, die sie sind – in ihrer ganzen Falschheit, Niedertracht und Mittelmäßigkeit.

In einem kürzlich erschienenen Essay deutet Mosebach den Schrei des Don Giovanni am Ende der Mozart-Oper gleichsam als Geburtsschrei einer gottlosen Moderne: Don Giovanni weist die Gnade zurück und verdammt sich damit selbst. Die Hölle ist für ihn keine von außen verhängte Strafe, sondern die Konsequenz seiner Freiheit. Der Marquis de Sade ist die philosophisch konsequent zu Ende gedachte Gestalt dieser Zurückweisung. Gott ist aus der Welt vertrieben, eine objektive Ordnung aus dem Blick geraten. Freiheit kann sich nicht mehr in der Zustimmung zum Guten erfüllen, sondern nur noch in der Überschreitung, im Sakrileg.

Die Lästerungen des Marquis de Sade verraten dabei allerdings noch eine eigentümliche Abhängigkeit von Gott, dessen Existenz geleugnet wird: „Gab es da noch die geheime Hoffnung, ein zum Äußersten gereizter Gott werde sich schließlich noch offenbaren, und sei es in der Vernichtung? Aber der Himmel blieb stumm, kein steinerner Gast erschien“, schreibt Mosebach. Mit dem Schrei des Don Giovanni beginnt für den Schriftsteller jedenfalls „eine andere Kunst, welche die Hoffnung auf die Heilung der gefallenen Welt durch die Übernatur der Gnade nicht mehr kennt“. Zu dieser Kunst gehören auch die Romane von Martin Mosebach.

Der christlichen Hoffnung hat sich Mosebach literarisch dennoch angenähert – allerdings nicht in Form eines Romans, sondern mit dem Reportageband „Die 21“ über die koptischen Märtyrer, die 2015 von IS-Terroristen entführt und ermordet wurden. Der Autor muss hier keine Hoffnung erfinden, er findet sie vor: im Glauben der Ermordeten und ihrer Familien.

Dass Mosebach solche Gegensätze nicht auflöst, sondern in seinem Werk und in seiner Person zusammenhält, gehört zu seiner eigentümlichen Wirkung. Der Literaturkritiker Gustav Seibt hat über Martin Mosebach sinngemäß geschrieben, er sei wohl der einzige lebende Autor, der auf dem Sofa eines Salons des 18. Jahrhunderts mühelos bestehen könnte. In der Tat verkörpert Mosebach das Ideal des „honnête homme“, wie er in Blaise Pascals Schriften immer wieder beschrieben wird: einen universell gebildeten Menschen, der zu allem etwas Intelligentes zu sagen weiß, ohne sich auf sein Spezialistentum zu kaprizieren, und dabei im Umgang mit seinen Gesprächspartnern auch noch in höchstem Maße angenehm ist. Pascal warf den mondänen „honnêtes hommes“ allerdings vor, Christus zu vergessen. Mosebach hingegen gelingt es, auch diesen Gegensatz noch zu integrieren: das mondäne und das christliche Leben.

IM BLICKPUNKT

Christen reagieren nicht mit Hass



Hasskriminalität wird in Österreich immer jünger und digitaler. Religionsfeindlichkeit spielt dabei eine durchaus beachtete Rolle

VON STEPHAN BAIER

Nein, es geht nicht um die emotionale Zumutung, auf sozialen Plattformen mit Kritik oder Widerspruch konfrontiert zu werden. Wenn Österreichs Innenministerium von „Hate Crime“ (Hassverbrechen) spricht, sind konkrete Straftaten im Zusammenhang mit einem Vorurteilsmotiv gemeint. Vorurteile alleine fallen weiter unter die Meinungs- und Gewissensfreiheit, doch daraus resultierende Straftaten gegen Leib und Leben, fremdes Eigentum, die Freiheit anderer oder den öffentlichen Frieden hat das Innenministerium in seinem am Montag veröffentlichten Lagebericht für das Jahr 2025 insgesamt 6 751 erfasst. Die meisten davon (und zwar eine steigende Zahl) betreffen die Weltanschauung (4 009), recht viele die ethnische Herkunft (1 523), immerhin noch 696 die Religion (im Vergleich zu 763 im Jahr 2024), signifikant weniger die sexuelle Orientierung (330), die Hautfarbe (288), das Geschlecht (172), das Alter (107), eine Behinderung (104) oder den sozialen Status (98). Wenig überraschend mag sein, dass Hasskriminalität männlich ist (zu 86 Prozent), dass sie jünger und digitaler wird. Der häufigste Tatort ist das Internet, wo ja auch bei sonst verhaltensunauffälligen Zeitgenossen häufiger die Hemmungen fallen. Aufhorchen lässt das Ministerium mit der Feststellung, dass nur 28 Prozent der Tatverdächtigen keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, im Vergleich zu 48 Prozent bei sonstigen Straftaten.

Das gewinnt noch an Brisanz, wenn man sich die religionsfeindlich motivierten Hassverbrechen ansieht: Während 2023 und 2024 antisemitische Hassverbrechen, zu denen auch das Gutheißen terroristischer Straftaten und Verstöße gegen das Verbotsgesetz (Holocaustleugnung und NS-Propaganda) zählen, dominierten, ereigneten sich 2025 mehr muslimfeindlich motivierte Verbrechen in Österreich, darunter Körperverletzungen, gefährliche Drohungen und Sachbeschädigungen. Antimuslimische und antisemitische Hassverbrechen nehmen in der Kategorie „Religion“ jeweils ein Drittel ein, christenfeindliche Straftaten ein Fünftel.

Das beruhigt niemanden, der mit gefährlichen Drohungen oder Körperverletzungen, mit Vandalismus oder Diebstahl konfrontiert ist. Wenn angegriffen wird, was uns heilig ist, reagieren wir mit Recht besonders verletzlich. Zu beleidigen, zu schänden, zu stehlen (etwa Reliquien des heiligen Severin und eine Jesusfigur aus der Krippe) oder zu zerstören, was Menschen heilig ist, ist stets ein Anschlag auf die Würde dieser Gläubigen. In diesem Bereich gab es im Vorjahr 556 Tatverdächtige; bei den antimuslimischen und antisemitischen Straftaten hatte die Mehrheit der Täter die österreichische Staatsbürgerschaft, bei den christenfeindlichen Hassverbrechen jedoch nicht. Hier waren 57 Prozent „Fremde“ und im Durchschnitt deutlich jünger als die übrigen Straftäter.

Christen dürfen, ja sollen hochsensibel reagieren, wenn ihre Kirchen verwüstet und ihr Glaube verspottet werden. Mit Blick auf die Würde jedes Menschen dürfen und sollen sie nicht weniger sensibel reagieren, wenn Juden lautstark die Internierung in Konzentrationslager gewünscht wird oder Muslimas vulgär beschimpft werden. All das gehört nicht zum österreichischen Alltag, kommt aber vor. Wo immer Christen selbst zu Opfern werden, darf nicht fehlen, was die Pfarrei von Medjugorje am Dienstag den Gläubigen ans Herz legte, nachdem Madonnenstatuen verunstaltet wurden und der Außenaltar angezündet worden war: „Wir beten für die Umkehr der Herzen derer, die diese Tat begangen haben, dass der Herr sie mit seiner Gnade berühre und sie auf den Weg des Guten führe.“ Hass mit Hass zu beantworten, ist jedenfalls keine christliche Option.

Wie ein Franziskaner den Kapitalbegriff neu dachte

Pater Petrus Iohannis Olivi fiel der Inquisition als ketzerischer Ökonom auf und widerlegte die Lehre des Aristoteles über das Geld – Teil 2 der Reihe „Die soziale Revolution des Poverello“ **VON GIUSEPPE FRANCO**

Einer der originellsten franziskanischen Köpfe des 13. Jahrhunderts war Petrus Iohannis Olivi (1248–1298), einer der bedeutendsten Vertreter der Spiritualen, die sich für eine rigorosere Interpretation der Regula des Franz von Assisi einsetzten. Seine Ideen bilden ein faszinierendes, bis heute nicht ganz entschlüsseltes Kapitel mittelalterlicher Geistesgeschichte. Weil Olivi das franziskanische Armutsgelübde radikal auslegte und eine apokalyptische Geschichtstheorie vertrat, war er zeitlebens ebenso einflussreich wie umstritten. Man verdächtigte ihn der Häresie, man klagte ihn als Sektierer an. Seine Schriften wurden verboten und verbrannt; 1326, Jahrzehnte nach seinem Tod, wurde sein monumentales Werk „Lectura super Apocalypsim“ offiziell verurteilt.

In den Jahrzehnten nach seinem Tod waren die Vorurteile gegen den angeblichen Ketzer so stark, dass viele Theologen, die sich in ihren Schriften auf ihn bezogen, seinen Namen gar nicht erwähnten. Olivi war nicht nur Zeitzeuge, sondern bei vielen Ereignissen und in vielen Diskussionen auch aktiv, und als Protagonist wurde er dann auch selbst Opfer. Sein Denken war für viele Bezugspunkt, aber auch Zeichen des Widerspruchs. Die Faszination, die von ihm als Intellektuellem und Franziskaner ausging, wurde kritisiert, führte aber schließlich zur Erneuerung seines Ordens und der Kirche.

Aus der Anzahl Olivischer Werke ragt eines als außergewöhnlich und besonders komplex hervor: der „Tractatus de contractibus“. Diese Abhandlung über Verträge verdient nach Ansicht der Moraltheologen, der Wirtschaftsethiker und der Vertreter der Jurisprudenz höchste Aufmerksamkeit. Kurioserweise wurden Olivis bahnbrechende, ökonomische Gedanken lange Zeit zwei Autoren des 15. Jahrhunderts zugeschrieben, nämlich Bernhardin von Siena und Antoninus von Florenz. Der Grund dafür ist einfach: Da Olivis Name als ketzerisch gebrandmarkt war, schrieben diese beiden Denker ganze Passagen seiner Abhandlung wortwörtlich ab, verschwiegen jedoch den Namen des wirklichen Urhebers.

„Olivis Tractatus de contractibus“ ist ein lebendiges Zeugnis dafür, wie rasant sich die wirtschaftliche Debatte im Spätmittelalter entwickelte. Olivi formulierte grundlegende ökonomische Ideen: eine subjektive Werttheorie, die Verteidigung der Produktivität des Geldes sowie die scharfe Trennung zwischen sündhaftem Wucher (usura) und legitimem Zins als Entschädigung (interesse). Ein Thema, das den Scholastikern besonders am Herzen lag, war die Frage nach dem „gerechten Preis“. Die meisten Gelehrten jener Zeit waren sich einig, dass dieser durch den aktuellen Marktpreis festgelegt wurde. Den Franziskanern jedoch ging es dabei weniger um eine rein technische Analyse von Angebot und Nachfrage, sondern um die ethische Seite dieser Frage, um die Fairness und Gerechtigkeit des Tausches. Olivi filterte hierfür drei Faktoren heraus, die den Wert einer Ware bestimmen: die Nutzbarkeit des Gegenstands (*virtuositas*), seine Seltenheit und der Aufwand seiner Beschaffung (*raritas*) und das persönliche Gefallen des Käufers (*complacibilitas*). Gerade mit diesem letzten Faktor brachte Olivi das Konzept des individuellen Nutzens ins Spiel, ohne jedoch einem ungezügelten Markt das Wort zu reden. Für ihn war ein Vertrag nur dann rechtmäßig, wenn die beteiligten Parteien ihm in absoluter Willensfreiheit zustimmten – dieser bewusste Konsens bildete das Fundament jeglicher Preisvereinbarung. Gleichzeitig setzte Olivi individueller Profitgier und rein subjektiver Willkür mit dem kollektiven Maßstab der Gemeinschaft eine klare Grenze. Eine gerechte Preisfestlegung musste sich stets an dieser allgemeinen Wertschätzung orientieren. Nur so ließ sich verhindern, dass egoistisches Verhalten das Gemeinwohl und die soziale Gerechtigkeit beschädigte. Wirtschaftliches Handeln war für den Franziskaner Olivi eben kein moralfreier Raum, sondern immer dem Wohl aller verpflichtet.



Ob er Jesu Gebot vor Augen hat? Der Geldverleiher von Marinus van Reymerswale scheint zu grübeln. *Foto: Wikimedia Commons/Lempertz*

Eine weitere Meisterleistung Olivis war die systematische Einführung des Begriffs *capitale* in die Debatte über den Geldverleih. Die revolutionäre Idee der Produktivität des Geldes geht damit auf ihn zurück. Während Olivi den klassischen Wucher strikt ablehnte, unterschied er scharf zwischen totem, unfruchtbarem Geld (*simplex pecunia*) und fruchtbarem, gewinnbringendem Kapital. Olivi zufolge wird Geld genau dann zum Kapital, wenn es gezielt für den Handel reserviert wird und die Aussicht auf Gewinn bereits in sich trägt – es besitzt quasi ein „inhärentes Samenkorn des Gewinns“ (*ratio seminalis lucri*). Mit diesem Argument widerlegte Olivi die damals vorherrschende aristotelische Lehre, dass Geld von Natur aus steril und ein reines Tauschmittel sei. Nach traditioneller Kirchenlehre galt Zinsnehmen als Sünde: Wer Geld verlieh, durfte nur dieselbe Summe zurückfordern; jede zusätzliche Gebühr für die reine Nutzung galt als zutiefst ungerecht. Für Olivi hingegen war Kapital moralisch legitimiertes Geld, das aktiv Werte schuf. Weil der Verleiher dem Kreditnehmer dieses produktive Werkzeug überließ, durfte er für dessen Nutzung eine Entschädigung verlangen: das sogenannte *interesse*. Olivi rechtfertigte dieses Entgelt sowohl moralisch als auch ökonomisch und grenzte es scharf vom sündhaften Wucher (*usura*) ab. Das *interesse* war für ihn ein fairer Ausgleich für den entgangenen Gewinn, den der Besitzer bei Eigennutzung hätte erzielen können. Weil das verliehene Geld die Eigenschaft besaß, sich zu vermehren, war sein Preis logischerweise höher als der vom einfachen, ruhenden Geld. Dieses Kapital war also mit einem echten Mehrwert ausgestattet, den der Kreditnehmer völlig legal zurückzahlen musste. Aufgrund dieser Argumentation unterschied Olivi das legitime, produktive Darlehen, das noch dazu an ein echtes wirtschaftliches Risiko geknüpft war, vom zerstörerischen Wucher. Dieses bahnbrechende Kapitalverständnis wurzelte in einem völlig neuen Begriff von Zeit.

Nach traditioneller Lehre galt Zinsnehmen als Diebstahl an Gott; schließlich ließ sich der Geldverleiher die Zeit bezahlen, und die Zeit gehörte allein Gott. Olivi brach mit diesem Denken radikal, indem er zwischen der universellen Zeit und der „Eigenzeit“ der Wirtschaft und der weltlichen Dinge unterschied. Sein Argument war, dass mit dem Darlehen auch das Eigentum am Geld auf den Schuldner übergeht, sodass ab diesem Moment die Zeit ausschließlich für ihn arbeitet. Wenn dagegen ein Wucherer Zinsen verlangt, ist das nicht deshalb verwerflich, weil Zeit unverkäuflich wäre, sondern weil der Wucherer dreist einen Preis für die Zeit und die Arbeit eines anderen Menschen einfordert.

Die Aufarbeitung von Olivis Wirkungsgeschichte steht in der internationalen Forschung erst am Anfang. Trotz der Verbote seiner Schriften und der Ächtung seines Namens wirkten seine Ideen weiter und beeinflussten Denker bis in die Reformationszeit und die Neuzeit. Der „Tractatus de contractibus“ zeigt eindrucksvoll, dass franziskanische Texte keine weltfremde Theorie waren, sondern Zeugnisse der wirtschaftlichen und politischen Realität in früheren Jahrhunderten. Man muss Olivi nicht zum Erfinder marktwirtschaftlicher Gesetze oder gar des Kapitalismus stilisieren; viel faszinierender ist, dass er ein ökonomisches Vokabular schuf, das Jahrhunderte überdauerte und die moderne Wirtschaftswissenschaft überhaupt erst möglich machte. Genau hier liegt die überraschende Aktualität der franziskanischen Wirtschaftsethik: Sie liefert das Modell für eine Ökonomie, die moralische und normative Fragen nicht künstlich ausblendet. Der franziskanische Ansatz weist einen Ausweg aus der theoretischen Sackgasse moderner Management-Theorien, die Wirtschaftsanalyse und Ethik strikt voneinander trennen. Seit über fünfzig Jahren dominiert das Credo von Milton Friedman, „The Business of Business is Business“, wonach Unternehmen einzig und allein der Gewinnmaximierung verpflichtet sind. Dem setzt die franziskanische Denktradition ein alternatives Paradigma entgegen: Sie beweist, dass wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und das Gemeinwohl keine Widersprüche sein müssen. Diese historische Denktradition korrigiert den reinen Utilitarismus unserer Tage. Sie hebelt die Logik der bloßen Profitmaximierung aus, die nicht nur moralische Fragen ignoriert, sondern auch die politisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen und die ethischen Reserven aufs Spiel setzt, die eine funktionierende Marktwirtschaft überhaupt erst tragen. Wenn Kapital im franziskanischen Sinne wieder als Geld verstanden wird, das investiert wird, um echten menschlichen Bedürfnissen zu dienen – und nicht bloß, um Reichtum zu akkumulieren, dann lässt sich der heutige, oft ideologisch erstarrte Kapitalismus neu denken, der völlige Wirtschaftsfreiheit und begrenzte staatliche Regulierungen voraussetzt.

Wegweisend kann hierbei auch der scholastische Blick auf die Motivation des Handelns sein. Während die moderne Ökonomie das Motiv der Akteure komplett vom bloßen Ergebnis der Prozesse trennt und nur noch auf den Profit, die Rendite, den Shareholder Value, starrt, fordert die franziskanische Tradition zu einer weiterführenden Synthese auf: Das persönliche Ziel und das Streben nach einer Verbesserung des Gemeinwohls werden zu einer untrennbaren Einheit. Ein solcher Ansatz eröffnet die Chance, die aktuelle ökonomische Theorie von Grund auf zu erneuern.

Der Autor ist Privatdozent an der Theologischen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

„Das Kirchenrecht verhindert eine Bischofsdiktatur“

Synodalität und Laienapostolat: Bischof Ricardo García García von der Prälatur Yauyos in Peru warnt vor ermüdenden Sitzungen und ermutigt Laien zum Engagement jenseits des Kirchenraums VON REGINA EINIG

Exzellenz, welche Bedeutung hat die Volksfrömmigkeit in Ihrem Land?
Für die Gläubigen spielt sie eine große Rolle, die Menschen hängen an den Gebräuchen. Die Volksfrömmigkeit stärkt die geistlichen Abwehrkräfte; sie verbindet die Generationen und hat auch eine gewisse Schutzfunktion gegenüber den Abwerbungsversuchen protestantischer Sekten und politischen Ideologien. Man soll sie nicht auf bestimmte Festtage beschränken, sondern als Hilfestellung für die Bekehrung im Alltag sehen. Besonders verehrt wird in Peru der „Herr der Wunder“, ein von einem farbigen Sklaven gemaltes Christusbild, das die schweren Erdbeben in Lima in den Jahren 1655 und 1687 unbeschädigt überstanden hat. Aber auch die Marienverehrung hat ihren festen Platz bei uns.



Für den „Herrn der Wunder“ ist ganz Lima auf den Beinen. *Foto: Imago/El Comercio*



Bischof Ricardo García García. *Foto: CEC*

Wie gehen die Sekten in der Prälatur Yauyos vor?
Bei uns bestehen nur sehr vereinzelt Sektenniederlassungen. Hier und da gibt es Prediger, manche versammeln ihre Anhänger, darunter viele Migranten und Menschen aus bildungsfernen Schichten, in einer Garage oder ihrem Privathaus. Die Sekten sind eigentlich nicht das Problem. Viel verbreiteter ist der religiöse Indifferentismus und die Weigerung, sich zu binden. Wir erleben einen Generationenbruch: Es gibt noch fromme ältere Kirchgänger, aber die jungen Leute fehlen. Wir merken es an den Taufen: Unter den Kindertaufen sind immer mehr Sieben- und Achtjährige, die erst vor der Erstkommunion getauft werden. Das war früher anders. Viele Menschen gehen ganz im Streben nach beruflichem Erfolg und den sozialen Netzwerken auf. Uns würde es guttun, wie in Deutschland sonntags die Läden zu schließen.

Stichwort Deutschland: In Kirchenkreisen hat der Synodale Weg für Zündstoff gesorgt. Welche Rolle spielt diese Debatte bei Ihnen?
Synodalität war in Peru schon ein Thema, ehe Papst Franziskus den Synodalen Prozess der Weltkirche ankündigte. In der Prälatur Yauyos haben etwa 5000 Gläubige an den Synodalgesprächen teilgenommen. Das wurde mit Begeisterung aufgenommen; gleichwohl sehe ich die Gefahr, sich in ermüdenden Sitzungen im Kreis zu drehen. Irgendwann muss man sich an die Arbeit machen. Die Menschen erhoffen sich bei uns mehr geistliche Aufmerksamkeit: Vor allem die Zahl der Messorte soll größer werden, auch in abgelegenen Gegenden. Die Priester sollen mehr Zeit für die Seelsorge und das Gespräch haben, das Glaubenswissen soll vertieft werden, die Ehepaare brauchen in Krisen mehr Unterstützung. Auch die Caritas vor Ort soll besser helfen können.

Wie wirkt der deutsche Synodale Weg auf Sie?
Ich schätze die Katholiken in Deutschland sehr, aber es gibt Forderungen wie beispielsweise die Frauenordination, die bei uns Befürchtungen wecken. Bei uns ist das überhaupt kein Thema. Auch die Neustrukturierung der Kirche darf im Synodalgespräch nicht ausufern. Manches ist auch erschreckend: etwa die Abstimmungen, die an ein Parlament erinnern. Die Kirche ist zwar hierarchisch verfasst, aber das Kirchenrecht verhindert durch Beratungsgremien eine Bischofsdiktatur. In Deutschland sind diese Gremien gut organisiert, bei uns scheitert das oft schon an den Entfernungen: Priester, die in Bergregionen arbeiten, haben oft viele Gemeinden und nur wenige Helfer in den Pfarreien. Die Pandemie hat Peru in der Weiterentwicklung stark zurückgeworfen, Wir haben uns immer noch nicht von den Folgen erholt.

Wie sieht ein zeitgemäßes Laienapostolat aus Ihrer Sicht aus?
In Peru herrscht große Armut und soziale Ungerechtigkeit. Hier sollen die Laien anpacken. Es geht in der Kirche nicht um die Frage, wer die Glocken läutet. Es ist Klerikalismus, wenn sich die Laien in Kirchen und Kapellen zurückziehen. Laien sollen sich auf das Zeitgeschehen konzentrieren und sich im Beruf, in der Politik, in Bildungseinrichtungen und im Kulturbetrieb heiligen. Lateinamerika hat sehr unter korrupten Politikern gelitten. Darüber sind die Menschen frustriert, manche radikalisieren sich. In der Region Yauyos kann eine Blinddarmentzündung lebensgefährlich sein, weil es keine Möglichkeit gibt, sie zu behandeln. Dafür muss man nach Lima fahren. Da ist viel Sand im öffentlichen Getriebe – und hier sind redliche Laien gefragt, die ihre Arbeit gewissenhaft erledigen.

HINTERGRUND

Unter den Gästen aus der Weltkirche, die in diesen Tagen am Liborifest im Erzbistum Paderborn teilnehmen, ist Bischof Ricardo García García aus Peru. Der Einundsiebzigjährige stammt aus Lima und studierte zunächst Wirtschaftsingenieurwesen, bevor er in Rom und Navarra Theologie studierte. 1983 wurde er in Rom durch Papst Johannes Paul II. zum Priester geweiht. Nach vielen Jahren in der Priesterausbildung in der Erzdiözese Arequipa im Süden des Landes wurde er 2008 von Papst Benedikt XVI. zum Leiter der Territorialprälatur Yauyos südlich von Lima ernannt. Im selben Jahr empfing García auch die Bischofsweihe. Als Vorsitzender der Schulkommission der Peruanischen Bischofskonferenz ist Bischof García Nachfolger von Bischof Robert Prevost, heute Papst Leo XIV.
Territorialprälaturen sind in Lateinamerika weit verbreitet. Ihre Leiter haben die volle Amtsgewalt eines Diözesanbischofs inne.

Anzeige



Festnahme im Fall Medjugorje

MEDJUGORJE (DT/KAP) Nach den Vandalismusakten gegen mehrere religiöse Stätten in Medjugorje am Dienstag hat die Polizei noch am selben Tag einen Tatverdächtigen festgenommen. Wie die Polizei der Gespanschaft West-Herzegowina mitteilte, handelt es sich um einen 31-jährigen ausländischen Staatsbürger, der von Beamten der Polizeistation Citluk identifiziert und festgenommen wurde. Nach bisherigen Ermittlungen steht der Mann im Verdacht, am frühen Dienstagmorgen an mehreren Orten des Wallfahrtsortes Sachbeschädigungen begangen zu haben. Die Identifizierung gelang laut Polizei unter anderem durch die Auswertung von Überwachungskameras. Der Verdächtige wurde zur weiteren kriminalpolizeilichen Bearbeitung auf die Polizeistation Citluk gebracht, die zuständige Staatsanwaltschaft informiert. Die Ermittlungen zur vollständigen Aufklärung des Falls dauern an. Das Innenministerium dankte Bürgern, Bergrettung, Feuerwehr und Medien für Hinweise, die zur Festnahme beigetragen hätten.

In der Nacht auf Dienstag waren mehrere Marienstatuen auf dem Erscheinungsberg Podbrdo sowie am sogenannten Blauen Kreuz mit schwarzer Farbe beschmiert und mit Schmähbotschaften in englischer Sprache verunstaltet worden.

PORTRÄT DER WOCHE



Schwester Leticia Ugboaja

VON MAXIMILIAN LUTZ

Die Grenzen schließen, Einwanderer ohne Papiere millionenfach abschieben: So lauteten die zentralen Wahlkampfversprechen von US-Präsident Donald Trump. Nicht nur die US-Bischöfe, sondern auch Leo XIV. setzten in mehreren Appellen ein humanitäres Gegengewicht zur strikten Migrationspolitik der US-Regierung. Zwar hätten Staaten das Recht, ihre Grenzen zu schützen, dürften dabei jedoch nicht mit Willkür und unter Missachtung der Menschenwürde von Migranten vorgehen.
Dass es der Trump-Administration bislang nicht gelungen ist, diese Herausforderung zu meistern, zeigen Woche für Woche die Bilder vom brutalen Vorgehen der Einwanderungs- und Zollbehörde ICE. Nicht selten trifft es dabei Menschen, die sich legal im Land aufhalten. Am eigenen Leib musste das kürzlich die aus Nigeria stammende katholische Ordensschwester Leticia Ugboaja, die den Daughters of Mary Mother of Mercy angehört, erfahren.

Die Schikanierte

Ende Juni war sie auf dem Weg zur Sonntagsmesse im Bundesstaat Texas von zwei ICE-Beamten in Gewahrsam genommen worden. Nachdem Vertreter ihrer Pfarrgemeinde den Fall in den sozialen Medien publik gemacht hatten, sprangen der 56-Jährigen auch zahlreiche Kongressabgeordnete zur Seite. Nach mehreren Stunden wurde sie schließlich freigelassen. Besonders schmerzhaft sei für sie gewesen, dass man ihr nicht gewährt habe, an der Sonntagsmesse teilzunehmen und die Eucharistie zu empfangen, betonte die Ordensschwester Medienberichten zufolge vergangene Woche bei einer Pressekonferenz.
Das Asylgesuch Schwester Leticias ist nach Angaben ihres Anwalts 2019 zwar abgelehnt worden. Sie habe jedoch bislang rechtlichen Schutz vor einer Rückführung in ihr Heimatland Nigeria genossen, da ihr dort Folter drohen würde. Sie besitze eine Arbeitserlaubnis und habe stets alle Auflagen der Behörden eingehalten. Über die Gründe für ihre Festnahme habe man sie nur unzureichend informiert. Ihrem Anwalt zufolge hatte die Regierung geplant, sie in ein Drittland abzuschieben – eine Praxis, die von Juristen und Menschenrechtsexperten kritisiert wird und die derzeit die US-Gerichte beschäftigt. Über Schwester Leticias künftigen Aufenthaltsstatus besteht weiter Ungewissheit. Unklar war bis zuletzt, ob sie sich nun erneut zu einem Termin mit den Einwanderungsbehörden einfinden soll. Formal gelte sie noch immer als abschiebepflichtig, so ihr Anwalt. Doch die Ordensfrau hat nicht nur ihr eigenes Schicksal vor Augen: „Es gibt viele andere in derselben Situation, Menschen, die einen gewissen rechtlichen Schutz genießen, alle Regeln befolgen und dennoch mit der Ungewissheit leben“, betonte sie auf der Pressekonferenz. Ihnen wolle sie helfen, indem sie von ihrem Fall erzähle.

SONNTAGSLESUNG



Als der Völkerapostel emotional wurde

VON LOTHAR WEHR

In allen drei biblischen Texten dieses Sonntags steht die radikale und nicht selten überraschende Zuwendung Gottes zu den Menschen im Zentrum. Gottes Liebe und Vorsehung erreichen den Menschen in seiner konkreten Lebenssituation. Dabei ist die Lesung aus dem paulinischen Römerbrief die emotionalste und deshalb auch konkreteste von den drei Perikopen.

Am Beginn dieser Lesung stellt Paulus eine Frage, die er am Ende der Texteinheit beantworten wird: „Was kann uns scheiden von der Liebe Christi?“ Zwischen der Frage und der Antwort zählt Paulus auf, was von der Liebe Christi trennen könnte. Zuerst nennt er die Leiden, die ihn selbst und andere mutige Verkünder getroffen haben: Bedrängnis, Not, Verfolgung, Hunger, Kälte, Gefahr und sogar das Schwert, also die Androhung der Todesstrafe. Alle diese Nöte erwähnt Paulus auch in seiner berühmten „Narrenrede“ (2 Kor 11, 23–27) und an anderen Stellen in seinen Briefen. Danach nennt er die äußersten Gegensätze im menschlichen Leben: Leben und Tod. Er nennt des Weiteren unsichtbare Geschöpfe, die nach jüdischer Vorstellung die Welt zwischen Himmel und Erde bewohnen: Engel und Mächte. Er lenkt den Blick auf zeitliche und räumliche Extreme: Gegenwärtiges und Zukünftiges, sowie auf Gewalten, auf Höhe oder Tiefe, und überhaupt auf jede von Gott geschaffene Kreatur. Am Ende gibt er die Antwort auf seine Frage: Nichts von all dem kann uns scheiden von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus offenbart wurde und die uns heute begegnet, wenn wir im Gebet Christus anrufen oder die Sakramente feiern.

Paulus stärkt den Glauben an die Nähe Gottes

Die Lesung aus dem Buch des Propheten Jesaja (Jes 55, 1–3) richtet sich an die Juden im Babylonischen Exil. Sie werden aufgefordert, Gott die Treue zu halten und sich nicht den babylonischen Göttern zuzuwenden. Diese können sie nicht sättigen. Gott allein gibt Nahrung und Heil in Fülle, und zwar kostenlos aus reiner Gnade.

Auch im Evangelium geht es um die überraschende Fürsorge Gottes. Die hungernden Menschen, die Jesus an einem abgelegenen, einsamen Ort aufgesucht hatten, um ihn zu hören und ihn zu bitten, die Kranken zu heilen, werden von Jesus überraschend durch ein Wunder gesättigt. Fünf Brote und zwei Fische vermehrt Jesus, sodass alle satt werden und sogar noch zwölf Körbe mit Brotstücken übrig bleiben. Alle drei biblischen Texte stärken unseren Glauben an Gottes Fürsorge. Besonders der paulinische Text vertieft unser gläubiges Vertrauen in die Nähe Gottes, auf die wir uns in allen Widrigkeiten des Lebens verlassen können: „Weder Tod noch Leben ..., weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges noch Gewalten, weder Höhe noch Tiefe noch irgendeine andere Kreatur können uns scheiden von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserem Herrn“ (Röm 8, 38f).

Jesaja 55,1–3
Römer 8,35.37–39
Matthäus 14,13–21
Zu den Lesungen des 18. Sonntags im Jahreskreis 2026 (Lesejahr A)

Missionsstation Stammtisch

Was als zwangloser Treffpunkt in Berlin-Schöneberg begann, zieht inzwischen Dutzende junge Menschen an. In Berlin entsteht fernab kirchlicher Strukturen ein katholisches Netzwerk VON JOSÉ GARCÍA



Es müssen nicht immer Strukturreformen sein: Die christliche Gemeinschaft über persönliche Kontakte und Freundschaften weiterzuentwickeln ist ein Gedanke, der jungen Gläubigen in St. Matthias in Berlin einleuchtet. *Symbolbild: KNA/Markus Nowak*

Sonntagmittag im Pfarrsaal von St. Matthias in Berlin-Schöneberg. In dieser Pfarrei wirkte der spätere Kardinal von Galen von 1906 bis 1911 als Kaplan. Eine Reliquie des „Löwen von Münster“ hat in der Kirche einen Ehrenplatz. Etwa 60 junge Menschen, die meisten in ihren Zwanzigern, sind gekommen, um gemeinsam zu essen und Kontakte zu knüpfen. Viele haben erst vor Kurzem zum katholischen Glauben gefunden oder sind gerade erst getauft worden. Hier zeigt sich einer jener Aufbrüche, die derzeit fernab kirchlicher Gremien in Berlin entstehen.

Das Beisammensein beginnt mit einer Tischrede. An diesem Sonntag spricht Pater Marc-Stephan Giese SJ, Hochschulseelsorger in Potsdam, über „Mission“. Von Paulus über Bonifatius, Franz Xaver und Petrus Canisius: Die Kirchengeschichte „müsste eigentlich als Missionsgeschichte geschrieben werden“. Bereits 1941 habe Pater Ivo Zeiger darauf hingewiesen, dass Deutschland Missionsland geworden sei. „Wer das heute bestreiten wollte, gerade für unsere Stadt Berlin, der kennt die Zeiten nicht.“ Auch jene, die erst in den vergangenen Jahren zum Glauben gefunden hätten, seien berufen, Zeugnis abzulegen – „einladend, attraktiv, schön, Hoffnung und Freude verbreitend“.

Wie es zu diesem Format kam, erläutern die Initiatoren Maximilian Koch und William Pick. „Uns wurde gesagt, es sei schwierig, mit Menschen, die man nicht kennt, ins Gespräch zu kommen. Es braucht einen Aufhänger, etwas, worüber man sprechen kann.“ Daraus entstand die Idee einer kurzen Tischrede zu Beginn. Pater Giese ergänzt: „Wir müssen auch auf die Straße gehen. Auch. Aber der erste Schritt von Mission ist nicht, sich senden zu lassen, sondern besteht in der Begegnung.“ Wer vom Glauben sprechen wolle, müsse selbst fest im Glauben stehen. Vor der Sendung der Jünger stehe die Begegnung mit Christus. Die erste Einladung laute deshalb: „Vertieft euch im Glauben. Begegnet Christus, dem Auferstandenen, und lasst euer Herz vom Heiligen Geist verwandeln.“ Nach dem Synodalen Weg sei im Erzbistum Berlin ein Synodal-Pastoralrat entstanden, der beschlossen habe, Evangelisierung bis 2030 als vorrangige Aufgabe des Erzbistums zu verwirklichen. „Jetzt ist die Zeit, auch in die Pfarreien zu gehen und zu sagen: Wir wollen da etwas machen.“

Entstanden ist die Initiative allerdings nicht in einer Pfarrei, sondern im Internet. „Discord ist vor allem als Plattform für Computerspiele bekannt“, erzählt Maximilian Koch. „Dort gibt es aber auch einen großen deutschsprachigen christlichen Server.“ Koch bietet dort Bibelstudien, tägliche Gebete und Gesprächsrunden an. In der Reihe „Aktualität des Christentums“ geht es etwa um Christenverfolgung, Meinungsfreiheit oder die Darstellung des Christentums in den Medien.

Ein Motorradunfall mit Konsequenzen

Auf Discord lernte Koch William Pick kennen. Aus einem Gespräch bei einer Bibelstudie wurde später eine Einladung zur alten Messe in Berlin-Mitte. Für Koch fiel diese Begegnung in eine Zeit, in der er die katholische Kirche neu entdeckte.

Koch ist evangelisch aufgewachsen. Gebet, Kirchenbesuche und Bibellesen mit seiner Großmutter prägten ihn früh. In der Jugend verlor sich dieser Glaube. Erst Anfang dreißig kehrte die Frage zurück, ob ihm etwas fehle. Zugleich störte ihn, wie abwertend in manchen Milieus über das Christentum gesprochen wurde – als patriarchalisch, reaktionär oder rechtsextrem. Diese Ablehnung habe ihn dem Glauben wieder nähergebracht. Ein Schlüsselerlebnis war ein Motorradunfall im Jahr 2023 in Griechenland. Kurz zuvor hatte ihm ein jüdischer Freund geraten, sich eine Kreuzkette zu kaufen. Am nächsten Tag flog Koch aus einer Kurve. Als er den Kopf hob, stand direkt vor ihm ein Bus. Eine Sekunde später, sagt er, wäre er hineingefahren. In diesem Moment habe er gewusst: „Gott ist da.“ Danach begann er wieder in der Bibel zu lesen, organisierte Bibelstudien und fand den Weg aus dem Netz in die Kirche.

„Da gab es in Neukölln einen ökumenischen Gottesdienst, organisiert von der evangelischen Kirche. Es war aber auch ein katholischer Pfarrer vor Ort, der sehr viel über die Bibel sprach – und nicht so viel über die Welt, wie ich es aus evangelischen Gottesdiensten kannte. Das hat mich beeindruckt. Die Ernsthaftigkeit, die ich da gespürt habe, kannte ich aus vom Beten mit meiner Oma. Da war es um mich geschehen. Dann gab es kein Zurück.“

Auch William Pick stammt aus einem evangelischen Umfeld. Während der Pandemie begann er, sich mit grundlegenden Lebensfragen zu beschäftigen. Katholische Freunde aus den USA brachten ihn auf diesen Weg. Nach Gesprächen mit Orthodoxen, Protestanten und Katholiken riet ihm schließlich jemand, eine lateinische Messe zu besuchen. Die erste Messe habe ihn „verzaubert“, sagt er. Von da an ging er jeden Sonntag hin. Später entschied er sich zur Konversion.

Aus wenigen Kontakten entstand ein Stammtisch. Anfangs gingen viele Besucher nach der Messe direkt nach Hause. Pick und andere wollten einen Ort schaffen, an dem man bleiben, essen, sprechen und einander kennenlernen kann. Beim ersten Treffen kamen sechs Personen. Freunde brachten weitere Freunde mit. Nach etwa einem halben Jahr waren es gut fünfzig Teilnehmer, beim größten Treffen mehr als achtzig.

So auch an diesem Sonntag. Die Tischrede ist beendet, an der langen Tafel entstehen Gespräche während des einfachen Mittagessens, das die jungen Leute selbst gekocht haben. Einige sind zum ersten Mal da. Wie sie davon erfahren haben? „Mich hat William eingeladen“, ist mehrfach zu hören. Das wirksamste Mittel bleibt der persönliche Kontakt. Genau darum geht es bei diesem Mittagstisch: Freundschaften unter Gleichaltrigen sollen entstehen, damit junge Menschen, die gerade zum Glauben gefunden haben, erfahren: „Ich bin nicht allein“.

Maximilian Koch und William Pick haben bereits Vorstellungen, wie sich die Gruppe weiterentwickeln kann – nicht in Richtung neuer Strukturen oder Gremien, sondern auf persönliche Weise. Nach dem gemeinsamen Mittagessen treffen sich manche zur Katechese, zum Bibelstudium oder zu einem Vortrag. Auch WhatsApp-Gruppen wurden eingerichtet, etwa um gemeinsam Sport zu treiben.

Beiden ist bewusst, dass Katechese allein nicht ausreicht, weil viele neue Christen kaum Berührung mit einer christlichen Kultur hatten. Deshalb sollen auch Bildungsangebote entstehen: Museumsbesuche, Literatur- und Filmabende. Koch sieht hinter dem neuen Interesse am Glauben Einsamkeit und Enttäuschung über Politik und Institutionen. Gerade deshalb wachse die Sehnsucht nach Gott, Tradition und Gemeinschaft.

Der Autor ist freier Journalist und Übersetzer und lebt in Berlin.

Anzeige





Ein Ordensmann, der sich Überblick über Welt und Kloster verschafft hat: Das Denkmal des Luis de Granada vor der Hauptfassade der Kirche Santo Domingo im andalusischen Granada erinnert an einen Meister des spirituellen Lebens. *Foto: Imago/Bennett Dean*

Leitfaden für Gottsucher

Ein Klassiker der geistlichen Wegweisung liegt in neuer Übersetzung vor: Warum es sich lohnt, mit dem Dominikaner Luis de Granada über die Letzten Dinge nachzudenken **VON URS BUHLMANN**

Lektüre für Heilige und alle, die es werden wollen, hat der spanische Dominikaner Luis de Granada (1504–1588) verfasst. Franz von Sales, Karl Borromäus, Teresa von Avila empfahlen ihn jedem, der seinen Glauben stärken will. Eines seiner Hauptwerke, die geistliche Wegweisung „Guia de Pecadores" von 1555, ist jetzt unter dem historischen Titel „Lenkerin der Sünden" auf Deutsch erschienen. Die glänzende Übersetzung von Alexander Wagensommer, die jede altertümliche oder frömmelnde Phrase vermeidet, macht es dem Leser leicht, dem Dominikaner zu folgen. Pater Luis spricht nämlich über die Letzten Dinge, doch so, dass er den Leser nicht entmutigt und ihm schon gar nicht Angst machen will. Vielmehr stellt er dem Leser die richtigen Fragen: „Denn sag mir: Was kann man schon Gutes auf einer schlechten Grundlage bauen? Was nützt uns aller Erfolg, wenn unser Leben ganz durcheinander ist?"

Ohne den Willen zur Tugend geht es nicht

Es ist ein vertrauensvoller Ton, den der Pater anschlägt: Er betont die Güte Gottes und macht so Mut, den nächsten Schritt zu gehen: „Die Menschen pflegen sehr großzügig im Versprechen und sehr geizig im Halten zu sein; Gott hingegen ist so wunderbar großzügig im Halten, dass die Worte, die er als Versprechen gibt, im Vergleich zu seinen Werken viel zu bescheiden klingen."

Pater Luis verfolgt mit seiner Wegweisung ein doppeltes Ziel: „Im ersten Buch sollen die großen Verpflichtungen dargestellt werden, die wir der Tugend gegenüber haben, aber auch die unschätzbar großen Früchte, die aus ihr folgen. Im zweiten Buch wollen wir vom tugendhaften Leben handeln, sowie von den Anweisungen und Ratschlägen, die zu einem solchen Leben führen. Denn zwei Dinge braucht man, um einen Menschen tugendhaft zu machen: erstens, dass er es wahrhaftig sein möchte; zweitens, dass er auch weiß, was er dafür tun muss."

Zehn Gründe kennt Luis de Granada, die uns zur Tugend und zur Gottesliebe als deren Grund verpflichten. „Der erste und wichtigste Grund, zugleich auch der, den man am schwersten erklären kann, ist, dass Gott einfach ist, wer er ist." Der Autor führt Dionysius Areopagita an: „Er lehrt uns, dass wir, so wir Gott erkennen wollen, unsere Augen von den Vorzügen der Geschöpfe abwenden müssen, damit wir nicht dem Irrtum verfallen, Gott mit ihnen zu vergleichen oder von ihnen herleiten zu wollen. Stattdessen müssen wir sie beiseitelassen und uns dazu erheben, ein Wesen zu betrachten, das über allem Seienden steht; eine Substanz, höher als alle Substanzen, ein Licht, leuchtender als alle Lichter." Darin liegt der Unterschied zu uns: „Alle erschaffenen Dinge sind ihrem Wesen nach begrenzt und können deswegen nur eine begrenzte Macht ausüben, nur in Grenzen wirken und sich nur an wenigen Orten aufhalten; sie besitzen nur eine begrenzte Anzahl von Namen, die sie beschreiben; sie gehören bestimmten Kategorien an und haben Eigenschaften, die sie identifizieren. Jenes höchste Wesen aber ist unbegrenzt in seinem Sein, aber ebenso in seiner Macht und in allem anderen; daher kann keine Definition es beschreiben."

Es ist diese unaufdringliche, durchdachte Sprache, die Luis de Granadas Texte so zugänglich macht. Der spanische Schriftsteller José Martínez Ruiz, bekannter unter seinem Pseudonym Azorín, befand: „Bei Granada ist alles einfach, spontan, anmutig und elegant. Denkt nicht an Nachlässigkeit oder Unfähigkeit; hinter diesem Anschein von Leichtigkeit verbirgt sich ein Künstler."

Neider schwärzten ihn bei der Inquisition an

Die Werke von Pater Luis waren so verbreitet, dass Jesuiten-Missionare, als sie in späterer Zeit nach Japan kamen, bemerkten, dass der Glaube der einheimischen Katholiken in der Zeit der Kirchenverfolgung unter anderem durch Granadas Bücher am Leben gehalten worden war.

Umso erstaunlicher, dass der Dominikaner, der mehrfach für Bischofsämter gehandelt wurde und seinem Orden in hohen Posten, unter anderem als Provinzial in Portugal, diente, zeitweise mit der Inquisition in Konflikt kam. Der Grund dafür war ein schwacher und kam natürlich von klerikaler Seite, die neidisch auf die Popularität des aus ärmsten Verhältnissen stammenden Luis war: Seine Bücher machten keinen Unterschied zwischen Ordensleuten, die Zeit und Grund zur Kontemplation hätten, und Weltleuten, für die Granadas Schriften abträglich und unpassend wären.

Außerdem waren seine Werke bei anerkannten Häretikern gefunden worden. Pater Luis konnte sich glänzend gegen diese Vorwürfe verteidigen und erhielt schließlich sogar ein Lob des Papstes. Der Dominikaner stand diese Zeit in Gleichmut durch und wusste sich vom Heiligen Geist allzeit getragen: „Wenn wir uns von der Sünde abwenden, verdanken wir es ihm; tun wir Gutes, dann tun wir es dank ihm; sind wir beständig, dann weil er es uns schenkt; bekommen wir einen Lohn für unsere Werke, dann ist er es, der ihn für uns verdient hat."

Doch ist er klar in einer Sache, die moderne Theologen vernachlässigt, wenn nicht negieren: Er kennt Himmel und Hölle als konkrete Möglichkeiten. „Entweder wir herrschen für immer mit Gott im Himmel oder wir verbrennen für immer mit den Teufeln in der Hölle." Luis warnt daher vor Sorglosigkeit. „Denk daran, dass es unter allen menschlichen Dingen keines gibt, dem man mehr Aufmerksamkeit widmen sollte, als der Wahl unseres Lebensweges."

Zutiefst davon überzeugt, dass Gott retten und nicht richten will, bietet seine lebensnahe Spiritualität einen Weg für alle Christen an. Für Luis de Granada, diesen klugen Didaktiker der Katechese, wurde an seinem Sterbeort Lissabon 1986 das Seligsprechungsverfahren eröffnet. In der Dominikanerkirche ist er auch begraben.

Luis de Granada: Lenkerin der Sünden, herausgegeben und eingeleitet von Markus Dusek und Paul Bernhard Wodrazka, übersetzt von Alexander Wagensommer, Patrimonium-Verlag, Aachen, 2026, 197 Seiten, EUR 18,–

Der Rezensent ist Augustiner-Chorherr.



Christliche Freundschaftslehre

VON CLEMENS SCHLIP

„Ein dickes Buch ist ein großes Übel" – sagte schon in vorchristlicher Zeit der Dichter Kallimachos. Damit ist klar, dass Andreas Schmidts Büchlein „Gibt es Freundschaft?" nicht schlecht sein kann, denn es ist mit seinen 110 Seiten erfreulich übersichtlich. Knapp zwei Drittel entfallen auf einen philosophisch-historischen Essay, in dem Schmidt das Wesen der Freundschaft gemäß den vorchristlichen antiken Philosophen und in ihrer spezifisch christlichen Ausformung herausarbeitet. Im letzten Drittel bietet er thematisch passende Quellentexte aus der spirituellen Tradition, wobei bekannte und weniger bekannte Autoren zu Wort kommen. Der Franziskaner Servasanctus von Faenza aus dem 13. Jahrhundert mit seinen tiefgründigen Predigten über den Apostel Jakobus und den Apostel Johannes ist etwa eine schöne Entdeckung. Die Frage des Titels – „Gibt es Freundschaft?" – wird in Schmidts Büchlein selbstverständlich positiv beantwortet. Dass es Freundschaft gibt, war schließlich nie strittig, nur waren die antiken Philosophen sehr anspruchsvoll, wenn sie die Eigenschaften und Erfordernisse einer Freundschaft bestimmten, die diesen Namen verdient. Das verlogene Freundschaftsgetue, das sich in Europa ausgebreitet hat und dazu führt, dass man sich in Restaurants und Geschäften regelmäßig von Wildfremden duzen lassen muss, hält ihren Maßstäben natürlich nicht stand. So streng waren diese Maßstäbe, dass Aristoteles etwa die Ansicht vertrat, Freundschaft zwischen Gott und den Menschen sei unmöglich, da zwischen ihnen als absolut Ungleichen eine unüberbrückbare Distanz bestehe.

Das Christentum mit seinem in Jesus Christus menschgewordenen Gott machte dieser Schwierigkeit ein Ende. Und so betont der Jesus der Evangelien auch seine Freundschaft mit denen, die ihm nachfolgen. Für die spezifisch christliche Form der freundschaftlichen Liebe benutzten die Evangelisten das griechische Wort „Agape", das nun einen ganz neuen Inhalt erhielt. Lässt man sich auf die Logik der Evangelien ein, kann man sogar mit Thomas von Aquin zu dem Schluss kommen, dass Jesus „in höchstem Maße Freund" ist, weil sich die Wesenszüge der Freundschaft in ihm so perfekt verwirklichen, wie es unter normalen Menschen unmöglich ist. Diese christliche Freundschaftslehre, in der auch zwischenmenschliche Beziehungen ihren Mittelpunkt in der Gottesfreundschaft finden, steht im Zentrum von Schmidts Büchlein, das somit eine primär spirituelle Zielsetzung verfolgt. Ein gelehrtes Buch ist dies also nicht, doch es zeigt an vielen Stellen, dass der der Gemeinschaft Emmanuel angehörende Autor seinen frommen Ausführungen ein wissenschaftliches Fundament zugrunde legt. Das ist keineswegs selbstverständlich, heute aber vielleicht so nötig wie niemals zuvor. Denn es ist die Voraussetzung dafür, dass derartige Gedankengänge auch für Außenstehende zumindest nachvollziehbar sind.

Auf sachlicher Ebene gibt es wenig einzuwenden: Lukian etwa war kein „Lyriker", sondern ein Satiriker. Eine Bibliographie zum Thema wäre eine gute Ergänzung gewesen und hätte sich ohne übermäßigen zusätzlichen Platzaufwand anfügen lassen. Das Büchlein hinterlässt gerade in seiner bewussten Verknappung und pointierten Darstellung einen tieferen Eindruck als manche dick angeschwollene Monographie. Man darf nur nichts in ihm suchen, was es gar nicht bieten will.

Andreas Schmidt: Gibt es Freundschaft?, Fe-Medienverlag, Kißlegg, 110 Seiten, EUR 8,95

Der Rezensent ist promovierter Latinist.

Die Regie des Jakobswegs

Eine Studie untersucht das individuelle Erleben von Santiagopilgern und stellt Übereinstimmungen fest – Pilgerseelsorger bestätigt höhere Bereitschaft zum Beichten als in der Pfarrei **VON REGINA EINIG**

Entwarnung für Jakobspilger: Die Wege zum Apostelgrab in Nord- und Westspanien sind frei. Anders als im Vorjahr betreffen die Waldbrände auf der iberischen Halbinsel bisher keine Etappe des Jakobswegs. Im August 2025 war die Strecke zwischen Astorga und Ponferrada auf dem historischen „Camino francés“ zeitweise wegen Löscharbeiten gesperrt worden. Und die Warn-App „Guardián del Camino“ signalisierte auch für den „Via de la Plata“ zeitweise Rot für die von einer Feuersbrunst betroffenen Region Ponferrada.



Geschafft: Die Ankunft an der Kathedrale von Santiago de Compostela erleben viele als Moment persönlicher Erfüllung, ganz unabhängig von den Beweggründen der Reise. *Foto: Imago/Romy Arroyo Fernandez*

Was der Pilger mit nach Hause nimmt

Der Jakobsweg ist inzwischen über die klassische Zielgruppe der Getauften hinaus zu einer Chiffre geworden für Besinnung und persönliche Auszeit. Nicht nur Christen erhoffen sich Neuorientierung und neue Seelenstärke. Doch was erleben Menschen unterwegs wirklich? Peter Kirchmann von der Seite www.jakobsweg-lebensweg.de und Andreas Braun von der Business & Law School Berlin haben die Erfahrungsberichte von knapp 600 deutschsprachigen Pilgern in einer Studie ausgewertet, die kürzlich im „Journal of Tourism and Cultural Change“ veröffentlicht wurde. Zu den zentralen Erkenntnissen gehört die Einsicht, dass es den totalen Wandel auf dem Pilgerweg nicht gibt. Der Pilger kehrt nicht als „neuer Mensch“ nach Hause zurück, doch er nimmt etwas für sich mit: Klärungen für seinen Lebensweg, andere Prioritäten, innere Ruhe, gestärktes Selbstvertrauen.

Das Ergebnis bestätigt, dass das persönliche Erleben kein Zufallsprodukt ist, sondern durch die Natur und Kulturlandschaft geprägt wird. „Völlig unkoordinierte Menschen durchleben an den exakt gleichen Orten systematisch die gleichen tiefen Gefühle“, stellen die Autoren fest. „Wir dachten immer, das innere Erleben beim Pilgern sei rein individuell. Unsere Daten zeigen etwas völlig anderes: Der Weg führt Regie. Bestimmte Orte wie das Cruz de Ferro oder die Weite der Meseta lösen bei fast allen Menschen exakt die gleichen, tiefen emotionalen Prozesse aus“, so Kirchmann. So verbinden fast alle Teilnehmer mit dem Kreuz „Cruz de Ferro“ auf der Etappe zwischen Foncebadón und Manjarín Abschied und Loslassen. Die Ankunft in Santiago de Compostela steht der Studie zufolge für biografische Bestätigung, auch wenn die trügerische Maxime „Der Weg ist das Ziel“ das traditionelle Pilgerverständnis durchaus verdunkeln kann. Mit den rauen Küsten von Finisterre und Muxía verbinden viele Befragte Räume der radikalen Offenheit für Neuanfänge. Die Weite der Meseta wiederum erzeugt eine heilsame Dezentrierung — das erschöpfte Ego schrumpft und macht Platz für eine tiefe Verbundenheit mit der Natur.

Pfarrer Stephan Gras, der in diesem Monat in der deutschsprachigen Pilgerseelsorge in Santiago de Compostela gearbeitet hat, bestätigt gegenüber dieser Zeitung, dass der Jakobsweg Menschen anzieht, die eigentlich nur „mal weg“ wollten und auf dem Weg Episoden ihres Lebens neu und anders entdecken. Santiago sei ein internationaler und manchmal auch interreligiöser Ort. Die Decke des gewohnten Alltags mit Handy, Terminkalender und Routine werde weggezogen. Dann, so der Limburger Diözesanpriester, der viele Jahre in Barcelona tätig war, „kommen Gedanken und Erlebnisse zum Vorschein, die man im Alltag im wahrsten Sinne des Wortes übergeht. Ich denke an einen Menschen, der seit Jahrzehnten nicht mehr gebeichtet hat und um Hilfestellung bat. Das werden oft ganz besondere Gespräche.“ Auch Ehepaare machten sich gemeinsam auf den Weg und entdeckten sich gegenseitig wieder. Als seine originellste Begegnung erwähnt Gras „einen indischen nichtchristlichen Professor, der zu verstehen versuchte, warum Menschen pilgern und was meine Aufgabe als Priester dabei sei.“

Für ihn als Priester seien die Einzelgespräche besonders wertvoll. In der Kathedrale höre er „sehr viele Beichten“. Aber es ergäben sich auch immer wieder Gespräche mit „Menschen, die sich sozusagen selbst auf die Spur kommen wollen. Die Erfahrungen auf dem Weg prägen viele in ganz besonderer Weise.“ Der Geistliche erlebt vor allem das Bußsakrament in Santiago de Compostela anders als in der Gemeindearbeit: In der normalen Pfarrseelsorge werde das Sakrament der Beichte oft schlicht nicht wahrgenommen: „Die Bereitschaft hierzu ist in Santiago auch durch Anonymität und Wegerfahrungen sehr viel höher als gewöhnlich.“ Er erlebe als Priester in Santiago Menschen, die aufblühten, wenn sie die Figur des Apostels Jakobus berühren oder umarmen. Die Sehnsucht nach gelingender geistlicher und eucharistischer Gemeinschaft erlebe er besonders deutlich. Von dieser Kathedrale, so Gras, „geht viel Gutes aus“.

VERANSTALTUNGEN

Internationaler Priesterkreis 2026

Vom 18. bis 20. August 2026 lädt der Internationale Priesterkreis ins Maternushaus nach Köln ein. Drei Tage geistlicher Einkehr und theologischer Auseinandersetzung widmen sich dem Thema „Sprache und Verkündigung“ – mit renommierten Referenten aus Innsbruck, Salzburg, Rom, Köln und Aachen, täglicher Eucharistie in der Basilika St. Ursula sowie einem Einkehrnachmittag mit Beichtgelegenheit und Schriftbetrachtung sowie einer abschließenden Podiumsdiskussion zur kirchlichen Kommunikation. Anmeldung über events.godmag.de.

Den Auftakt macht Johannes Hoff von der Universität Innsbruck. Sein Vortrag nimmt das Konzilsdokument „Dei Verbum“ beim Wort – und zwar genau bei jenem ehrfürchtigen Hören, das die Kirche dem Wort Gottes schuldet. Simon Weyringer aus Salzburg befasst sich mit der Kunde vom Gott Israels und seinem Gesalbten – zwischen Bilderverbot und Offenbarung. Wie redet ein Glaube, der ein Bilderverbot kennt, in einer Kultur, die nur noch in Bildern denkt?

Pfarrer Tobias Schwaderlapp führt mit John Henry Newman zu einer der originellsten Stimmen der katholischen Theologie des 19. Jahrhunderts: „Verkündigung als Appell an die Einbildungskraft“. Peter Beer von der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom setzt sich mit der religiösen Erziehung in einer pluralen Welt auseinander. Pfarrer Alexander Krylov geht auf die Verkündigung im Wandel der Aufmerksamkeit ein und zeigt Perspektiven für Kirche und Kommunikation auf. Lukas Bösche stellt die Missionsinitiative Elijah21 vor. Eine Podiumsdiskussion „Art und Weise der kirchlichen Binnen- und Außenkommunikation“ bringt Benjamin Leven, Chefredakteur dieser Zeitung, Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, und Jan-Hendrik Stens vom „domradio“ ins Gespräch.

Anmeldung: events.godmag.de/events/internationaler-priesterkreis-1

Abtprimas Schröder in Maria Vesperbild

Am 15. August feiert der Abtprimas der Benediktiner, Jeremias Schröder, das feierliche Festamt zu Maria Himmelfahrt in der Fátimagrotte von Maria Vesperbild. Die heilige Messe beginnt um 19 Uhr, anschließend ist Lichterprozession. Die Feier wird im Livestream über den Youtube-Kanal der Wallfahrt übertragen.

www.maria-vesperbild.de



31. Juli: Der Wochenheilige
Der selige Johannes Colombini

VON CLAUDIA KOCK

1668 hob Papst Clemens IX. den im Spätmittelalter gegründeten Orden der Jesuaten auf. Die treibende Kraft dahinter sollen die Jesuiten gewesen sein. Zumindest ist das die These des israelisch-amerikanischen Mathematikhistorikers Amir Alexander in seinem 2014 veröffentlichten Buch „Infinitesimal: How a Dangerous Mathematical Theory Shaped the Modern World“. Die Begründung mutet etwas bizarr an: Ein Mathematiker aus dem Orden der Jesuaten, Bonaventura Cavalieri, hatte das nach ihm benannte „Cavalieri-Prinzip“ entwickelt, eine Vorstufe der modernen Integralrechnung. Dies war den Jesuiten-Mathematikern ein Dorn im Auge, da es am aristotelischen Weltbild der Kirche rüttelte. Alexanders gewagte These ist nicht durch Quellen belegt und wird daher in der Geschichtsforschung eher dem Reich der Verschwörungstheorien zugeordnet, aber sie bringt Jesuiten und Jesuaten miteinander in Verbindung, deren Namen nicht nur zum Verwechseln ähnlich sind, sondern deren Gründer – Ignatius von Loyola und Johannes Colombini – sich auch einen gemeinsamen Gedenktag teilen, den 31. Juli. Ignatius, aus der Zeit der Gegenreformation, gehört zu den großen Heiligengestalten, während der selige Johannes Colombini kaum bekannt ist.

1304 in Siena geboren, widmete Johannes sich in jungen Jahren dem Aufbau einer florierenden Wollhandlung. Als Geschäftsmann und Bankier kam er zu hohem Ansehen. Erst mit vierzig Jahren heiratete er die adlige Biagia Cerretani. Sie bekamen zwei Kinder, einen Sohn und eine Tochter, und führten ein luxuriöses Leben, genossen raffinierte Speisen, begleitet von erlesenen Weinen. Es gab sogar eine kleine Hausbibliothek, was damals eine Rarität war: Die in Leder oder Holz gebundenen handgeschriebenen Codices – der Buchdruck war noch nicht erfunden – waren sehr kostbar und daher in Privathäusern selten zu finden.

Mit einem dieser Bücher begann, zumindest der Legende nach, die Wende in Johannes' Leben. Eines Mittags kam er nach Hause, das Essen war noch nicht fertig, und es entbrannte ein heftiger Streit zwischen den Eheleuten. Um ihren Mann zu beruhigen, gab Biagia ihm ein Buch in die Hand. Erbost schleuderte er es in eine Ecke, bereute es aber gleich danach, hob es wieder auf und begann, darin zu lesen. Es war die Vita der heiligen Maria von Ägypten, einer frühen Eremitin. Über der Lektüre vergaß Johannes das Essen und alles andere, und als er das Buch zuklappte, beschloss er, sein Leben radikal zu ändern, um Christus nachzufolgen. Er verkaufte sein Geschäft, sicherte durch den Erlös den Lebensunterhalt seiner Frau und der Kinder und begann, barfuß und im Büßergewand umherzuziehen, zu predigen und Werke der Nächstenliebe zu tun.

Ob Johannes seinen Entschluss wirklich so spontan traf, lässt sich heute nicht mehr beurteilen. Tatsache ist, dass er sich einfügt in die Armutsbewegung, die im Spätmittelalter sehr präsent war und große Heilige hervorbrachte – allen voran Franz von Assisi –, aber auch häretische Bewegungen wie die Fratizellen, die durch radikale Armutsforderungen Unruhe stifteten. Auch Johannes und die Gemeinschaft, die sich um ihn herum bildete – sie wurden als „Jesuaten“ bezeichnet, vom italienischen „ingesuati“, was so viel bedeutet wie „in Jesus Verwandelte“ – standen zunächst unter dem Verdacht der Häresie, wurden aber kurz nach 1360 von Papst Urban V. als Ordensgemeinschaft anerkannt. Als in jenen Jahren die Pest umging, leisteten sie große Hilfe, indem sie Kranke pflegten und Tote bestatteten. Johannes Colombini starb am 31. Juli 1367 und wurde um 1575 von Gregor XIII. seliggesprochen. Bonaventura Cavalieri war das prominenteste Mitglied der Jesuaten. Sie wurden aber wahrscheinlich nicht seinetwegen aufgelöst, sondern weil der Orden im 17. Jahrhundert am Aussterben war und die Republik Venedig Geld brauchte, um ihren Kampf gegen die Vorherrschaft der Ottomanen im Mittelmeerraum zu finanzieren. Clemens IX. hob daher einige kleine Gemeinschaften auf, um der Republik Venedig ihren Besitz zukommen zu lassen. Ein weiblicher Zweig der Jesuaten, der von einer Cousine von Johannes Colombini gegründet worden war, bestand noch bis 1872.

Der Ersatzprediger vom Schloss Bellevue

Der Typus des protestantischen Bundespräsidenten: Heinemann war die Ur-Form, Gauck die Ausnahme **VON SEBASTIAN SASSE**

Ersatzmonarch – so wurde der Reichspräsident in der Weimarer Republik genannt. Auch der Bundespräsident scheint eine Ersatzfunktion übernommen zu haben, aber auf einer anderen Ebene: Er wurde zum höchsten Zelebranten der Ersatzreligion. Oder anders gesagt: zum Repräsentanten dessen, was man gerade gemäß dem Zeitgeist für moralisch oder auch nicht moralisch hielt. Vom Bundespräsidenten erwartete lange der Bundesbürger vor allem geistvolle Gardinenpredigten, die schön klingen sollten, aber inhaltlich am besten nur das bestätigten, was sowieso aktuell alle für richtig hielten. Aber gerade deswegen durfte das Ganze durchaus als Appell vorgetragen werden, denn das half den Zuhörern dabei, zu vergessen, dass sie eigentlich im zeitgeistigen Status quo verharrten, so konnten sie sich kurz in dem wohligen Gefühl wiegen, doch zur Avantgarde zu zählen. Der Bundespräsident also als eine Art Ersatzprediger.

Natürlich gilt dieser Charakterzug nicht für alle Amtsinhaber in gleichem Maße, besonders aber hat er sich bei den evangelischen Bundespräsidenten gezeigt, die die große Mehrheit stellen. Nur zwei der elf Präsidenten waren katholisch, nämlich Heinrich Lübke und Christian Wulff. Frank-Walter Steinmeier scheint nun so etwas wie die „Vollendung" dieses Typus des protestantischen Präsidenten zu sein. In seiner Amtszeit hat sich nämlich gezeigt, dass die Zeit, das höchste Amt in dieser Weise zu deuten, abgelaufen ist. Doch Steinmeier will von diesem Amtsverständnis nicht lassen, zu sehr steckt wohl die Kirchentagsrhetorik in ihm drin – und es ist ja auch so, wäre dem damaligen Außenminister nicht das Schloss Bellevue dazwischengekommen, wäre er doch 2019 tatsächlich Präsident des Dortmunder Kirchentages geworden. All das hat dazu beigetragen, dass der mittlerweile schon 70-Jährige, der 2027 nach zwei Amtsperioden abtreten wird, in seinen letzten Jahren oft wie eine Imitation seiner selbst wirkte.

Umso mehr stellt sich die Frage: Warum galt dieser Habitus, der eben vor allem das EKD-Milieu auszeichnet, so lange als besonders präsidiabel? Hier wird die große Wirkkraft der sogenannten „protestantischen Mafia" erkennbar. So hatte der Soziologe Ralf Dahrendorf schon in den 60er-Jahren ein protestantisches Netzwerk bezeichnet, das sich dann auch rund um das Wendejahr „1968" anschickte, immer stärker auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss zu nehmen. Zu ihm zählte Dahrendorf etwa die Grande Dame der Wochenzeitung „Die Zeit", Marion Gräfin Dönhoff, aber eben auch Richard von Weizsäcker, der damals zwar auch schon für die Villa Hammerschmidt gehandelt wurde, aber dann doch erst anderthalb Jahrzehnte später dort einzog. Und auch der Bildungsforscher Georg Picht, evangelischer Theologe, Philosoph und Publizist, ist dazu zu rechnen, der via „Zeit" 1964 die „Bildungskatastrophe" ausrief und so den Umbau der gewachsenen Bildungsinstitutionen einleitete, vom Gymnasium bis hin zur Universität. Dieses Netzwerk galt gemeinhin als Avantgarde des Linksliberalismus. Aber gleichzeitig bestand bei vielen dieser Protagonisten eine oft familiäre Verwurzelung in der protestantischen Elite des Kaiserreiches. Sie gehörten den alten Familien an, die vor allem im Osten des nicht mehr bestehenden Reiches ihre Machtzentren hatten. Dem neuen Weststaat, der katholischen Adenauer-Republik, standen sie skeptisch gegenüber.

Auch wenn es nicht laut ausgesprochen wurde, so konnten wohl viele von ihnen zumindest innerlich der tiefen Ablehnung gegenüber dem neuen Staat zustimmen, die einmal der evangelische Pfarrer Martin Niemöller so äußerte: „In Rom gezeugt, in Washington geboren." In der Zeitgeschichtsschreibung wird heute oft von einer zweiten Gründung der Bundesrepublik gesprochen. Gemeint ist damit, dass in der angeblich restaurativen Adenauer-Ära eigentlich nur eine „Formaldemokratie" bestanden habe, die eigentliche Gründung der zweiten deutschen Demokratie sich hingegen erst im Zuge der Liberalisierung der Gesellschaft während der 60er-Jahre vollzogen habe. Und in genau dieser Phase wurde die „protestantische Mafia" zu einem wichtigen intellektuellen Motor.

Das zeigte sich dann auch sehr schnell in der Villa Hammerschmidt: Dort zog, gewählt von SPD und FDP, 1969 Gustav Heinemann ein. Der knorrige Mann aus Essen, der als Jurist in der Ruhrindustrie gearbeitet hatte und während des Dritten Reiches zur „Bekennenden Kirche" gehörte, sprach denn auch bereits in seiner Antrittsrede von einem „Stück Machtwechsel", der sich hier vollziehe. Wenn Frank-Walter Steinmeier die letzte Variante des protestantischen Präsidenten ist, dann stellte Heinemann die Ur-Form dar. Er symbolisierte den großen Bruch in der politischen Kultur im Vergleich zu den Gründungsjahren. Direkt in seiner Linie stand Johannes Rau, der war nicht nur in der protestantisch-neutralistischen Gesamtdeutschen Volkspartei, die sich aus Protest gegen die Wiederbewaffnung in den 50ern gegründet hatte, Heinemanns Mitstreiter geworden, er heiratete auch später dessen Enkelin. Da, wo Heinemann nur knurrte, neigte „Bruder Johannes" zur salbungsvollen Rede. Das klang auch damals schon ziemlich nach Kirchentag, war aber noch mit einer tiefen Bibelkenntnis untermauert und einer klaren Position verbunden, die sich etwa in Raus Äußerungen zu bioethischen Fragen niederschlug.



Der evangelische Pfarrer und der katholische Papst: Bundespräsident Joachim Gauck besuchte 2012 Papst Benedikt XVI. im Vatikan. Beide verstanden sich offensichtlich gut. *Foto: Imago/epd*

Die erfolgreichste Variante dieses Präsidenten-Typus war aber Richard von Weizsäcker. Als Christdemokrat zwar nicht auf den ersten Blick der „protestantischen Mafia" zuzuordnen, stellte er doch die perfekte Synthese ihrer Grundwerte dar: Weizsäckers aristokratische Erscheinung unterstrich einmal seine Herkunft aus dem untergegangenen Reich, er stand für das Gute dort, vor allem die preußischen Traditionen, gleichzeitig öffnete er sich aber dem Neuen, dem vermeintlichen Fortschritt. Das alles manifestierte sich in seiner Rede zum 8. Mai 1985. Seine Ansprache zum 40. Jahrestag des Kriegsendes ist seither so etwas wie der rhetorische Goldstandard für seine Nachfolger. Zumindest dann, wenn sie die Rolle als zivilgesellschaftlicher Ersatz-Prediger für sich in Anspruch nehmen.

Aus dieser Reihe fällt bezeichnenderweise der Präsident heraus, der tatsächlich Pfarrer war: Joachim Gauck war durch das evangelische Gemeindeleben geprägt. Die Kirche bildete die Basis für seinen Widerstand gegen das SED-Unrechtsregime. Gauck war auch ein großer Rhetoriker, aber seine Reden hörten sich anders an als bei Heinemann, Rau oder Weizsäcker. Gauck war zwar Protestant, aber eben keiner im Sinne der „protestantischen Mafia". Während der Flüchtlingskrise war er es, der sagte: „unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten endlich". Ein Satz, den man aus dem protestantischen Milieu der alten Bundesrepublik nicht gehört hätte. Damals deutete sich schon an, dass die Ära dieses Milieus nun tatsächlich zu Ende geht.

JUNGE FEDERN

Zwei Heilige, eine Wallfahrt



Franz von Assisi und Carlo Acutis – auf den ersten Blick zwei unterschiedliche Heilige. Sie verbindet aber auch manches

VON JONAS GRÜSSEM

In den Sommerferien 2026 begab sich die Internationale Katholische Seelsorge des Erzbistums Köln auf die Spuren zweier großer Heiliger nach Assisi. Hier begegnen dem Pilger zwei völlig unterschiedliche Heilige, die sich im irdischen Leben nie begegnet sind, die sich in ihrer Heiligkeit aber dennoch gegenseitig ergänzen. Der eine, Carlo Acutis (1991–2006), ein technikbegeisterter Computer-Nerd, der andere, Franz von Assisi (gestorben 1226), der große Heilige des Mittelalters, der auf jeden weltlichen Reichtum verzichtete. Beide haben ihre Spuren in dem verwinkelten Städtchen Umbriens hinterlassen.

Beinahe lässig, als würde er sich lediglich ausruhen oder „chillen", wie junge Menschen sagen würden, ist Carlo in Jeans in der Kirche Santa Maria Maggiore aufgebahrt. Der Teenager, aus einer säkularen Familie stammend, fand durch ein polnisches Kindermädchen zum katholischen Glauben und starb 2006 an einer sehr schweren Leukämie, die er für Papst und Kirche aufopferte. Er nannte die „Eucharistie seine Autobahn in den Himmel".

Über die Beziehung Carlos zu Christus und zur Heiligen Eucharistie bemerkte Weihbischof Dominik Schwaderlapp zu Beginn der Wallfahrt in seiner Predigt: „Ich könnte mir ein Leben ohne Bischof zu sein, gut vorstellen, ein Leben ohne Priester zu sein, könnte ich mir schwer vorstellen, aber niemals ein Leben ohne Christus und die Heilige Eucharistie."

Doch auch der Heilige Franz von Assisi pflegte eine tiefe und innige Beziehung zu Christus, empfing er doch von diesem persönlich vor dem Kreuz von San Damiano den Auftrag, „seine Kirche wieder aufzubauen". Dies interpretierte er zunächst damit, die kleine Kapelle im Wald mit seinen eigenen Händen wieder aufzubauen. Sie ist heute unter dem Namen Portiuncula, was im Lateinischen für „kleiner Flecken Land" steht, bekannt und bildet das Herzstück der Basilika Santa Maria degli Angeli in Assisi. Hier verstarb Franz von Assisi auch am 3. Oktober 1226. Doch war mit diesem Auftrag eine radikale Rückbesinnung auf das Vorbild Christi, ein Leben in Einfachheit und in Demut gemeint. Eine Gemeinsamkeit zum 2025 heiliggesprochenen Carlo Acutis brachte Joseph Chelamparambath aus der indisch-syromalankarischen Seelsorge gut auf den Punkt: „Wir sind hier, weil Gott das Leben eines einzelnen Menschen radikal verändert hat."

Man könnte meinen, das Leben der beiden sei von Gegensätzen geprägt, dies wird nicht nur durch die verschiedenen Epochen, in denen beide gelebt haben, deutlich. Carlo Acutis nutzte den Computer, um anderen Menschen das Wort Gottes nahe zu bringen. Franz von Assisi setzte auf Armut und auf den Verzicht materieller Güter. Dass dieser vermeintliche Kontrast beinahe prophetisch erscheint, wird in den Bergen des Eremo della Carceri, die der heilige Franz von Assisi häufig aufsuchte, deutlich, sofern dort bewusst auf das Handy verzichtet wird. Hier wird spürbar, was in einer Welt mit Handy fehlt. Es fehlt der Blick auf den Nächsten und die Wahrnehmung der Natur, die der heilige Franz von Assisi in seinem Sonnengesang pries. Man könnte es zusammenfassen: „Wer Zeit fürs Handy findet, findet auch Zeit für Gott." Daher erfüllt es mich mit Dankbarkeit, dass der liebe Gott uns einen Heiligen geschenkt hat, dem es gelungen ist, beides miteinander zu verbinden. Ein Leben mit Handy muss kein Widerspruch sein, wenn man Gott den Vortritt lässt.

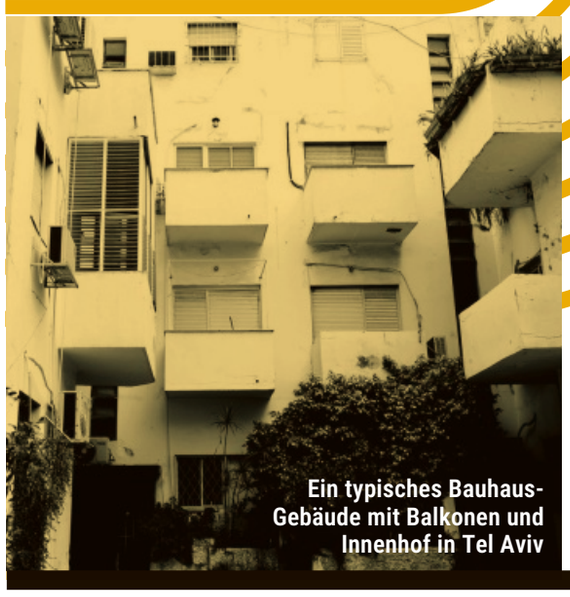
Der Autor ist 30 Jahre alt und schreibt regelmäßig in dieser Rubrik.

SOCIAL-MEDIA-VERBOT Österreich will Kinder im digitalen Raum besser schützen S. 22


Das Dessauer Bauhausgebäude mit dem Prellerhaus.


Der Gropius-Türdrücker.


Dessauer Bauhaus-Boden.


Ein typisches Bauhaus-Gebäude mit Balkonen und Innenhof in Tel Aviv


Die Fenstermechanik der Bauhaus-Aula in Dessau.


Das Dessauer Arbeitszimmer von Walter Gropius.


Dessauer Bauhaus-Balkone


Eine typische Opalglas-Leuchte.

Fotos: Henry C. Brinker, Illustration: Adobe Stock

Wiedersehen in Tel Aviv

100 Jahre Bauhaus Dessau führen auch nach Israel. Dort findet sich das größte zusammenhängende Ensemble von Bauhaus-Architektur weltweit

VON HENRY C. BRINKER

Für lebendiges Bauhaus-Feeling muss man sehr weit fahren. Am besten, man fliegt. Denn in der israelischen Küstenmetropole Tel Aviv, Sitz vieler Botschaften, Verwaltungseinrichtungen und Touristenhotels am stimmungsvollen Strand, finden sich weltweit die meisten Bauwerke im Bauhaus-Stil. Der Grund ist voller Tragik, gleichzeitig voller Trost und Hoffnung: Vor dem Hitler-Regime flohen zahlreiche Architekten nach Palästina, die dann das junge Tel Aviv entscheidend prägten und die „Weiße Stadt“ erbauten. Heute wirkt das Ensemble wie ein trotziges Zeichen des Widerstands, des Willens zu überleben und der Überzeugung: Es gibt eine bessere Welt – und man kann sie bauen. Das weltweit größte Ensemble von Bauten des sogenannten Internationalen Stils, seit 2003 UNESCO-Welterbe, ist ein Touristenmagnet. Die Kapazitäten der zahlreichen Führungen reichen kaum aus, weshalb die Kopfhörer-Tour immer populärer wird: Unabhängig von geführten Gruppen stromert man durch die Stadt und macht hier und da Halt. Sogar Cafés und Restaurants für die Lunchpause werden empfohlen.

4 000 Häuser im Bauhaus-Stil

Zu sehen sind typische Wohnhäuser der 1930er-Jahre, errichtet meist von Architekten, die am Bauhaus von Gropius oder bei Mendelsohn und Le Corbusier gelernt hatten und nach 1933 emigrierten. Das Besondere: Diese Häuser sind keine Museen oder gar Gedenkorte, nein, hier wird gelebt wie in einer ganz normalen Stadt. Und hier wird weitergebaut: Um den Bestand von rund 4 000 Häusern zu erhalten, wählte man eine denkmalschützerisch geschmeidige Lösung und erlaubte Aufstockungen und Erweiterungen. Ein kleiner Teil der Häuser ist davon ausgenommen; die Besitzer werden für ihren konservatorischen Tribut entschädigt. So ist vielleicht nicht mehr alles im Originalzustand erhalten, aber die Häuser leben und sind Teil der quirligen, internationalen Metropole, die als liberalster Ort des Nahen Ostens ein beliebtes Urlaubsziel zum Beispiel queerer Touristen aus Deutschland geworden ist. Propalästinensische Haltungen und antijüdisch-diskriminierende Positionen einerseits und Strandurlaub in Tel Aviv mit Airbnb in der Bauhaus-Wohnung andererseits: ein Widerspruch, der nur selten thematisiert wird.

Die Bauhäuser sind leicht zu erkennen: Viele sind aufgeständert, das Erdgeschoss ist quasi ein offener, schattiger Raum, unter dem die Meeresbrise hindurchstreichen und das darüberliegende Geschoss kühlen kann – denn die mediterrane Wärme ist hier ein größeres Problem als die Kälte. Die zugebauten Balkone der Häuser mit Innenhöfen sind nur scheinbar ein Widerspruch im Kampf gegen die Hitze: Waren die vorkragenden offenen Kuben als sogenannte Schattenbalkone einerseits ein Freisitz, so bildeten sie andererseits für die darunterliegenden Wohnungen eine gebaute Abschirmung gegen die Sonneneinstrahlung. Als dann Klimaanlagen erschwinglich wurden, verwandelten viele Bewohner die Schattenbalkone in zusätzliche Innenräume. Damit wurde das konstruktive Klimamanagement, so simpel wie ressourcenschonend von genialen Architekten erdacht und umgesetzt, durch stromfressende und oft geräuschvolle Geräte ersetzt. Große Fensterflächen spielen hier keine Rolle, man möchte die Sonne nicht auch noch ins Haus einladen. In den heißen Nächten ist mitunter das luftige Dach der Platz, an dem man es am besten aushalten kann. Dieser orientalischen Tradition folgend und nah an den kubischen Formen der Bauhaus-Philosophie sind die Dächer häufig offener Wohnraum für lange Abende oder auch mal Partyzone und Nachtlager. Die Häuser sind, wie bereits beschrieben, Gebrauchsarchitektur. Seeluft und Sonne, Wind und Temperatursprünge setzen den Fassaden zu. Fenster, Türen, Zargen und Verglasungen wie auch andere Ausbauelemente wirken sympathisch „shabby chic“ – die alten Gebäude sind überraschend patinafähig, wenn man hier und da ein Auge zudrückt.

Sonnige Aussichten in Dessau

Vergleicht man die Tel-Aviv-Architektur der „Weißen Stadt“ in den vielen Straßen zwischen Rothschild-Boulevard, Dizengoff und Ben-Gurion-Boulevard mit den ursprünglichen Bauhaus-Objekten dort, wo sie erfunden wurden, dann springen die Unterschiede sofort ins Auge. Weite Fensterflächen sorgen für helle Räumlichkeiten, offene Balkone bieten einen Freisitz, wenn Frühling und Sommer nach draußen einladen. Das eigentliche Bauhausgebäude in Dessau, von Gropius entworfen und 1926 fertiggestellt, präsentiert beim Blick auf den Werkstattflügel die gläserne Vorhangfassade und dahinter das fünfgeschossige Atelierhaus, das sogenannte Prellerhaus, mit den erwähnten charakteristischen Balkonen. Preller – war das nicht der romantische Landschaftsmaler aus Weimar? Tatsächlich ist es nach Friedrich Preller dem Älteren benannt: Nach ihm hieß bereits das Atelierhaus der Weimarer Kunstschule, in dem er einst sein Atelier hatte und in dem später die Bauhäusler wohnten und arbeiteten. Der Name ist ein thüringisches Mitbringsel.

Das Äußere und das Innere sind im Bauhaus immer ganzheitlich gedacht und entwickelt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Bedienung der Fensteröffnung: Die großen Stahl-Glas-Fassaden mit mechanischer Betätigung werden über ein Handrad gesteuert, das einen Kurbelmechanismus in Gang setzt. Ganze Fensterbahnen können dadurch gleichzeitig gekippt werden. Wenn es dunkel wird, ersetzt ein künstlicher Leuchtkörper die Sonne: Die Opalglas-Kugeln an Metallstäben mit der typischen Deckenrosette im Bauhausgebäude gehen auf Entwürfe der Metallwerkstatt zurück, an denen neben Max Krajewski auch Marianne Brandt beteiligt war.

Stoffliche Macht der Frauen

Überhaupt, das weibliche Bauhaus: Der Dokumentarfilm „Bauhausfrauen“ und die populärgeschichtliche ARD-Verfilmung „Lotte am Bauhaus“ zeigen eindrucksvoll, wie die kulturhistorisch bedeutsame Rolle der Frauen erst sehr spät, viel zu spät, gewürdigt wurde. Sie entwarfen Teppiche und Stoffdesigns, entwickelten Gebrauchsporzellan und Möbelideen – aber eben nicht nur. Die Leiterin der Weberei, Gunta Stölzl, die Textildesignerin Anni Albers, die Fotografin Lucia Moholy oder die schon erwähnte Marianne Brandt – sie sind heute große Namen. Der uneingeschränkte Chef von allem, Walter Gropius, war ein Charmeur mit bewegtem Liebesleben, und seine Gleichberechtigungsrhetorik bekam schnell Risse. Übergriffe auf Studentinnen allerdings sind nicht dokumentiert. Das Gropius-Büro wäre auch heute noch ein reizvoller Chefplatz: Der repräsentative Schreibtisch mit Regalanbau und historischem Telefon weckt immer noch Bewunderung, der kubische Sessel F51, von Gropius selbst erdacht, könnte für ein erfolgreiches Bewerbungsgespräch taugen, und der Stahlrohrstuhl nach Marcel Breuer würde auf Design-Auktionen Höchstpreise erzielen. Auch die vernickelten Türdrücker in warmem Silberton hat Gropius entworfen, gemeinsam mit seinem Büropartner Adolf Meyer. Noch heute werden sie in der Egge-Stadt Brakel in Ostwestfalen produziert: als Modell FSB 1102 – keine originalgetreue Replik, sondern ein von Alessandro Mendini überarbeitetes Redesign, erhältlich in Edelstahl, Messing, Bronze und Aluminium.

Diese Beispiele zeigen: Bauhaus ist bei Weitem nicht nur ein Thema für Architekturhistoriker und Designfetischisten, sondern ein bis heute gefeiertes und verbautes Angebot für qualitäts- und stilbewusste Menschen. Bauhaus verbindet international, auch über schwierige Beziehungen hinweg – zum Beispiel von Dessau in Sachsen-Anhalt nach Tel Aviv in Israel.

TAGESPOSTING

Es war einmal

VON ALEXANDER VON SCHÖNBURG

Manche Geschichten sind wahr und doch so unglaubwürdig, dass sie als Märchen erzählt werden müssen. Zum Beispiel diese: Ende der 1990er-Jahre lebte Kim Jong-un, der heutige Diktator Nordkoreas, in Bern und besuchte hier die Schule. Zwischen seinem zwölften und 16. Lebensjahr verbrachte er prägende Jahre in dieser wunderschönen Stadt und lernte wohl auch ein bisschen Berndütsch. Kann ein Mensch, der „Bisch ä Gigu!“ sagt, wenn er jemanden beschimpft, ein Monster sein? Steckt in dem Herrscher dieser orwellschen Autokratie womöglich ein Bünzli? So nennt man in Bern einen Biedermann. Oder gar ein liebesbedürftiger Mensch, der sich nach der Idylle dieser mittelalterlichen Stadt sehnt und am allerliebsten Basketball spielen würde, statt mit eiserner Hand über sein unterdrücktes Volk zu herrschen? Und wie kommt es eigentlich, dass ein Land wie die Schweiz, das so viel Wert auf Egalität und Integrität legt, die bevorzugte Adresse für die Erziehung von Diktatorenkindern ist?

Diese und andere Fragen stellt man sich, wenn man das neueste Buch des Schweizer Autors Tom Kummer liest. Tom Kummer? War da nicht was? War das nicht der Mann, dessen gefälschte Interviews mit Hollywood-Stars einst den Chefredakteur des SZ-Magazins, Ulf Poschardt, zu Fall brachten? So ist es. Besagter Tom Kummer war - bis zu eben jenem Skandal - einst einer der bestbezahlten Journalisten im deutschsprachigen Raum und musste danach jahrelang abtauchen. Sein Name war toxisch geworden, gleichbedeutend mit dem, was man heute „Fake News“ nennt. Bis Roger Köppel kam und ihm bei seiner „Weltwoche“ die Chance auf ein Comeback gab und wieder regelmäßig Texte von Kummer in seinem Heft schreiben ließ.

Die Vorwürfe, die man Kummer damals machte, waren nämlich ungerecht. Seine Interviews waren paradoxerweise authentischer als die meisten vordergründig echten „Promi-Interviews“, aber das steht auf einem anderen Blatt. Es ist auch egal, weil all das inzwischen verjährt ist. Poschardt hat inzwischen als Führungskraft des Springer-Verlags Karriere gemacht, und Kummer hat zu seiner eigentlichen Berufung gefunden: Er hat das schnöde journalistische Handwerk hinter sich gelassen und ist Märchenerzähler geworden, also Schriftsteller.

Sein neues Buch „Freiwürfe mit einem Diktator“ (Tropen-Verlag) ist ein absolutes Meisterwerk. Es erzählt die unglaubwürdige und doch wahre Geschichte von Kim Jong-uns Schulzeit in Bern aus der Perspektive seines alten Sportlehrers. Eines Tages erhält dieser Sportlehrer, Frank Bichsel, einen Brief mit folgendem Wortlaut: „Monsieur Bichsel, im Namen unseres Einzigartigen Führers, des Obersten Repräsentanten des Koreanischen Volkes, möchten wir Ihnen hiermit diese persönliche Einladung anvertrauen. Bitte bestätigen Sie uns den Erhalt dieses Briefes, damit wir Einzelheiten zu Ihrem Besuch in Pjönjang besprechen und Sie auf Ihre Reise in unser einzigartiges Land vorbereiten können. Wir melden uns wieder. Hochachtungsvoll, Nordkoreanische Botschaft, Pourtalèsstrasse 43, Bern-Muri.“

Wie die Geschichte weitergeht, müssen Sie selber lesen. Es lohnt sich.



Der Verfasser ist Journalist und Schriftsteller. *Foto: Norina von Weiler*

Ich verkaufe meine Bücher

Wer sich von seinen gedruckten Schätzen trennen will, braucht Geduld und Leidensfähigkeit. Ein Erfahrungsbericht VON FABIAN BELL



Während der stationäre Buchhandel stagniert, blüht das Internetgeschäft. Immer mehr Buchliebhaber veräußern ihren Bestand über Online-Plattformen. *Foto: Brinkermedia*

Zu den leidigen Strapazen des Lebens gehören Umzüge. Sicher, manche davon sind erfreulicher Art, weil sie in eine bessere Wohnlage führen, zu einem schöneren Heim oder manchmal einfach nur – weg. Ob gewünscht oder erzwungen, der Umzug selbst ist wohl lästig und man ist froh über alles, was ihn erleichtert; und hier kommt Momox ins Spiel. Sollten Sie noch nie davon gehört haben, dann müssen Sie sich Momox wie ein großes Second-Hand-Kaufhaus vorstellen, nur eben ohne Geschäftsräume, dafür mit Online-Plattform. Mit der dazugehörigen App lassen sich Gegenstände scannen und sofort wird der Preis genannt, den Momox zu zahlen bereit ist, und wie ein richtiges Kaufhaus vor dem Zusammenbruch des Konzepts Kaufhaus handelt auch die E-Commerce-Ausgabe mit allen möglichen Waren.

Bücher als Ballast

Da es wesentlich Bücher sind, die meine Umzugskartons zu einer Herausforderung werden lassen, plante ich die Abgabe mancher Ausgaben und sofort fielen mir einige Titel ein, die ich zu veräußern bereit war – manche Lektüre ist zeitgebunden und es fällt nicht allzu schwer, diese weiterzureichen, erst recht nicht, wenn man daran denkt, dass man auch in den neuen vier Wänden Platz wird finden müssen, um sämtlichen Büchern ein Zuhause zu geben. Andere Werke sind hingegen völlig unverkäuflich und gehören mehr oder weniger zur Ausstattung: die großen Schriften Alfred North Whiteheads, Spaemann, Agamben, auch Dieter Henrich. Es ist eher Belletristik, die den Weg in den Karton finden wird. Ich fange also an, die ISBN-Nummern einiger Romane zu scannen und erschaudere, als ich meine Ausgaben der Spukgeschichten von H. P. Lovecraft zur Hand nehme: Die ersten drei Bände fallen allesamt durch. Was ist los? Die Paperback-Ausgaben sind doch vollkommen in Ordnung! Die App klärt auf: Wenn Momox einmal etwas nicht annimmt, dann deshalb, weil aktuell keine Nachfrage besteht.

Apropos Groschenheft: Zu den großen Helden meines Bücherschranks zählt Raymond Chandler, Erfinder von Privatdetektiv Philip Marlowe. Seit einigen Jahren erscheinen im Diogenes Verlag Neuausgaben seiner Romane, die meine in den mittleren Nullerjahren erstandenen Paperbacks zumindest in der Aufmachung recht mau aussehen lassen. Die grobkörnigen Filmstills auf den Covern sind Kunstfotografien gewichen und jede (neu übersetzte!) Ausgabe ist mit dem Nachwort eines bekannten Autors versehen, der darin seine Verehrung für Chandler offenbart. Früher war bekanntermaßen nicht alles besser, aber die Buchpreise wohl schon: Für die Philip-Marlowe-Romane muss man inzwischen deutlich mehr als zwanzig Euro bezahlen. Ich bin neugierig, wie sich das auf den Wiederverkaufswert auswirkt und stelle ernüchtert fest, dass dieser nicht einmal ein Zehntel des Einkaufspreises ausmacht. Glücklicherweise hatte ich sowieso nicht geplant, Marlowe rauszuwerfen. Er hat es im düsteren Los Angeles der Vierzigerjahre ohnehin schwer genug – und ich kenne kaum einen besseren Großstadtroman als „Der lange Abschied“.

Noch etwas: Momox nennt einen Preis, ohne den Zustand des Buchs zu kennen. Für den Verkäufer bedeutet das, dass er unter Umständen leer ausgeht. Wie oft das passiert, lässt sich kaum sagen; in meinen letztlich drei Sendungen war nicht ein Buch, das nicht angenommen worden wäre.

Was aber habe ich abgegeben? Vor allem jene Art Sachbuch, die vermutlich allzu bald sowieso kein Interesse mehr findet, weil sie sich auf derzeitige Akteure des Politbetriebs bezieht. „Letzte Chance: Der neue Kanzler und der Kampf um die Demokratie“ ist so ein Titel, manches zur Wirtschafts- und Finanzwelt fällt auch darunter. Ansonsten viele Romane oder Geschichtensammlungen, auch klassische Ferienlektüre; dann ein paar jener in Mode gekommenen geschichts- oder kulturwissenschaftlichen Titel zu Einzeljahren: „Deutschland 1923: Das Jahr am Abgrund“, „1922: Wunderjahr der Worte“ und Ähnliches. Momox gefällt's.

DVDs und Blu-rays

Momox kauft aber nicht nur Bücher, sondern auch DVDs und Blu-rays – und da meine Sammlung hier auch eine gewisse Verschlankung ertragen könnte, sehe ich einmal nach, was ich verkaufen möchte. Bedauerlicherweise ist dieses Geschäft noch weniger einträglich als jenes mit Literatur, aber auch hier zeigen sich Unterschiede: Für einige alte oder ältere Filme springen doch ansehnliche Preise heraus. Schwierig ist es hingegen mit gängigen Hollywood-Produktionen aus letzter Zeit; mehrmals werden nur fünfzehn Cent geboten. Die 2018 entstandene, filmisch enttäuschende Fortsetzung von John Carpenters Gruselklassiker „Halloween“ wandert in das Momox-Paket und das Unternehmen verkauft sie dann – Stand 22. Juli – für etwas mehr als den zwanzigfachen Ankaufspreis weiter.

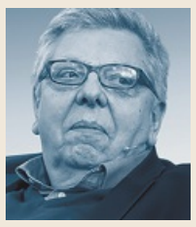
So betrüblich der Verkauf ausfällt, so hilfreich ist er in anderer Hinsicht. Zwar machen sich die verkauften Bücher beim Umzug kaum bemerkbar; aber durch die Auswahl und Abgabe einiger Titel finde ich auch wieder heraus, welche (belletristischen) Werke mir besonders nahe sind. Sämtliche Diogenes-Krimis in der schwarzgelben Edition sind mit mir umgezogen: die Romane des hierzulande noch viel zu unbekannten Autors Jim Thompson, die Detektivgeschichten von Dashiell Hammett, Chandler und Ross Macdonald, die Thriller von Margaret Millar und natürlich das Werk von Georges Simenon.

Am Ende habe ich fünfzig Artikel – meist Bücher – verkauft. Es wird nicht lang dauern, bis sich die Lücken in den Regalen wieder von Neuem geschlossen haben.

Der Autor ist promovierter Musikwissenschaftler und arbeitet als Dramaturg.

EXERZITIUM

Der Bruder als Feind



Wer die Bibel liest, weiß: In der brüderlichen Nähe steckt Konfliktpotenzial

VON LORENZ JÄGER

Obadja zählt zu den sogenannten „kleinen Propheten“. Sein Buch ist das kürzeste des Alten Testaments (in meiner Herder-Ausgabe umfasst es nur eine Seite), im Gottesdienst wird nicht aus ihm gelesen. Zufällig schlug ich es auf. Die Botschaft des Herrn, die der Prophet vernommen hat, ist nur eine einzige und eindeutig von Anfang an: „Auf, erheben wir uns zum Kampf gegen dies Volk!“ (Ob 1)

Was dann folgt, zeigt trotz der Kürze eine unerhörte Intensität und Heftigkeit. Der Feind wird bestimmt, und der schlimmste, gefährlichste Feind ist nicht ein beliebiger Fremder, sondern entpuppt sich ausgerechnet als der Bruder. Der Herr verkündet seine Strafe gegen Edom, also das „Haus Esau“ – des Bruders von Jakob, dem Urvater des Volks Israel. Sie lautet auf Vernichtung: Das „Haus Jakob“ wird „zum Feuer“, das Haus Esau aber „wird zu Stroh, / sie stecken es in Brand und verzehren es. Niemand vom Haus Esau wird übrig bleiben.“ (Ob 18)

Edom-Esau, so die Anklage, hatte um 586 vor Christus mit den Babyloniern kollaboriert, den äußeren Feinden Israels. Die für Obadja gegenwärtige Lage wiederholt den in ferner Vergangenheit liegenden, aber für den Propheten völlig gegenwärtigen Urkonflikt der Brüder. Dieser gewinnt eine Tiefe, die rein politische Kämpfe weit hinter sich lässt: Was hier vorliegt, ist ein Bruder-Völker-Religionskrieg.

Esau war der ältere der beiden Zwillinge, an sich wäre ihm die Nachfolge Isaaks zugefallen. Er war auch der Kräftigere. Aber als er vierzig Jahre alt war, „heiratete er Jehudith, die Tochter des Hethiters Beeri, und Basemat, die Tochter des Hethiters Elon. Diese bereiteten Isaak und Rebekka Kummer.“ (Gen 26, 34–35) Warum? Eine Nachfolge Isaaks durch Esau wäre zu einer Katastrophe des auserwählten Volkes geworden, noch bevor es sich hätte konstituieren können. Die Heiratsregeln waren streng. Im Deuteronomium heißt es von den Nachbarstämmen des auserwählten Volks: „Du darfst dich nicht mit ihnen verschwägern; deine Tochter darfst du nicht einem ihrer Söhne zur Frau geben und dein Sohn darf nicht eine ihrer Töchter zur Frau nehmen. Denn dein Sohn würde mir abtrünnig, indem er andere Götter verehrt; der Zorn des Herrn würde gegen euch entflammen und dich sofort austilgen.“ (Deut 7, 3–4) Deshalb der „Kummer“ von Isaak und Rebekka. Und deshalb der im Sinne damaliger Anschauungen höhere Rechtsgrund für den Betrug mit dem Linsengericht. Von einem der Söhne Esaus stammt dann Amalek, der zum Vater der schlimmsten Feinde Israels wird – mit allen andern kann man verhandeln, mit Amalek niemals.

Der schlechthin fremde Feind interessiert mich nicht; der Bruder aber ist mir zu nah, als dass ich ihm gegenüber neutral bleiben könnte – was der Bruder tut, berührt einen schwer definierbaren Kern in mir. Man denke an Kain und Abel. Mit dem Bruder teile ich ein Erbe, mag es sich um ein genetisches oder eines der Anerkennung oder der Besitztümer handeln. Darum werden hier die Konflikte besonders leicht „existenziell“ und einer „vernünftigen“ Lösung oft unzugänglich. Je näher die Feinde einander sind, umso schwieriger wird der Friede.



Wie die Inschrift dieser Marmortafel ausweist, befindet sich seit 1888 am Campo Santo Teutonico neben dem Petersdom das Römische Institut der Görres-Gesellschaft, kurz RIGG. *Foto: Brinkermedia*

Kein Antisemit, aber…

Joseph Görres war Revolutionär, Nationalpublizist, katholischer Denker und politischer Autor von außergewöhnlicher Wirkung. Die Frage nach antijudaistischen Tendenzen in seinem Spätwerk ist im laufenden Görres-Jahr mehr als eine biografische Randnotiz **VON PATRICK PETERS**

Wer über Joseph Görres spricht, spricht selten nur über einen Autor. Der Name steht für ein weit ausgreifendes schriftstellerisches Lebenswerk, für den „Rheinischen Merkur", für den Widerstand gegen Napoleon und die Hoffnungen der Befreiungskriege, für katholische Publizistik, politischen Katholizismus und heute für die Görres-Gesellschaft, die als wichtigste katholische Wissenschaftsvereinigung seinen Namen trägt. Görres' Werk ist von Brüchen, Wandlungen und Positionswechseln geprägt, und daher ist die Debatte, die um Joseph Görres' (vermeintlichen) Antisemitismus geführt wird und die im Rahmen des 250. Geburtstages im Januar dieses Jahres wieder aufgekommen ist, so komplex. Eine seriöse Auseinandersetzung muss daher bei der Begrifflichkeit an sich beginnen. Görres' Haltung lässt sich nicht mit einem modernen Antisemitismusbegriff erfassen, als ließe sich die Geschichte des 20. Jahrhunderts unmittelbar auf einen katholischen Autor aus Romantik und Vormärz, also auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, zurückprojizieren.

Texte mit antijudaistischen Elementen

Indes begegnet bei Görres vor allem der spätromantisch-katholische Antijudaismus einer Zeit, in der die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der Juden in den deutschen Staaten heftig umstritten war. „Nur von einer breiten Materialbasis aus lässt sich abschließend eine Antwort auf die Frage nach Antisemitismus oder Antijudaismus im Werk von Joseph Görres geben", warnt der Potsdamer Historiker Thomas Brechenmacher, der in einer Festschrift zum 150. Todesjahr von Joseph Görres (1999) den Aufsatz „Görres und das Judentum. Eine Bestandsaufnahme" veröffentlicht hat. Brechenmacher zeigt, dass Görres' Blick auf das Judentum nicht statisch war. In den frühen Schriften und im Umfeld des „Rheinischen Merkur" findet sich bei ihm noch keine durchgehend scharfe Ablehnung jüdischer Emanzipation. So heißt es in dem Aufsatz, Görres habe die Judenpolitik seiner Zeit im „Rheinischen Merkur" nicht mehr kommentiert; zugleich verweist Brechenmacher auf eine Notiz aus dem Februar 1815, in der eine Schrift zugunsten der Gleichstellung der Juden erwähnt wird. Wichtig wird dann der Wandel zum katholischen Denker. Brechenmacher formuliert: „Je mehr sich Görres zum katholischen Denker wandelte, desto mehr hat er sich vom Projekt der Judenemanzipation entfernt."

Im Mittelpunkt der Diskussion steht unter anderem ein Text aus dem Jahr 1845 mit dem Titel „Der ewige Jude in Sachsen und das Concil in Schwaben", der in den „Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland" veröffentlicht wurde. Der Text wird Görres und dem Kirchenrechtler Georg Phillips zugeschrieben. Er entstand in einer Zeit großer politischer und sozialer Umbrüche und spiegelt die ultrakonservative, katholische Sichtweise der Autoren wider. Er ist durchzogen von antijudaistischen Elementen und einer deutlichen Ablehnung der fortschreitenden rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung der Juden. Als Titel diente die mittelalterliche Legendenfigur des „Ewigen Juden" (Ahasver), die im 19. Jahrhundert in konservativen Kreisen als antisemitisches Stereotyp und Symbol für das „Fremde" missbraucht wurde.

Wichtig ist auch, hierbei Görres' späte Lebensphase zu berücksichtigen, in der die Suche nach religiös fundierter Ordnung an Gewicht gewann. Die Angst vor liberaler Auflösung und vor dem Verlust einer christlich geprägten Gesellschaftsform gehört zu diesem Hintergrund.

Keine ausgreifende Judenfeindschaft

Daraus erklärt sich, warum jüdische Gleichstellung im konservativen Katholizismus häufig als Gefährdung überlieferter Ordnung erschien. „Diese Abgrenzung schützt vor zwei Verkürzungen. Der rassentheoretische Antisemitismus des späteren 19. Jahrhunderts und der Vernichtungsantisemitismus des 20. Jahrhunderts dürfen nicht unbesehen auf Görres übertragen werden. Gleichzeitig lieferte der Antijudaismus Bilder, Vorurteile und Abwehrmuster, die Juden als religiös, sozial oder politisch fremd markierten. Solche Muster können gegebenenfalls als gedankliche Vorbereitung späterer Formen des Antisemitismus gelten, auch wenn sie historisch selbstverständlich nicht mit ihnen identisch sind", sagt Martin Barth, Generalsekretär der Görres-Gesellschaft.

Auch Thomas Brechenmacher grenzt Görres ausdrücklich von einer ideologischen Judenfeindschaft ab, die sich biologisch oder rassisch begründet. Damit ist Görres kein Vorläufer des späteren völkischen Antisemitismus, auch wenn er auf antijudaistische Stereotype zurückgreift. Ein Antisemit im modernen Sinn sei er jedoch nicht gewesen, wenn man darunter „Judenhass um seiner selbst willen" verstehe. „Judenfeindschaft als Ideologie wies Görres entschieden zurück." Gleichzeitig tritt der Historiker keineswegs entlastend im Sinne einer Reinwaschung auf: Görres sei antijudaistisch gewesen, insofern er sich „aus dem Schatz der typischen katholischen Antijudaismen bediente", um sie in seinem Kampf gegen eine als bedrohlich empfundene Moderne in Stellung zu bringen.

Publizist von großer Breite

Für eine katholische Auseinandersetzung mit Görres ist diese Differenz entscheidend. Der katholische Antijudaismus des 19. Jahrhunderts verband theologische Vorbehalte mit gesellschaftlicher Ordnungsangst und politischer Kritik an der Emanzipation. Die sogenannte Judenfrage wurde damals als Frage von Bürgerrecht, Nation, Religion und Zugehörigkeit verhandelt. Viele Autoren konnten sich eine moderne politische Ordnung, in der Juden als gleichberechtigte Bürger ohne Sonderstatus lebten, nur schwer vorstellen. In dieser Abwehr verdichteten sich ältere religiöse Motive und neue politische Ängste. Bei Görres als breit angelegtem politischem und religiösem Publizisten der katholischen Romantik und als Kämpfer gegen staatliche Eingriffe in kirchliche Freiheit gehört die antijudaistische Spur zum Werk, sollte aber, laut Martin Barth, „Gegenstand einer sachlichen Debatte ohne vorschnelle Vorwürfe eines bei Görres um sich greifenden Antisemitismus sein. Eine tragfähige Erinnerungskultur muss diese Spannung aushalten, und eine angemessene Auseinandersetzung verlangt genaue Lektüre, begriffliche Unterscheidung und die Bereitschaft, Ambivalenz auszuhalten", betont Martin Barth. Sein Beispiel zeige, wie tief judenfeindliche Denkmuster in Milieus eingelagert gewesen seien, die sich selbst als Verteidiger von Religion, Recht und Wahrheit verstanden hätten. Daher gilt Thomas Brechenmacher zufolge, dass Görres' Position im Denken der Zeit wurzelte, nicht nur im katholischen.

Das heißt: Görres' Spätwerk enthält antijudaistische Motive, und diese Motive gehören zur ultrakonservativen katholischen Denkweise des Vormärz. Sie sind ernst zu nehmen, weil sie auf Vorurteile, Ausschlussbilder und theologisch-politische Abwehr gegen jüdische Gleichstellung zurückgreifen. Daraus folgt aber nicht, dass Görres als Träger eines späteren völkischen oder rassischen Antisemitismus gelten kann. Thomas Brechenmacher sieht bei Görres eine zeitgebundene katholische Judenfeindschaft, die historisch zu benennen und kritisch zu bewerten ist. Wer die antijudaistischen Motive aus Sprache, Theologie und Politik des Vormärz ernst nimmt, darf sie weder zum Beleg eines modernen Antisemitismus ausweiten noch aus Rücksicht auf Görres' Rang beschweigen.

Der Autor ist Germanist und als Professor, Journalist und Berater tätig.

DER MÜNCHNER RITTER



Bis zu seinem Tod 1848 lebte Ludwig von Görres in München. König Ludwig I. hatte ihn geadelt und an die neu verlegte Universität geholt. Görres erhielt 1839 den Verdienstorden der Bayerischen Krone, mit dem für bayerische Untertanen automatisch der persönliche Adel verbunden war (Eintrag in die Adelsmatrikel als „Ritter von"). Sein Wirkungsraum – Universität, Ludwigstraße, die Salons des „Görres-Kreises" – lag in unmittelbarer Nachbarschaft der Theatinerkirche am Odeonsplatz (Foto), der damals schon genauso aussah wie heute. Begraben wurde der große Publizist auf dem Alten Südfriedhof der Stadt (Mauer rechts, Platz 343), wo sein Grab bis heute existiert. *Foto: Brinkermedia*



Antonio Del Donno (Benevento, 1927–2020): Vangelo (Evangelium), 1974, mit Feuer graviertes Holz (Archiv Antonio Del Donno).



Nicola Samorì (Forlì, *1977): Crudo sasso, 2025, Öl auf rosa Onyx (Leihgabe des Künstlers).

Geschöpfe und Schöpfer

Rom zeigt den heiligen Franziskus in der Kunst der Gegenwart. Im MAXXI-Museum wird er als Prophet für die Herausforderungen der Zukunft gefeiert **VON ROCCO THIEDE**

Ein Museum für Gegenwartskunst und der heilige Franziskus – auf den ersten Blick passt das kaum zusammen. Doch daraus entwickelt die Ausstellung „Creature, Creatori. San Francesco e l'arte contemporanea" im römischen MAXXI ihre besondere Kraft. Sie zeigt den Gründer des Franziskanerordens nicht als Heiligen vergangener Jahrhunderte, sondern als Menschen, dessen Fragen nach Armut, Frieden, Gott und der Verantwortung für die Schöpfung heute aktueller erscheinen denn je.

Das MAXXI – Museo nazionale delle arti del XXI secolo im Stadtteil Flaminio im Norden Roms gehört zu den bedeutendsten Museen für Gegenwartskunst in Europa. Der von der Architektin Zaha Hadid entworfene Bau mit seinen geschwungenen Sichtbetonflächen, den Galerien, Schrägen, Rampen und freischwebenden Treppen und den daran anschließenden offenen Raumfolgen wurde 2010 eröffnet und ist angesichts der römischen Antike, der Renaissance und des Barock so vieler sakraler Bauten ein reizvoller Kontrast in der Ewigen Stadt. Oft finden sich in den dortigen Wechselausstellungen auch Werke, die Religionen und das Christentum kritisch hinterfragen. Das ist in dieser Sonderschau, die dem Hadid-Bau gegenüber gezeigt wird, anders. Mit Blick auf Franziskus von Assisi haben die Ausstellungsmacher bewusst auf Reliquien, historische Handschriften oder eine chronologische Lebensbeschreibung verzichtet. Stattdessen fragt Kuratorin Beatrice Buscaroli, welche Bedeutung Franziskus für Künstler des 20. und 21. Jahrhunderts besitzt.

Ausgangspunkt ist der „Sonnengesang" (Cantico delle Creature), jenes um 1225 entstandene Lob der Schöpfung, in dem Franziskus Sonne, Mond, Wasser, Feuer und Erde als Geschwister bezeichnet. Diese ungewöhnliche Sicht auf Mensch und Natur zieht sich als roter Faden durch den Rundgang.

Aus Holz und Bronze

Am Eingang zur Ausstellung grüßt die lebensgroße, gesichtslose Holzfigur eines Mönches des Südtiroler Künstlers Aron Demetz, die er in diesem Jahr geschaffen hat. Aus dem Stamm eines Baumes grob herausgearbeitet und grau bemalt, zeigt sie Astlöcher, Jahresringe und Risse im Holz. Der Künstler lässt den Baum nicht verschwinden, sondern macht seine Geschichte zum Teil der Skulptur. Mensch und Natur erscheinen als Einheit – ein Gedanke, der unmittelbar an Franziskus erinnert, der Tiere, Pflanzen und Elemente als Mitgeschöpfe verstand.

Im Treppenhaus zur ersten Etage hört man Männerstimmen, die Gebete des Heiligen interpretieren. Auf halbem Treppenabsatz dann ein erster naturalistischer Wolf von Davide Rivalta. Alle weiteren Werke sind in einem Saal vereint. Dort fällt der Blick zuerst auf einen kleinen, knienden Elefanten. Was hat das mit dem heiligen Franz zu tun? Das Werk des Künstlerduos Bertozzi & Casoni aus Bronze und Porzellan beeindruckt mit der Demutsgeste des Tieres. Der Titel: „Ein Geschenk an den heiligen Franziskus". Kunsthistorischer Verweis: Auch Bernini widmete sich prominent dem Elefanten – als Sockel eines Obelisken.

Konzentration auf das Wesentliche

Ein Klassiker der Moderne ist Giorgio Morandi (1896–1964), der mit einem Stillleben vertreten ist. Seine Flaschen, Krüge und Schalen wirken auf den ersten Blick unscheinbar, doch gerade ihre Reduktion lenkt den Blick auf das Wesentliche. Das hier ausgestellte Werk aus einer Privatsammlung stammt aus dem Todesjahr des Künstlers – stark reduziert im Farbton, fast grau und von einfachen Formen. Morandi interessierte sich weniger für Gegenstände als für Stille, Licht und Konzentration. Seine Malerei erinnert an die franziskanische Einfachheit, ohne religiöse Motive zu bemühen.

Ein Klassiker italienischer Kunst ist auch Piero Manzoni (1933–1963) mit seinen berühmten „Achrome" von 1960. Die farblosen Leinwände verzichten vollständig auf erzählerische Inhalte. Stoff, Struktur und Material werden selbst zum Bild. Manzoni befreit die Malerei von allem Überflüssigen und richtet die Aufmerksamkeit auf das Material. Auch hier entsteht eine Verbindung zu Franziskus: Nicht Besitz oder äußerer Glanz stehen im Mittelpunkt, sondern zeichenhafte Materialität.

Reduziert arbeitet auch Jacopo Benassi. Sein Werk „Toter Christus" verbindet Fotografie und Material zu einer eindringlichen Darstellung zweier Füße, die von einem dornigen Ast durchzogen werden. Die Arbeit verweist auf die Passion und die Nachfolge des heiligen Franziskus. Zwei Füße und die Spuren des Leidensweges als ikonische Metapher.

Einen malerischen Zugang wählt die 1974 geborene Künstlerin Chiara Calore. Ihre großformatigen Arbeiten zeigen Franziskus während seiner inneren Wandlung vom wohlhabenden Kaufmannssohn zum Armen von Assisi. Menschen, Tiere und Pflanzen gehen ineinander über und schaffen eine poetische Bildwelt, in der die Natur den Weg des Heiligen begleitet. Die Künstlerin interessiert sich weniger für historische Genauigkeit als für den Prozess der Veränderung, die Metamorphose als Zeitthema. Von ihr sind in der Ausstellung auch zwei kleine Keramikfiguren unter dem Titel „Verkündigung" zu sehen.

Besonders faszinierend ist die Interpretation des heiligen Franziskus durch Nicola Samorì, einen der bedeutendsten italienischen Maler der Gegenwart. Ausgangspunkt ist eine Darstellung des meditierenden Franziskus von de Ribera. Samorì ersetzt den Totenschädel durch einen Felsen, der an den Berg La Verna erinnert – jenen Ort, an dem Franziskus nach der Überlieferung die Wundmale Christi empfing. Aus der traditionellen Vanitas-Darstellung entsteht ein Bild, das Natur, Körper und Spiritualität zusammenführt.



Pier Paolo Calzolari (Bologna, *1943) Ohne Titel, 1970 Tabakblätter auf Holzplatte und Metronom mit Feder auf Eisenbasis (MAXXI-Kunstsammlung, Schenkung Claudia Gian Ferrari). *Fotos: Rocco Thiede*

Zwischen Legende und Evangelium

Mitten im Rundgang kommt es zu einem Wiedersehen mit dem lebensgroßen Bronze-Wolf von Davide Rivalta. Die Skulptur nimmt Bezug auf die bekannte Legende vom Wolf von Gubbio, den Franziskus der Überlieferung nach gezähmt haben soll. Rivalta verzichtet jedoch auf jede erzählerische Ausschmückung. Sein Wolf ist weder bedrohlich noch zahm. Er steht dem Menschen als Kreatur gegenüber und erinnert damit an Franziskus' Verständnis einer Schöpfung, in der Mensch und Tier denselben Ursprung haben. Unweit des Wolfes wacht, ebenfalls von Rivalta, ein Adler aus Bronze und Wachs über den Raum.

In ihrer Schlichtheit überzeugend sind die Arbeiten von Antonio Del Donno (1927–2020). Für seine Werkserie „Vangeli" verwendet der Künstler alte Holztafeln, in die er Verse aus den Evangelien einbrennt. Schrift und Material verschmelzen zu einer Einheit. Das Holz wird nicht zum Bildträger, sondern selbst zum Ausdruck einer Spiritualität, die sich auf Einfachheit und Unmittelbarkeit gründet.

Auftrag für die Gegenwart

Andrea Mastrovito schlägt mit seinem Bild „Der heilige Franziskus empfängt die Wundmale" eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Ausgehend von einem Kupferstich Albrecht Dürers entwickelt er eine zeitgenössische Interpretation der Stigmatisation des heiligen Franziskus. Historische Bildtraditionen werden nicht kopiert, sondern weitergedacht. Franziskus erscheint nicht als Figur des Mittelalters, sondern als Mensch, dessen Fragen nach Frieden, Gewalt und Verantwortung bis in die Gegenwart reichen.

Auch andere Künstler der Ausstellung greifen franziskanische Themen auf. Mario Schifano verbindet Landschaft und Symbol zu einer poetischen Reflexion über Natur und Wahrnehmung. Paolo Canevari arbeitet mit vergoldeten Holzformen, die an spirituelle Monumente erinnern. Fulvio Di Piazza entwickelt dichte Landschaften zwischen Realität und Vision, während Marco Cingolani Franziskus' Vogelpredigt in eine farbgewaltige Bildsprache überträgt.

Viele Werke der Sonderschau, die bis Mitte September zu sehen ist, fragen nach der Verantwortung des Menschen gegenüber der Natur und den Mitmenschen. Unweigerlich stellt sich der Bezug ein zur Enzyklika „Laudato si'" von Papst Franziskus, die den Sonnengesang des Heiligen zum Ausgangspunkt ökologischer und sozialer Verantwortung macht. Er vermittelt sich nur indirekt, doch die Parallelen sind offensichtlich. Viele Künstler thematisieren Verletzlichkeit, Nachhaltigkeit und den respektvollen Umgang mit der Umwelt, ohne daraus plakative Botschaften abzuleiten.

Wer die Sonderschau des MAXXI verlässt, nimmt vielleicht in Gedanken weniger einzelne Kunstwerke als vielmehr eine Einstellung mit. Die Ausstellung macht deutlich, dass Franziskus weit mehr ist als eine historische Gestalt oder ein Patron der Tiere. Seine Sicht auf die Schöpfung eröffnet Perspektiven, die auch acht Jahrhunderte später überraschend modern wirken. Die Verbindung von zeitgenössischer Kunst und franziskanischem Denken erweist sich dabei nicht als Widerspruch, sondern als produktiver Dialog zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

Mit „Schöpfer und Geschöpfe – San Francesco und die moderne Kunst" ist dem MAXXI eine Ausstellung gelungen, die sowohl kunsthistorisch als auch inhaltlich überzeugt. Sie versammelt herausragende Positionen der italienischen Gegenwartskunst und zeigt, wie vielfältig sich Künstler heute mit Franz von Assisi auseinandersetzen. Wer Rom besucht und sich für Kunst, Spiritualität oder die Frage nach der Verantwortung des Menschen für die Schöpfung interessiert, sollte diese Ausstellung nicht verpassen.

MAXXI – Museo nazionale delle arti del XXI secolo. Via Guido Reni 4A, 00196 Rom; bis 20. September 2026.

Der Autor ist Historiker und schreibt zu Kunst und Kultur.

Bewegt-bewegende Bühnen

Welche Stücke sollte man in der kommenden Saison 2026/2027 keinesfalls verpassen? Eine empfehlende Vorschau über ausgewählte Produktionen auf deutschen und österreichischen Brettern **VON FABIAN BELL**

Der Rundgang durch die kommende Spielzeit startet in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit der größten Zahl an Mehrspartentheatern und Schauspielhäusern. In Düsseldorf beginnt die Intendanz von Andreas Karlaganis mit einer Neuinszenierung des „Prinz Friedrich von Homburg“ von Heinrich von Kleist (Premiere am 18. September 2026) unter der Regie von Ulrich Rasche, der in der Vergangenheit mit Aufführungen von klassischen wie zeitgenössischen Stücken auf sich aufmerksam machen konnte und auch als Bühnenbildner agiert. Der gebürtige Bochumer spaltet die Kritiker, seine Inszenierungen werden begeistert angenommen und stark kritisiert; solches Polarisieren erzeugt die Spannung, die das Theater braucht.

Etwas weiter den Rhein herunter ist man unterdessen schon in der vergangenen Saison in eine neue Intendanz gestartet: Das Schauspiel Köln unter der künstlerischen Leitung von Kay Voges versteht sich als „Medienhaus“ und nimmt für sich in Anspruch, „faktenbasiertes“ Theater zu bieten. Das klingt für sich genommen schon merkwürdig, lebt Kunst doch vom Spiel mit dem Schein; Köln geht aber noch weiter, arbeitet mit dem Recherchenetzwerk Correctiv zusammen und plädiert für eine enge Verzahnung von Bühne und Digitalität. Daraus resultieren Projekte, die man bei wohlwollender Betrachtung als „engagiert“ beschreiben könnte, die andererseits aber auch reizlos werden, weil Spiel und Schein dem Wunsch nach Authentizität zum Opfer fallen. Entsprechend pädagogisch tritt das Haus auf, möchte „demokratische Werte“ vermitteln und verliert das Theater aus den Augen. Bedauerlicherweise begegnet dieses Phänomen mal mehr, mal weniger ausgeprägt auf vielen Bühnen.



Das Wiener Burgtheater setzt wie in jeder Saison Maßstäbe für die deutschsprachige Theaterlandschaft. *Foto: Brinkermedia*

Therapie mit Folgen

Das Schauspielhaus Bochum feiert am 2. Oktober 2026 die Premiere einer Bühnenfassung von „A Clockwork Orange“. Das zum Kultbuch avancierte Werk des englischen Autors Anthony Burgess handelt von dem hochintelligenten Jugendlichen Alex, der die Musik Beethovens liebt, andererseits aber gemeinsam mit einigen Gleichaltrigen raubend und prügelnd durch die Lande zieht, schließlich inhaftiert wird und sich einer in Erprobung befindlichen Therapie unterziehen soll – mit gravierenden Folgen.

In Frankfurt widmet man sich unterdessen zwei Klassikern des amerikanischen Dramas, welche die Spielzeit wie eine Klammer umschließen: Eugene O’Neills erst zur posthumen Veröffentlichung vorgesehenes Stück „Eines langen Tages Reise in die Nacht“ wird ab dem 3. Oktober zu sehen sein. Das mit biografischen Anleihen durchsetzte Werk wird von dem jungen Regisseur Max Lindemann inszeniert, der sich in der zurückliegenden Spielzeit mit Tennessee Williams’ „Süßer Vogel Jugend“ schon einmal einem der wichtigsten amerikanischen Dramatiker gewidmet hat. Mit dem Ausklang der Spielzeit gibt Regisseur Adrian Figueroa sein Hausdebüt mit Arthur Millers wohl bekanntestem Stück, dem „Tod eines Handlungsreisenden“. Man darf gespannt sein, wie der Regisseur, der auch dokumentarische Ansätze verfolgt, die Geschichte um Willy Loman inszenieren wird.

Am Theater Bremen wird sich der künftige Intendant Armin Petras mit einer Neuproduktion von Tschechows „Die Möwe“ (Premiere am 30. Januar 2027) vorstellen, die er als „Fest der Kunst und des Theaters“ versteht und in der Liebe und Kunst als Hoffnungsschimmer erscheinen.

Die recht dünn besiedelte niedersächsische Theaterlandschaft verfügt mit dem Oldenburgischen Staatstheater über eine Bühne, die seit dem Amtsantritt der neuen Schauspielleitung 2024/2025 ein spannungsreiches Programm vorlegt. In der kommenden Saison wird das Haus als Auftragswerk ein neues Stück der österreichischen Dramatikerin Miriam Lesch zur Uraufführung bringen (Premiere am 26. September 2026). „Ein Stück Land“ handelt von drei Geschwistern, die den elterlichen Bauernhof erben und sich fragen, wie mit dem Landbesitz umgegangen wird: Soll man den Hof weiter betreiben, ihn touristisch umbauen oder doch an Renaturierung denken? Der innerfamiliäre Konflikt nimmt gegenwärtige Debatten auf, arbeitet aber abseits davon auch mit einer zusätzlichen Ebene, kommen doch hier auch frühere Besitzergenerationen und die Tiere des Hofs zu Wort. Diese dramatische Erweiterung lässt annehmen, dass hier nicht allein politisch, sondern auch ästhetisch über die ökologischen Fragen verhandelt wird und Lesch keine eindeutige Antwort zu geben scheint. Sollte die damit aufscheinende Ambiguität eingelöst werden, dürfte es ein sehr anregender Theaterbesuch werden.

Das Deutsche Schauspielhaus Hamburg widmet sich mit Ödön von Horvaths „Glaube, Liebe, Hoffnung“ einem Stück, das von seinem Autor als „kleiner Totentanz“ beschrieben wurde. Der tragische Stoff um Elisabeth, eine junge Frau, die ob einer Geldstrafe und des damit verbundenen sozialen Abstiegs zu allem bereit ist, um ihre Existenz zu retten, und sich nur immer tiefer in ihr persönliches Unglück stürzt. Die Inszenierung dieses Dramas übernimmt die erstmals in Hamburg arbeitende Slowenin Mateja Kolenik, die zuletzt am Schauspielhaus Bochum für Aufsehen sorgte. Ihre an den Schauspielern orientierte Regiehandschrift dürfte ob des personalen Bezugs des Stückes von Horvath für eine besondere Intensität einstehen.

Yasmina Reza wurde berühmt mit „Der Gott des Gemetzels“, einem schwarzhumorigen Kammerstück, das in der Verfilmung mit Christoph Waltz und Kate Winslet zahlreiche Auszeichnungen gewinnen konnte. Das Berliner Ensemble wird nun die deutschsprachige Erstaufführung der Bühnenfassung ihres Romans „Glücklich die Glücklichen“ verantworten (Premiere am 11. September 2026). Das 2014 erschienene Werk widmet sich – wie es Reza immer wieder tut – der bürgerlichen Welt und ihren Eigenheiten und verspricht ein „bitterkomisches Panorama der Liebes- und Ehegeschichten“ in der besseren Pariser Gesellschaft. Regie führt der Intendant des Hauses, Oliver Reese, der sich dem Schaffen Rezas bereits in der Produktion von „Kunst“ gewidmet hat. Zu den Klassikerproduktionen des Berliner Ensembles zählt 2026/2027 auch „Hamlet“ (Premiere am 5. November 2026), der von Ersan Mondtag vor allem mit Blick auf die selbstzerstörerische Kraft des Titelprotagonisten inszeniert wird. Der Regisseur, der auch das Bühnenbild entwerfen wird, war zuletzt für den deutschen Pavillon der Kunstbiennale in Venedig tätig und konnte mit seinen bildstarken Produktionen in den vergangenen Jahren zahlreiche Auszeichnungen gewinnen.

Das Staatstheater Stuttgart präsentiert ab dem 6. Februar 2027 mit „Die Jäger im Schnee“ von Clemens J. Setz den Abschluss einer Trilogie des Autors für die Schauspielsparte des Hauses. Der Titel ist einem Gemälde Pieter Bruegels des Älteren entlehnt und verweist auf die Profession des zentralen Protagonisten Mark, der kunsthistorische Führungen für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen betreut. Als er im Rahmen seiner Arbeit des übergriffigen Verhaltens beschuldigt wird, findet er Halt in der Beziehung zu einer Frau. Setz spielt mit den Sehgewohnheiten des Publikums: Sollte sich Mark falsch verhalten haben, müssten dies doch auch die Zuschauer mitbekommen haben – oder ist alles doch ganz anders? So wie er seine Bildbeschreibungen immer ein Stück weit variiert, könnte doch auch sein eigenes Erleben aus seiner Perspektive unterschiedlich wahrgenommen werden. Das Spiel mit einem (womöglich) unzuverlässigen Erzähler führt den Autor zu der Frage nach der Kenntnis des scheinbar vertrauten Gegenübers.

Große Namen am Burgtheater

An den bayerischen Theatern fällt unterdessen das Staatstheater Nürnberg mit einer Neuinszenierung von Gogols Komödie „Der Revisor“ auf (Premiere am 10. April 2027), am Mainfranken Theater in Würzburg findet mit „Kurzschluss“ von Noa Lazar-Keinan (Premiere am 15. Oktober 2026) die Premiere einer äußerst erfolgreichen israelischen Komödie statt, die mit großer Begeisterung auch auf die hiesigen Bühnen fand. Keineswegs übersehen sollte man wieder die Höhepunkte an der Wiener Burg: Die Saisoneröffnung am 4.September 2026 mit Elfriede Jelineks „Unter Tieren“ ist die Wien-Premiere, nachdem das Stück als Salzburger-Festspiele-Koproduktion dort bereits im Sommer lief. Direktor Stefan Bachmann inszeniert selbst alle drei Ubu-Stücke von Alfred Jarry mit Joachim Meyerhoff und Stefanie Reinsperger; der Dreier gilt als das prestigeträchtigste Projekt der Saison. Weiteres Highlight: Ersan Mondtags „Die Physiker“ und zum Abschluss Frank Castorf mit Doderers „Strudlhofstiege“ im Monat Mai, dem 13. Dabei sind Künstler doch eigentlich abergläubisch.

BUNTE THEATERLANDSCHAFT

Deutschland verfügt über die dichteste Theaterlandschaft der Welt. Rund 140 öffentlich getragene Theater sowie zahlreiche Privattheater und freie Ensembles sorgen für ein vielfältiges Angebot – von Klassikern bis zu zeitgenössischen Stoffen. Theater versteht sich dabei nicht nur als Unterhaltungsort, sondern auch als gesellschaftliches Forum: Es greift aktuelle Themen auf, eröffnet neue Perspektiven und lädt zum Dialog ein. Jede Aufführung an deutschen Sprechtheatern entsteht live – und lebt von der unmittelbaren Begegnung zwischen Bühne und Publikum. Die Kosten sind hoch: 100 bis 150 Euro pro Karte zahlt der Steuerzahler zu, insgesamt entfallen auf die Sparte „Schauspiel“ circa 1,5 Milliarden öffentliche Fördergelder. *DT/fbell*

Anzeige



Mehr Kinderschutz im digitalen Raum

Nach Frankreich präsentiert nun auch Österreich ein Social-Media-Verbot für Minderjährige VON STEPHAN BAIER

Wenige Tage, nachdem in Frankreich Senat und Nationalversammlung ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren beschlossen haben, einigte sich die österreichische Regierungskoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS bei ihrem Sommerministerrat in Salzburg auf ein noch schärferes Verbot in der Alpenrepublik. Beide Länder preschen damit in der Europäischen Union voran, denn die EU-Kommission feilt noch an einer entsprechenden Regelung und dürfte erst im Herbst ein Verbot für Unter-13-Jährige auf den Weg bringen. Spanien diskutiert derzeit eine Altersgrenze von 16 Jahren, Dänemark von 15 Jahren.



Österreich ist schon einen Schritt weiter als die EU-Kommission: der österreichische Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP, l.) und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU, r.). *Foto: Imago/Dursun Aydemir*

FPÖ wittert Zensur und Kontrolle

In Frankreich soll das Verbot ab 1. September gelten, wobei allerdings bestehenden Konten eine Übergangsfrist bis Jahresende eingeräumt wird. Geplant ist hier zudem ein Verbot von Mobiltelefonen an Schulen. Auch soll es in Frankreich die Pflicht und Aufgabe der Plattformen sein, das Alter zu prüfen, weshalb für Minderjährige und deren Eltern keine Strafen vorgesehen sind. Staatspräsident Emmanuel Macron sieht sein Land hier als Vorreiter, der „in Europa den Weg für den Schutz unserer Kinder" bereite. Zuvor hatte Australien bei seinem Social-Media-Verbot für Jugendliche auf Kontrollen durch die Plattformen selbst gesetzt. Offenbar aber mit unzureichendem Erfolg, denn obwohl etwa 4,7 Millionen Jugendkonten geschlossen wurden, blieben laut einer Studie sehr viele Kinder und Jugendliche durch falsche Altersangaben und Fake-Fotos bei der Altersverifizierung weiter auf den Plattformen online. In Australien sind insgesamt zehn Anbieter betroffen.

Österreich hat aus diesen Erfahrungen gelernt: Die Altersverifizierung überlässt der Gesetzesentwurf, der in dieser Woche in das Begutachtungsverfahren ging, nicht den betroffenen Plattformen, sondern der offiziellen ID-Austria sowie zertifizierten Drittanbietern, denen gegenüber sich die User einmalig ausweisen müssen. Diese dürfen den Plattformen dann lediglich die Information weiterreichen, ob die sich registrierende Person über oder unter 14 Jahre alt ist. Andere Daten dürfen nicht weitergegeben werden, weil Wohnadresse, Geburtsdatum oder Ausweise nicht bei den Plattformen landen sollen.

In allen Fällen wird das jeweilige Verbot mit dem Suchtfaktor gewisser Anbieter begründet. Suchtverhalten und seine Folgen für die Heranwachsenden sollen verhindert werden. „Wir stellen Eltern ja auch nicht frei, ob ein Zehnjähriger ein Glas Whisky trinken darf", sagte der in Österreich für Digitalisierung zuständige Staatssekretär Alexander Pröll (ÖVP) im Interview mit der Tageszeitung „Der Standard". Sieben oder acht Stunden täglich auf Social Media zu verbringen, schade der kognitiven Entwicklung. Gezielt wird also auf Plattformen mit süchtig machenden Mechanismen, Empfehlungsalgorithmen mit überwiegend Inhalten von Fremden oder Push-Nachrichten bei Nichtnutzung, doch konkret genannt werden die Betreiber im Gesetzesentwurf nicht. Gemeint sind jedenfalls TikTok, Instagram, Snapchat und Facebook, nicht aber Messenger-Dienste wie WhatsApp. Wie in Frankreich sollen auch in Österreich die Strafen für Zuwiderhandeln – bis zu sechs Prozent des weltweiten Jahresumsatzes – die Plattformen treffen.

Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) freute sich bei einer Pressekonferenz am Montagnachmittag, dass nun „erstmals klare Regeln für den Zugang zu bestimmten Social-Media-Plattformen für unter 14-Jährige" geschaffen würden. Das sei ein wichtiger und richtiger Schritt, „um junge Menschen besser vor problematischen Inhalten und Funktionen im digitalen Raum zu schützen". Den Plattformen soll aber die Möglichkeit eingeräumt werden, kindgerechte Bereiche anzubieten. Auch Vizekanzler und Medienminister Andreas Babler (SPÖ) betonte am Montag in diesem Zusammenhang den Kinderschutz: „Unsere Kinder sind nicht mehr sicher. Sie haben ein Recht darauf, von der Politik geschützt zu werden." Man dürfe Kindern auch im digitalen Raum nicht zumuten, was man ihnen im realen Leben nicht zumuten wolle. Der Generalsekretär und Mediensprecher der oppositionellen FPÖ, Christian Hafenecker, sprach dagegen von einem „hinterlistigen Frontalangriff auf die Meinungs- und Informationsfreiheit junger Menschen". Der Kinderschutz diene der Regierung nur als „Feigenblatt für einen massiven Zensurangriff und den weiteren Ausbau staatlicher Kontrolle".

Im Gleichklang mit EU-Kommission

Auf europäischer Ebene zieht die EU-Kommission in die gleiche Richtung. Erst vor wenigen Tagen hat sich ein von ihr beauftragtes Expertengremium für entsprechende Beschränkungen für Kinder unter 13 Jahren ausgesprochen. Kleinkinder sollten überhaupt von den Bildschirmen ferngehalten werden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen plädiert für einen nach Alter gestaffelten Zugang von Jugendlichen zu Internetseiten und Apps. Ein entsprechender Vorschlag ihrer Behörde soll bereits im September präsentiert werden.

Menschenhandel für Online-Betrug

UNO legt Studie vor

GENF (DT/dpa) Hunderttausende Menschen werden nach Angaben der UN-Organisation für Migration (IOM) jedes Jahr von Menschenhändlern für Online-Betrug missbraucht. Sie würden unter falschen Versprechungen gut bezahlter Arbeit ins Ausland gelockt, dort eingesperrt, überwacht und gezwungen, an betrügerischen Maschen teilzunehmen. Zum Welttag gegen Menschenhandel (30. Juli) hat die IOM eine neue Strategie vorgelegt, um Menschen vor dieser Ausbeutung zu schützen. Die IOM bezeichnet dieses Vorgehen krimineller Banden als eine der am schnellsten wachsenden Menschenhandelsformen. Die Zahlen stiegen seit zwei, drei Jahren rasant, sagte IOM-Chefin Amy Pope. Sie geht davon aus, dass rund 300 000 Menschen weltweit in solchen Zentren arbeiten. Nicht alle seien Opfer von Menschenhändlern.

Neu sei, dass diese Banden gezielt Menschen mit guten Englischkenntnissen und einem Universitätsabschluss suchten, inzwischen zunehmend aus Afrika, sagte Pope. Viele seien so verzweifelt, einen Job zu finden, dass sie die Angebote nicht streng genug prüften. So werde manchen nahegelegt, mit einem Touristenvisum in ein fernes Land zu reisen - das sei ein Alarmzeichen.

Früher ging es Menschenhändlern oft um Menschen mit wenig Schulbildung, die im Ausland zur Prostitution oder monatelangen, unmenschlichen Einsätzen auf Fischerbooten gezwungen werden.

EU-Länder einigen sich

Schon jetzt sollen private Chats untersucht werden können, um Kindesmissbrauch zu bekämpfen

BERLIN/BRÜSSEL (DT/dpa) Die Zahl der registrierten Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs in Deutschland ist in den vergangenen fünf Jahren deutlich gestiegen. Budesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU), BKA-Chef Holger Münch und die Misnsbrauchsbeauftragte des Bundes, Kerstin Claus, legten vergangene Woche die Zahlen in Berlin vor. Das Bundeslagebild „Sexualdelikte zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen" basiert auf Daten der bereits veröffentlichten polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und nimmt besonders die Bereiche sexueller Missbrauch, Missbrauchsdarstellungen (Kinderpornografie) und sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen in den Blick. Derweil gibt es in Brüssel nachdem das Europarlament schon für eine Chatkontrolle gestimmt hat (DT berichtete), auch schon erste Planungen, so eine Kontrolle umzusetzen, die dabei helfen soll, effektiver gegen Kinderpornographie vorzugehen.

Zunächst die Zahlen aus Deutschland: Im vergangenen Jahr zählte die Polizei 17 126 Fälle, das waren rund 1 600 mehr als noch im Jahr 2021, wie aus dem Bundeslagebild „Sexualdelikte zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen" des Bundeskriminalamts (BKA) hervorgeht, das in Berlin vorgelegt wurde.

In Brüssel plant derweil die EU einen weiteren Schritt im Kampf gegen Kindesmissbrauch. Bald soll wieder in privaten



Das Europaparlament hat die Chatkontrolle schon beschlossen. Nun haben sich auch die Mitgliedsländer auf Ausnahmen bei den Datenschutzregeln geeinigt, um so wirkungsvoller sexuellen Missbrauch von Kindern bekämpfen zu können. *Foto: Imago/Bihlmayerfotografie*

Chats nach Hinweisen gesucht werden dürfen. In der Debatte um die sogenannte Chatkontrolle einigten sich Vertreter der Mitgliedsländer auf eine befristete Ausnahme von europäischen Datenschutzregeln, wie mehrere Diplomaten der Deutschen Presse-Agentur sagten. Davor hatte bereits das EU-Parlament für das Vorhaben gestimmt (DT berichtete). Die Abgeordneten hatten Einschränkungen bei verschlüsselten Nachrichten gefordert, denen die EU-Länder nun zustimmen wollen. Damit soll eine Übergangsregelung bis April 2028 reaktiviert werden, deren Verlängerung in Brüssel schon als gescheitert galt. Der formelle Beschluss der EU- Staaten muss nun noch in einem schriftlichen Verfahren gefasst werden.

Zuvor hatte es unter anderem Druck vvon CDU und CSU innerhalb der EVP-Fraktion im Europaparlament sowie Deutschland und anderen Mitgliedsländern gegeben, die ausgelaufene Ausnahme zum Kinderschutz wieder einzusetzen. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) und auch das Bundeskriminalamt hatten die fehlende Rechtsgrundlage kritisiert. Datenschützer wollen das diskutierte Vorhaben dagegen seit Jahren verhindern und bezeichnen die Möglichkeit zum flächendeckenden Scannen als anlasslose Massenkontrolle, ineffektiv beim Schutz von Kindern.

Mit der befristeten Ausnahmeregelung können etwa Microsoft bei Outlook, Google bei Gmail oder Meta bei Instagram wieder Software automatisiert nach Bildern oder Videos von Kindesmissbrauch suchen lassen. Die Kontrollen sind freiwillig. Die Tech-Firmen dürfen den Behörden ihre Verdachtsfälle den EU-Regeln nach erst weiterleiten, wenn ein Mensch sie als solche verifiziert hat. Das soll ausschließen, dass jemand durch Programmfehler in Verdacht gerät.

Die Regelung soll allerdings explizit kein Aufbrechen der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ermöglichen, die bei WhatsApp, Signal und Co. mittlerweile Standard ist. Anders als ursprünglichen von den Mitgliedsländern vorgeschlagen, soll das auch für Nachrichten gelten, die noch verschlüsselt werden.

Im Kinderzimmer tobt das Leben

Zum fünften Mal nimmt „Toy Story“ Anlauf auf die Kinokassen: Der Erfolg ist dabei fast garantiert VON NORBERT FINK

Die Macher hinter „Toy Story“ lassen sich mit neuen Fortsetzungen stets reichlich Zeit. Ein neuer Film entsteht erst dann, wenn die Geschichte es wert ist, weitererzählt zu werden. 1995 begann alles mit dem ersten „Toy Story“-Film, der als erster vollständig computeranimierter Kinofilm die Welt des Animationsfilms revolutionierte. Nach den Fortsetzungen von 1999, 2010 und 2019 liegt nun mit „Toy Story 5“ bereits der fünfte Teil der Spielzeug-Saga vor, die weltweit bislang fast vier Milliarden US-Dollar eingespielt hat. Und weil jeder neue Film seine Vorgänger an den Kinokassen übertraf, könnte „Toy Story 5“ sogar der erfolgreichste Teil der gesamten Pentalogie werden.



Im Kinderzimmer trifft die digitale Invasion auf analogen Widerstand: Szene aus „Toy Story 5“. Foto: Verleih

Abhängen am Device

Cowboy Woody hatte die vertraute Spielzeugtruppe am Ende des vierten Teils verlassen, um sich Porzellinchen anzuschließen. Der neue Film konzentriert sich deshalb auf Cowgirl Jessie sowie auf Space Ranger Buzz Lightyear und ihre gemeinsamen Spielzeugfreunde.

Die inzwischen achtjährige Bonnie bemerkt mit ihrer Puppenwelt zunehmend, dass klassisches Spielen unter Gleichaltrigen kaum noch stattfindet. Sie fühlt sich ausgeschlossen und allein. Die anderen Kinder kommunizieren über ihre Tablets und verbringen ihre Freizeit fast ausschließlich mit digitalen Geräten. Niemand möchte mehr draußen spielen. Auch Bonnies Eltern stehen der digitalen Welt skeptisch gegenüber, kaufen ihrer einsamen Tochter schließlich aber doch ein froschartiges Tablet namens „Lilypad“, damit sie leichter Anschluss an andere Kinder findet.

Es dauert nicht lange, bis der Plan aufgeht, denn neue Freundschaften werden am schnellsten über Apps geschlossen. Bonnie wird zu einer Übernachtungsparty eingeladen und freut sich darauf, endlich neue Freundinnen zu finden. Doch schon bald merkt sie, dass die Mädchen zwar gemeinsam in einem Raum sind, aber dennoch fast ausschließlich über ihre Tablets miteinander kommunizieren.

Hoheitskampf im Kinderzimmer

Die Aufregung bei Jessie, Buzz und den anderen Spielzeugen ist deshalb groß. Trotz aller Versuche gelingt es ihnen nicht mehr, Bonnies Aufmerksamkeit zurückzugewinnen. Sie verbringt ihre gesamte Zeit mit ihrem Tablet, kommuniziert darüber mit ihren neuen Freundinnen und spielt digital. Lilypad, das ebenso wie die übrigen Spielzeuge erst dann lebendig wird, wenn keine Menschen anwesend sind, ist von seiner technischen Überlegenheit überzeugt und sieht in den alten Spielzeugen keinen Nutzen mehr für Bonnie.

Fortan entbrennt zwischen analogem und digitalem Spielzeug ein Konkurrenzkampf um Bonnies Fantasie und die Vorherrschaft im Kinderzimmer. Über ein Walkie-Talkie wird Cowboy Woody kontaktiert, der prompt zur Hilfe eilt. Der Plan, für Bonnie eine Freundin zu finden, die noch analog spielt, führt die alten Spielzeuge zurück auf den Bauernhof von Jessies früherer Besitzerin Emily.

Doch nicht nur Jessie und ihre Freunde greifen in das Geschehen ein. Auch eine durch ein Transportunglück aktivierte Armee von Buzz-Lightyear-Figuren mischt kräftig mit.

Bei „Toy Story 5“ führte erstmals Pixar-Legende Andrew Stanton Regie, der bereits die Klassiker „Findet Nemo“ (2003) und „WALL·E“ (2008) oscarprämiert inszenierte und zuvor an den Drehbüchern der ersten drei „Toy Story“-Filme beteiligt war. Die Geschichte für den fünften Teil entwickelte er gemeinsam mit Kenna Harris.

Mit der Digitalisierung greifen beide ein hochaktuelles Thema auf und weisen auf die Gefahren hin, die entstehen können, wenn kindliche Fantasie vollständig in den virtuellen Raum ausgelagert wird. Ohne erhobenen Zeigefinger, sondern sensibel, verbindend und versöhnlich nähert sich der Film dieser komplexen Thematik. Obacht, Kinder – und vor allem Eltern: Der richtige und verantwortungsvolle Umgang mit der digitalen Welt wird hier eindringlich angemahnt.

Musik von Randy Newman – und Taylor Swift

All das wird wie gewohnt emotional, humorvoll, warmherzig, kreativ und äußerst unterhaltsam erzählt und spricht damit Jung und Alt gleichermaßen an. Neben den bekannten Spielzeugen werden im fünften Teil einige neue Figuren eingeführt, die allerdings nicht ganz die ikonische Klasse ihrer Vorgänger erreichen.

Die Animation ist erneut bis ins kleinste Detail hervorragend gelungen, auch wenn einige abstrakt verfremdete Bilderbuchsequenzen aus Bonnies Fantasiewelt etwas wie Fremdkörper wirken.

Die stimmungsvolle Musik stammt erneut vom zweifachen Oscarpreisträger Randy Newman. Im liebevoll gestalteten Abspann erklingt „I Knew It, I Knew You“ von Taylor Swift.

„Toy Story 5“ ist ein überzeugendes Plädoyer gegen Digitalwahn und moderne Wegwerfmentalität. Deshalb gibt es auch nach dem fünften Teil keinen Grund, die beliebte Filmreihe wie ein aussortiertes Spielzeug beiseitezulegen. Die Zeit der Spielzeuge ist noch lange nicht vorbei. Teil sechs der Qualitätsreihe darf daher gern kommen – am besten wieder mit dem wohltuenden Abstand von einigen Jahren.

„Toy Story 5“, USA 2026, 102 Minuten, Regie: Andrew Stanton, seit dem 23. Juli im Kino.

Der Autor ist Priester im Erzbistum Köln.

ANIMATIONSFILM

★★★★☆

Ein bisschen Star Wars, ein bisschen Gotham City

50. Todestag von Fritz Lang: Der große Regisseur prägte auch die Filmästhetik von heute VON JOSÉ GARCÍA

Neben Beethovens Neunter Sinfonie, Goethes Nachlass und der Gutenberg-Bibel gehört auch ein Science-Fiction-Film zum UNESCO-Verzeichnis „Memory of the World“ und damit auch zum besonders schutzwürdigen geistesgeschichtlichen Erbe Deutschlands: Fritz Langs „Metropolis“ wurde 2001 als erster Spielfilm überhaupt in das Verzeichnis aufgenommen.

Langs Weltruf beruhte vor allem auf diesem Monumentalfilm. „Metropolis“ erfand die Architektur des Science-Fiction-Kinos. Und er prägte die Filmgeschichte wie kaum ein anderes Werk dieses Genres.

Friedrich Christian Anton Lang wurde am 5. Dezember 1890 in Wien geboren. Seine Eltern, seit 1883 standesamtlich verheiratet, ließen sich 1900 römisch-katholisch taufen und trauen. Die Mutter legte Wert auf die katholische Taufe und Erziehung. Lang selbst war nicht religiös, griff in seinen Filmen jedoch wiederholt katholisch geprägte Motive auf.



In „Metropolis“ entwarf Fritz Lang nicht nur Architektur der Zukunft. Diese Ästhetik prägte auch das Science-Fiction-Genre. Foto: IN

Expressionistische Bildsprache

Im September 1918 zog Lang nach Berlin. Nach der Ausrufung der Weimarer Republik fiel die Zensur, der Film war damit weitgehend von äußeren Zwängen befreit. Für kurze Zeit war das deutsche Kino das wichtigste der Welt: Während Hollywood noch am Anfang stand, hatte Berlin bereits eine hochentwickelte Filmindustrie. 1920 entstanden in Babelsberg mehr als 300 Spielfilme.

Neben Lang fanden in Berlin Ernst Lubitsch, Friedrich Wilhelm Murnau, Georg Wilhelm Pabst und Billy Wilder zum Film. Die Weimarer Filmkultur suchte nach einer eigenen Sprache, die sie besonders im Expressionismus fand. Davon zeugen harte Kontraste, große Schatten und verzerrte Räume. Lang arbeitete zwar noch bis in die 1960er-Jahre weiter, doch seine bekanntesten Werke entstanden in den 1920er-Jahren: „Der müde Tod“ (1921), „Dr. Mabuse, der Spieler“ (1922), „Die Nibelungen“ (1924) und „Metropolis“ (1927). Die Drehbücher schrieb er häufig gemeinsam mit Thea von Harbou.

„Der müde Tod“ wurde als „Volkslied in sechs Versen“ zu seinem ersten großen Werk. Im Zentrum steht das alte Motiv von Tod und Mädchen; der Satz „Stark wie der Tod ist die Liebe“ aus dem Hohen Lied zieht sich durch den Film. Schon hier zeigt sich Lang als innovativer Regisseur, beispielsweise durch Überbelichtungen und Überblendungen.

Drei Jahre später folgte „Die Nibelungen“, ein wirklicher Monumentalfilm, mit den beiden Teilen „Siegfried“ und strengen, fast archaischen Bildern. Die riesigen Bauten von Otto Hunte, Erich Kettelhut und Karl Vollbrecht beeindrucken noch heute. Sie scheinen dem Mythos entnommen zu sein.

Noch berühmter wurde „Metropolis“, 1926 gedreht und am 10. Januar 1927 im Ufa-Palast am Zoo uraufgeführt. Der Film handelt von Industrialisierung, Revolution und der Gefahr der Masse. Im Zeitalter von Trans- und Posthumanismus sowie künstlicher Intelligenz gewinnt er neue Aktualität. Zugleich bedient er sich christlicher Symbolik. Der Körper der Hauptfigur Freder krümmt sich über den Zeigern einer gigantischen Uhrmaschine wie ein Gekreuzigter; die falsche Maria trägt Züge der Hure Babylon.

Späte Erfolge mit „Atze“ Brauner

Das nachfolgende Projekt, der Science-Fiction-Film „Frau im Mond“ – einer der letzten deutschen Stummfilme – war 1929 ein kommerzieller Erfolg, auch wenn seine Bedeutung bereits von der Einführung des Tonfilms überschattet wurde.

In seinem ersten Tonfilm „M – Eine Stadt sucht einen Mörder“ (1931) verknüpfte Lang sozialrealistisches Proletarierdrama, Krimi, Satire und absurdes Gerichtsdrama. Gegen einen naturalistischen Einsatz des Tons setzte er auf eine akustische Dramaturgie: Das leitmotivische Pfeifen aus Griegs „In der Halle des Bergkönigs“ kündigt jeweils eine neue Bedrohung an.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme pendelte Lang einige Monate zwischen Berlin, London und Paris. Dort traf er auf Erich Pommer und realisierte 1934 „Liliom“. Noch im selben Jahr übersiedelte er in die Vereinigten Staaten. Seine Ehe mit Thea von Harbou war bereits im April 1933 geschieden worden.

In Hollywood setzte Lang seine Karriere fort, aber er konnte an die großen Erfolge des deutschen Kinos nicht anknüpfen. In „Blinde Wut“ („Fury“) mit Spencer Tracy zeigt Lang, ähnlich wie in „M“, die innere Lage eines vom Mob Gejagten. In den 1940er-Jahren drehte er außerdem mehrere Anti-Nazi-Filme.

1956 kehrte Fritz Lang nach Europa zurück und inszenierte für Artur „Atze“ Brauner seine letzten Werke. Auf den Zweiteiler „Der Tiger von Eschnapur“ / „Das indische Grabmal“ (1959) folgte „Die 1000 Augen des Dr. Mabuse“ (1960), ein Sittenbild der frühen Bundesrepublik. Die drei Brauner-Filme waren vor allem kommerziell erfolgreich.

Lang ging aber erneut in die USA. Am 2. August 1976 starb er in Beverly Hills und wurde im Forest Lawn Memorial Park in Hollywood beigesetzt.

Im Herzen brennt der Dornbusch

Was ist religiöse Erfahrung? Dieser Frage wandte sich der russische Philosoph Iwan Iljin in seinem Hauptwerk zu, das nun erstmals in deutscher Übersetzung vorliegt. Es ist auch ein Appell gegen die religiöse Trägheit VON CORNELIA DELKESKAMP-HAYES



Mikhail Nesterovs Porträt des Philosophen Iwan Iljin (entstanden 1921–1922) trägt den Titel „Denker". *Foto: Gemeinfrei/Wikimedia Commons*

Obwohl Religionsphilosophie nicht zum orthodoxen Standardrepertoire gehört, vertritt der russische Philosoph Iwan Iljin (1883–1954) in seinem Hauptwerk „Philosophie der Religion" von 1953 doch eine erkennbar orthodoxe Position: Sein Glaube dient als Schlüssel zum Verständnis aller anderen Religionen und bildet den Maßstab für deren je besondere „geistige Qualität". Diese Tatsache bleibt allerdings weitgehend im Hintergrund. Iljin hat die „geistlich hochstehenden" Religionen und religiös verankerten Philosophien gründlich studiert. Dabei tritt vieles zutage – etwa die Demut gegenüber dem als unbegreifbar gewussten Göttlichen oder auch die Bereitschaft, für den Glauben zu sterben –, was manch Orthodoxer unbesonnen als Distinktionsmerkmal des eigenen Glaubens beansprucht. Iljin erkennt also auch in anderen Religionen eine, wenn auch unvollkommen wahrgenommene, Wirkung göttlicher Gnade. Er folgt dem paulinischen Wort vom Gesetz, das nicht allein dem auserwählten Volk auf Tafeln, sondern bereits vor Christi Menschwerdung allen Menschen ins Herz geschrieben wurde. Auch der nichtorthodoxe Leser kann sich somit verstanden und wertgeschätzt fühlen. Ermutigt, Iljins umfassenden und tiefgreifenden Analysen „religiöser Akte" und „Erfahrungen" zu folgen, wird er viel unmittelbar Einleuchtendes und Erleuchtendes mitnehmen.

Das anfängliche Misstrauen gegenüber einem Zugang, der die je eigenen Wert- und Wahrheitsansprüche einem gedanklich weltumspannenden Ökumenismus ausliefert, schwindet überall dort, wo die intendierten Inhalte ein Engagement für Wahrheit im unbedingten, exklusiven Sinn durchscheinen lassen. Die Treue und Hingabe, die Iljin für geistiges Leben als unverzichtbar erklärt, bleibt für ihn nicht auf bloß vermeinte Geltungen beschränkt; sie wird, je weiter man ihm folgt, als seine eigene Treue gegenüber und Hingabe an den Glauben der orthodoxen Kirche erkennbar.

Allerdings hat das Vorgehen Iljins seinen Preis. Dieser besteht in Redeweisen, die zwar religionswissenschaftlich üblich, gerade aus orthodoxer Sicht aber theologisch problematisch sind. So verwendet Iljin den Begriff der Gegenständlichkeit, wenn es um den Inhalt des religiösen Aktes geht: Damit suggeriert er, Gott könne in einem Sinne zum „Gegenstand" religiöser Erkenntnis gemacht werden, der doch allein für innerweltliche Subjekt-Objekt-Beziehungen angebracht ist. Die Verwandtschaft von Theologie und Philosophie besteht in der herzensbezogenen Liebe zur Weisheit, aber nicht im kognitiven Zugriff.

Auch verzichtet Iljin in seinem Bemühen, die „Geistigkeit" religiöser Erfahrung zu verstehen, weitestgehend auf die begriffliche Unterscheidung zwischen „Logos" und „Nous". Obwohl er die Herkunft der menschlichen Gotteserkenntnis aus der göttlichen Selbstoffenbarung korrekt beschreibt, vermeidet er die traditionelle Terminologie. Dabei ist der ins Deutsche nur ungenügend übersetzbare griechische Ausdruck „Nous" unverzichtbar, um die Fähigkeit der menschlichen Seele hervorzuheben, sich empfangend den göttlich initiierten Kontaktaufnahmen zu öffnen. Iljins Zurückweisung der Erfahrung des heiligen Justin von Celije – „Christus Selbst betet in meinem Herzen" – als „Sentimentalismus" unterläuft die Erfahrung des Apostels Paulus (Gal 2,20): „Nicht mehr ich lebe, sondern Christus lebt in mir."

Schließlich noch richtet sich Iljins korrekte Betonung der Subjektivität des religiösen Aktes sowohl gegen jede äußere Einschränkung religiöser Freiheit als auch gegen jeden die religiöse Eigenverantwortung negierenden „Kadavergehorsam". Dabei setzt er der kritisierten religiösen Heteronomie jedoch nicht die paradiesische Theonomie entgegen, sondern bejaht eine überdies „individuell" durchgesetzte „Autonomie". Dies vernachlässigt, dass Autonomie traditionell mit dem Sündenfall verknüpft wird und dass ein „individuelles" Selbstverständnis mit der durch die Unterwerfung unter den Tod bedingten Zerstörung menschlicher Einheit zusammengeht. Dass der Mensch „personal", das heißt als Beziehungswesen, geschaffen wurde, gerät dabei ebenso aus dem Blick wie seine Berufung, durch den Heiligen Geist die Einheit des „ganzen Adam" wiederzugewinnen.

Jeder Glaube prägt seine eigene Sprache. Ein Zugang wie der Iljins, der philosophisch neutral bleiben möchte, muss diese Prägung ausklammern. Das ist gerade im Hinblick auf Vergegenständlichung und den fehlenden „Nous" insofern bedauerlich, als genau hier eine theologische Wegscheide zwischen dem westlichen und dem östlichen Christentum verläuft. In der Orthodoxie ist das Zentrum der Theologie das Kloster als Ort asketischen Mühens um die Gnade göttlicher Erleuchtung. Im katholischen Westen hingegen wurden Universitäten zu den Orten der Theologie, an denen eine am augustinischen Neuplatonismus und am aristotelischen Rationalismus geschulte Akademisierung vorangetrieben wurde.

Iljin ist aber nicht nur Religionsphilosoph, sondern auch orthodoxer Erzieher, also Mut- und Beine-Macher. Konfrontiert mit der kommunistischen und nationalsozialistischen Gottlosigkeit und Religionsfeindschaft seiner Zeit versuchte er zu retten, was zu retten war. Er sah die eigene Glaubensnachlässigkeit und -gleichgültigkeit als Ursache für die Wehrlosigkeit der Gläubigen gegen politische Angriffe und für ihr Versuchtwerden, als Komplizen an jenem Zerstörungswerk mitzuwirken. Er erinnert daran, dass, wie der leibliche Muskel bei Nichtgebrauch schwindet, so auch die Fähigkeit zu religiöser Erfahrung der beständigen Übung und kultivierenden Pflege bedarf. Indem er als Wurzel dieser Fähigkeit ein im menschlichen Gewissen und seiner Unterscheidung von Gut und Böse verankertes Sehnen nach Vollkommenheit ansetzt, kann er weite Bereiche des weltbezogenen Lebens als Vorbereitung für das Hineinwachsen in hochgeistigere Formen jenes Sehnens erweisen: so etwa Kunst, Rechtsbewusstsein, Patriotismus, Dienstbereitschaft und Moral.

Seine Ermahnungen gestalten sich als Einladungen, als Appelle an das bessere Selbst seiner Leser. Unablässig betont Iljin die Notwendigkeit ununterbrochener geistiger Wachheit und Bereitschaft zur Anstrengung gegen die durch Lebensverhältnisse und Interessen geförderte seelische Trägheit und Vergesslichkeit. Mit der Verantwortung, die jeder Gläubige für die Bewahrung der ihm zuteil gewordenen Gnade trägt, nimmt er seine Leser in die Pflicht. Seine Analyse religiöser Axiome gerät so zum Weckruf. Darin folgt er dem heiligen Johannes Chrysostomos, der schon den Sündenfall im Paradies auf das unmerkliche Hineinschludern in die versäumte Liebesantwort gegenüber dem liebenden Schöpfer, und somit auf trägen Nichtgebrauch der geschenkten Freiheit, zurückführt. Iljins Sinnbild für ein vorbildliches menschliches und das heißt: religiöses Leben ist darum auch der im Herzen brennende Dornbusch, den es schon in Kindern zu entzünden und in den Erwachsenen zu hüten gilt.

Iwan Iljin: Philosophie der Religion. Die Axiome der religiösen Erfahrung, hrsg. v. Adorján Kovács, übers. v. Sascha Rudenko, Wachtendonk: Edition Hagia Sophia/ Philosophia Eurasia, 2025, 784 Seiten, gebunden, EUR 40,–

Die Rezensentin, Jahrgang 1946, ist orthodoxe Christin und Philosophin.

Anzeige



WOHNGELDREFORM Kürzungen würden Familien mit Kindern am meisten treffen *S. 27*



Illustration: KI-generiert, Hintergrund: Adobe Stock

„Ich war nur eine gesunde Gebärmutter“

Warum sich die erste Leihmutter der Welt von einer überzeugten Befürworterin zu einer noch entschiedeneren Gegnerin wandelte

VON STEFAN REHDER

Eigentlich wäre es ganz einfach. Leihmutterschaft ist Menschenhandel. Der Handel mit Menschen ist immer und überall falsch. Mehr noch: Er ist ein Verbrechen. Etwas, das ein Verbrechen darstellt, gehört verboten, jede Übertretung des Verbots sanktioniert. Immer und überall. Ausnahmslos. Punkt. Ende.

Nur so einfach ist es leider nicht. Die Wirklichkeit ist komplizierter. Sogar viel komplizierter. In ihr werden Leihmutterschaft sowie die Reproduktionsmedizin hemmungslos romantisiert. Die Hochglanzbroschüren der Babyfabriken und der Agenturen, die Leihmutterschafts-Arrangements offerieren, fluten die Hirne potenzieller Kunden mit Bildern kerngesunder und vor Glück strotzender Familien. Bilder, auf denen Bestelleltern und Kinder um die Wette strahlen und von der Qual zu erlösen versprechen, die Kinderlosigkeit für manche auch bedeuten kann.

Die Frau, die all das ins Rollen gebracht hat, dachte anfangs ganz ähnlich. Als Elizabeth Kane, wie sich die erste Leihmutter der Welt zum Schutz der wahren Identität ihrer Familie nannte, im Jahre 1979 bei einer Klinik in Louisville, Kentucky, meldete, da wollte die damals 37-jährige Mutter von drei Kindern lediglich einem unfruchtbaren Paar zu einem Kind verhelfen. Wie Kane in ihrer zehn Jahre später erschienenen Autobiografie „Birth Mother – The Story of America’s First Legal Surrogate Mother“ schreibt, war ihr der Altruismus praktisch in die Wiege gelegt worden. Als zweitälteste von vier Geschwistern wuchs sie in einem streng lutherischen Mittelklasse-Haushalt im Mittleren Westen auf. Ihre Eltern hätten sie und ihre Geschwister dazu erzogen, „zu geben und mit anderen zu teilen, auch wenn das persönliche Opfer“ erfordere.

Nach dem Verlassen der Schule absolviert Kane eine Ausbildung zur Arzthelferin und „begann das Gefühl zu verinnerlichen, dass Ärzte“ gewissermaßen Halbgötter und „allen anderen überlegen“ seien. Wenn sie ihrem Chef Nachrichten überbringen muss, schleicht sie sich auf Zehenspitzen in sein Büro und entschuldigt sich anschließend für die „Störung“. Sie leistet „bereitwillig unbezahlte Überstunden“ und betrachtete die Ärzte, mit denen sie zusammenarbeitet, „als säßen sie zur Rechten Gottes“.

Der Reproduktionsmediziner Richard Levin, dessen Klinik in Louisville eine Leihmutter suchte, hatte also leichtes Spiel. Wie Kane schreibt, hätte ihr „Babyvermittler“, sie „bitten können, über glühende Kohlen zu laufen, und ich hätte mich bereitwillig dazu bereit erklärt. Leider wusste er das bereits 15 Minuten, nachdem ich sein Büro für die ersten Gespräche betreten hatte.“

Sechs Wochen später war sie mit ihrem Mann erneut in Louisville, um sich medizinischen und psychologischen Untersuchungen zu unterziehen. „Niemand sprach darüber, was ich meinen drei Kindern sagen sollte oder wie sie sich fühlen würden, wenn sie sich am Ende von ihrem Bruder trennen müssten. (...) Ihre Hauptsorge schien meine Fähigkeit zu sein, meine elterlichen Rechte aufzugeben. Ich weiß heute, dass sie mich lediglich als Fortpflanzungsinstrument betrachteten, einschließlich der 23-jährigen Anwältin (...). Jedes Mal, wenn ich eine Frage stellte oder darauf bestand, das Vertragspaar kennenzulernen, drohte sie mir ununterbrochen mit ‚Vertragsbruch‘. Ich war nur eine gesunde Gebärmutter ohne Verstand und ohne Herz.“

Die totale Instrumentalisierung

Es dauert einige Monate, bis Kane klar wird, „dass das auftraggebende Paar und Dr. Levin“ sie „vom Hals abwärts in ihrer Gewalt hatten. Mir wurde gesagt, ich dürfe zum Abendessen kein Glas Wein trinken, ich dürfe nicht rauchen und nicht einmal ein Aspirin gegen Kopfschmerzen einnehmen – ohne die schriftliche Zustimmung von Dr. Levin, der 350 Meilen entfernt wohnte.“ Sie unterzieht sich „zahlreichen Blutuntersuchungen, Ultraschalluntersuchungen und einer Fruchtwasseruntersuchung, um dem Paar ein makelloses Kind zu garantieren.“

Levin tut aber noch mehr. Er vermarktet die erste Leihmutterschaft der Welt auch medial. „Auf Wunsch von Dr. Levin war ein männlicher Fotograf des People-Magazins während der gesamten Befruchtung anwesend; er versprach mir, dass die Bilder niemals veröffentlicht würden, sondern ausschließlich für Dr. Levins persönliches Fotoalbum bestimmt seien.“ Doch das war gelogen. Am 14. April 1980 publiziert das People-Magazin die Sensation in Wort und Bild. Darunter ein ganzseitiges Foto von Kane, auf dem sie mit gespreizten Beinen zu sehen ist und der Krankenschwester, die die Insemination durchführte, die Hand schüttelt.

Zwei Wochen später tritt Kane mit Levin in der „Phil-Donahue-Show“ im US-Fernsehen auf. „Ich strahlte vor warmherzigen Gefühlen für das werdende Paar und das gesamte Konzept der Leihmutterschaft. Ich war völlig unfähig, mich zu wehren oder gar Dr. Levins zunehmende Kontrolle über mich zu erkennen. (...) Er prüfte alle Anfragen von Medienvertretern und rief mich an, um mir mitzuteilen, wo ich auftreten sollte. Damals ahnte ich noch nicht, dass das Fototagebuch, das er über die Schwangerschaft führte, und die Videokamera, die er im Kreißsaal aufgestellt hatte, von seinem Agenten an Medien weltweit verkauft werden würden. Ich hatte keine Ahnung, dass bei meinem nächsten Auftritt in der Phil-Donahue-Show, nur wenige Wochen nach der Geburt, ein Video gezeigt werden würde und ich gezwungen sein würde, auf der Bühne zu sitzen und mir selbst bei der Geburt zuzusehen.“ Damit nicht genug: Bei der Geburt wimmelte es im Kreißsaal geradezu vor „Gästen“, die Levin eingeladen hatte, um dem „historischen Ereignis“ beizuwohnen, darunter „seine Frau, seine Sekretärin und sein Cousin“.

Aber schlimmer als die vielen Demütigungen war für Kane die Trennung von ihrem Sohn: „Ich hatte mir eingeredet, dass eine hingekritzelte Unterschrift auf einem Vertrag garantieren würde, dass ich mein Kind niemals lieben würde. Während der gesamten Schwangerschaft sagte ich mir täglich, dass dieses Kind nicht mein eigenes sei – Worte, die mein Babyvermittler häufig wiederholte. Die Tatsache, dass dieses Paar bereits einen adoptierten Sohn hatte und nicht kinderlos war, störte mich nicht, bis ich herausfand, dass es der Samenspender war, der davon besessen war, ein leibliches Kind zu haben.

Seine Frau war mit dem Sohn zufrieden, den sie gemeinsam adoptiert hatten. Es tat mir weh für sie, als sie mir erzählte, wie leer sie sich fühlte, weil sie wusste, dass ihr Mann eine Leihmutter engagieren musste, um seine Fruchtbarkeit zu beweisen. Er hatte ein Kind gewonnen, das zuvor nur in seiner Vorstellung gelebt hatte, und ich hatte einen Sohn verloren, der achteinhalb Monate lang Teil meines Lebens gewesen war. Doch selbst nach der Entbindung konnte ich meine Trauer darüber, meinen Sohn an eine völlig Fremde abgeben zu müssen, nicht zugeben.“

Nach der Geburt schickt Levin Kane weiter quer durch das Land, um „über die Vorzüge des Daseins als Leihmutter zu sprechen“. Doch Kane steht das nicht lange durch. „Sieben Monate später war es mir unmöglich, mich noch einmal vor eine Fernsehkamera oder einem Zeitungsreporter zu stellen. Ich sagte ihm, dass ich nicht länger zur Verfügung stehen würde, um für sein Geschäft zu werben. Gleichzeitig erhielt ich Fotos von einem wunderschönen Säugling mit braunen Augen und pausbäckigen Wangen. Er sah nicht mehr ganz so aus wie sein Vater, wie es zum Zeitpunkt der Geburt der Fall gewesen war. Stattdessen war die obere Hälfte seines Gesichts identisch mit meiner. Erst da wurde mir bewusst, dass er auch mein Sohn war. Er würde meine Gene von einer Generation zur nächsten weitergeben. Und ich hatte das Recht, ihn wiederzusehen, gegen 11 500 Dollar eingetauscht.“

Erst Verzweiflung, dann Wende

Kane, deren Familie inzwischen in Trümmern liegt, versinkt in einer tiefen Depression. „Ich begann, Selbstmord als einzigen Ausweg in Betracht zu ziehen, um meine Familie von der Schande zu befreien, die sie während meiner Schwangerschaft erlitten hatte. Die emotionalen Narben, die wir alle davongetragen hatten, waren offensichtlich und sind es bis heute noch. Aber ich hatte das Gefühl, dass sie ohne mich in eine andere Kleinstadt ziehen und von vorne anfangen könnten. Niemand müsste jemals erfahren, dass sie mit Elizabeth Kane verwandt waren.“

Glücklicherweise kommt es dazu aber nicht. Kane findet Wege aus der Verzweiflung. „Als mein Sohn zwei Jahre alt war, beschloss ich, Gott für die drei Kinder zu danken, die ich zu Hause hatte, anstatt um den Sohn zu trauern, den ich nie sehen würde. Ich zwang mich dazu, mich aktiv am Gemeinschaftsleben zu beteiligen, Aerobic-Kurse zu besuchen, um meine Figur zurückzugewinnen, und Karate- sowie Fallschirmsprungkurse zu belegen, um mein Selbstwertgefühl wiederzuerlangen. Ich kehrte zu den Abendkursen an der Universität zurück, um mir durch die Einser, die ich erzielte, zu beweisen, dass ich doch nicht dumm war.“

Am Ende findet sie auch eine neue Aufgabe. Von einer überzeugten Anhängerin der Leihmutterschaft wandelt Kane sich zu einer noch entschiedeneren Gegnerin. Als 1985 das erste von einer Leihmutter in Großbritannien geborene Baby zur Welt kommt, fliegt sie nach England, um sich dort gegen die „reproduktive Prostitution“ auszusprechen. Später schließt sie sich der von Jeremy Rifkin und Mary Beth Whitehead 1987 in Washington gegründeten National Coalition Against Surrogacy (NCAS) an, die sich für ein Verbot von Leihmutterschaftsverträgen in den USA einsetzt.

„Hier rechnen wir mit Gott!“

250 Familien erlebten in Kremsmünster eine Woche in besonderer Atmosphäre: Gemeinschaft, Gebet, Fußball – und in den Vorträgen erhielten in diesem Jahr besonders die Väter wichtige Impulse

VON MAXIMILIAN PRÜLLER



Im Fackelschein kehren die Paare nach der Erneuerung ihres Eheversprechens in der Stiftskirche zum Veranstaltungsgelände zurück, um den Abend festlich ausklingen zu lassen. Die Eheerneuerung stellt den Höhepunkt der ganzen Woche dar.

Fotos: Jungfamilientreffen/Franz Schöffmann/Martin Schaumberger

„Hier rechnen wir mit Gott.“ Diesen Satz spricht Don Xandro Pachta bei der ersten Predigt des Jungfamilientreffens 2026 ganz nebenbei aus. Aber wo mit Gott gerechnet wird, dort geschehen erstaunliche Dinge. Wie im oberösterreichischen Benediktinerstift Kremsmünster, wo sich 250 Familien – rund 1500 Menschen – treffen und eine Woche lang erfahren, was es heißen kann, gemeinsam Volk Gottes zu sein: Bei der Essensausgabe kommt man mit jedem sofort ins Gespräch. Familienväter melden sich freiwillig für stundenlangen Abwasch. Das Anbetungszelt ist nie leer. Die Jugendlichen spielen mit den Priestern Fußball. Man sieht, wie viele Kinder mit Trisomie 21 es eigentlich gibt und wie viel sie leisten können, ob beim Zeltaufbau oder bei der Kinderbetreuung: Nicht nur einer müden Mutter wird das Baby für eine halbe Stunde „entrissen“.

Und wo man mit Gott rechnet, dort schreckt man auch vor Herausforderungen nicht zurück. So bitten die Veranstalter gerade die Väter, bei den Vorträgen genau zuzuhören, denn sie hätten verspürt, dass speziell für sie hier viel dabei sei. Das erstaunt: Die Vorträge von Pater Johannes Lechner aus der Johannesgemeinschaft tragen doch allesamt Titel aus dem Magnificat. Verbergen sich hier im Lobgesang Mariens die Wegweiser zum wahren Leben, die die Männer heute überall suchen?

Was ist das Große in unserem eigenen Leben?

Aber die hohe Kunst des Katholischen ist es ja immer, bei aller Betonung einer Seite die Gegenseite mit im Blick zu behalten. Diese Kunst wird hier fleißig ausgeübt: Abt Bernhard preist in einem Zelt voller Kinder den unschätzbaren Wert der Alten. Die Lobpreisband singt auf Latein. Mitten im schönsten Sommer wird der Tod zum Thema – im Vortrag, im Interview mit Zwölffachmutter Maria Büchsenmeister, im Theater der Jugendlichen zu Leben und Sterben der Heiligen Cäcilia.

So kommen auch die Väter nicht zu kurz. Als Maria Büchsenmeister im Interview übers Muttersein die Bedeutung ihres Mannes für ihre Familie beschreibt, kommt es zu spontanem Applaus. Und in Pater Johannes’ erstem Vortrag, „Großes hat der Herr an mir getan“, geht es ganz darum, was das Große in unserem eigenen Leben ist. Sofort ist klar: Wer auf frömmelndes Gesäusel mit schiefgelegtem Kopf gehofft hat, wird hier herb enttäuscht. Er spricht das an, was er die Transzendenzsehnsucht nennt: der Drang, hinauszugehen, zu erforschen, zu tun, was noch nie einer getan hat. Da spitzen sich die Männerohren: Der Pater verurteilt diesen Drang nicht. Wo dieses Feuer erloschen ist, suhlt sich der „Transzendenzmuffel“ in Oberflächlichkeit und unmittelbarem Nutzdenken. Aber es muss aufs richtige Ziel gelenkt werden. Wo wartet heute noch das große Abenteuer?

Pater Johannes antwortet mit einem Kierkegaard-Zitat. Die eng gestraffte Form davon lautet: Wenn du nicht die Gelegenheit für große Entdeckungen hast, dann heirate! Und wenn du doch die Gelegenheit für große Entdeckungen hast, dann heirate auch! Denn „die Ehe ist und bleibt die wichtigste Entdeckungsreise, die ein Mensch unternehmen kann.“

Väter können sich also durchaus mitnehmen: Wenn sie mehr von ihrer Entdeckerlust auf die ihnen anvertrauten Menschen wenden als auf Transfermarkt und Weltpolitik, dann werden auch sie Grund haben, auszurufen: „Großes hat der Herr an mir getan!“ Genau diese Dankbarkeit leuchtet auch aus den Augen der Paare nach dem eigentlichen Höhepunkt des Treffens, der Eheerneuerung vor dem ausgesetzten Herrn.

Aber so direkt wie hier auf dem Papier kommt Pater Johannes nicht von A nach B. Mit Bildung, Charme und Humor schafft er den Drahtseilakt, in einem durchmischten Publikum jeden anzusprechen. Auf dem Weg gibt es immer wieder Wortperlen und knackige Nebenbemerkungen, wie: „Heiraten ist ein bisschen so, als würde man zu zweit und mit einem Ruderboot den Pazifik überqueren.“ Besonders nachdenklich stimmt seine tiefgründige Betrachtung der Frage „Wie zeigt Gott seine Größe?“: Der Herr gibt uns die Antwort in seiner Menschwerdung bei Maria. Die wahre Größe hat es nicht nötig, groß zu erscheinen, sondern liebt es, sich zum Schwachen herabzuneigen. Vielleicht, denkt man sich da, muss man Vater sein, um so richtig zu verstehen, wie viel Glanz und Kraft so einen Moment des Herabneigens umstrahlen. Es hilft wohl, wenn man am selben Tag schon in der Messe ein müdes Kind an die Schulter gehoben hat. Aber vielleicht reicht es auch, selbst Kind gewesen zu sein.



Während einer Bittprozession konnten die Familien ihre Anliegen und Sorgen der Muttergottes bringen.

Liebevoller und zugleich realistischer Blick

Im Vortrag „Er hat auf meine Niedrigkeit geschaut“ geht es um den liebevollen Blick Gottes, der es erst möglich macht, uns selbst liebevoll und realistisch zugleich zu betrachten, ganz so wie Maria ihre Niedrigkeit besingt und dann ausruft: „Von nun an preisen mich selig alle Geschlechter!“ Auch wir seien dazu berufen, in der „behüteten Verwundbarkeit“ im Blick Gottes zu reifen und unsere Innerlichkeit zu pflegen. So gibt der Pater den Zuhörern zwei konkrete Übungen mit: den bewussten Umgang mit ihren Emotionen – innehalten, aus gesunder Distanz das legitime Bedürfnis dahinter finden – und das gesunde Selbstwertgefühl: Wer mit dem kostbaren Blut Christi losgekauft ist, der darf sich selbst nicht abwerten. Und wer sich selbst für wertlos hält, ist auch unfähig zur echten Selbsthingabe.

Worum es im letzten Vortrag von Pater Johannes – „Er denkt an sein Erbarmen“ – hätte gehen sollen, werden die Besucher des Jungfamilientreffens wohl nie erfahren. Pater Johannes waren die einleitenden Worte so wichtig, dass sie die ganze Redezeit letztlich ausfüllten. Beispielsweise das Bild des Bogenschützen in seinem ständigen Ausbalancieren und neuen Ausrichten auf sein Ziel: So sei auch das Tugendleben, in dem sich der Mensch ständig korrigieren und sich neu auf Christus ausrichten müsse.

Genau das soll die Mission dieser Woche in Kremsmünster sein: das Stärken der Familien und die Ausrichtung auf Christus, von der sie das ganze Jahr zehren können. Wer es selbst erleben will, auf den wartet das Jungfamilientreffen 2027 mit Familienbischof Stephan Turnovszky und Bischof Erik Varden von Trondheim.

Der Autor arbeitet im Schulamt der Diözese St. Pölten. Er ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.

KINDER, KÜCHE, KIRCHE

Ab in die Ferien!



Nicht die perfekte Planung macht den Familienurlaub unvergesslich, sondern die gemeinsamen Erlebnisse – auch wenn manches anders kommt als gedacht

VON MARIA FUCHS

Wenige Stunden, nachdem ich diese Zeile abgebe, werden wir auf dem Weg in den lang ersehnten Urlaub sein. Mit Kindern habe ich längst gelernt: Der schönste Urlaub ist selten der, den man perfekt geplant hat. Oft sind es gerade die ungeplanten Momente, über die wir Jahre später noch sprechen.

Wie jedes Jahr verbinden wir auch heuer unseren Sommerurlaub mit der Zeit in meiner Heimat, der Slowakei, und die Kinder freuen sich schon auf ihre Verwandtschaft. Jedes Jahr steht bei uns also der halbe Urlaubsplan bereits fest. Die andere Hälfte entwickelt sich dann von allein.

In den ersten Jahren mit Kindern hatten wir kein Auto, was etwas ungewöhnlich war, jedoch kein Hindernis für einen Urlaub darstellte. Unser Mittlerer war kaum ein Jahr alt und der Ältere knapp drei, als ich mit beiden allein mit der Bahn aus der Slowakei nach Berlin unterwegs war. Zwei Umstiege und die Ganztagesreise schreckten mich nicht ab. Die Fahrt verlief überraschend entspannt, weil sich in unserem Abteil mehrere ältere Damen abwechselten, die neugierig waren zu erfahren, wohin wir unterwegs waren. Jede von ihnen fühlte sich verpflichtet, mir zu helfen und die Kinder abzulenken. Unser zweiter Zug hatte Verspätung, also mussten wir über zwei Stunden in Prag warten. Das Matchbox-Auto, das ich damals am Hauptbahnhof für meinen Sohn kaufte, haben wir bis heute.

Irgendwann haben wir uns dann doch ein Auto angeschafft. Geplant war eine Reise in eine entlegene ruthenische Gegend ganz im Osten der Slowakei. Urige Wälder voll von Pilzen, weiße und sogar schwarze Störche auf den Wiesen und alle paar Kilometer griechisch-katholische und orthodoxe Holzkirchen. Eine Idylle wie gemalt, zumindest in meiner Vorstellung. Was sollte uns da fehlen? Auch kulinarisch schien der Urlaub vielversprechend. Unser damals dreijähriger Tobias stopfte sich mit Piroggen so voll, dass ich wenige Stunden später dachte, dies sei der Grund für seine Bauchschmerzen. Nachdem die Übelkeit auch den großen Bruder und einen Tag später meinen Mann erwischte, war uns jedoch klar, dass wir die Urlaubstage mit Magen-Darm-Infekt verbringen würden. Noch nie freute ich mich während eines Urlaubs so sehr darauf, endlich wieder nach Hause zu fahren. Die einzige Person, die vor dem Infekt überraschend verschont blieb, war ich. Ich ahnte jedoch etwas anderes: Meine Vermutung, dass ich schwanger sein könnte, hat sich ausgerechnet in diesem „verdorbenen“ Urlaub bestätigt.

Drei Jahre später kamen wir wieder in diese ruthenische Region. In dem kleinen Dorf genossen unsere Großstadtkinder nichts mehr als den Bach, an dem sie ihre Dämme bauten. Unser Ältester erinnert sich bis heute an die Sternebeobachtung mit den Astronomen, denen er mit Begeisterung zuhörte.

Vor zwei Jahren kamen wir auf die Idee, aus der Ostslowakei nach Rumänien zu fahren. Die Unterkunft war ein Glückstreffer; die Gastfreundschaft der rumänischen Familie, bei der wir wohnten, einmalig. Das üppige Frühstück der Gastgeberin reichte bis zum Abendessen. Schinken und Speck kamen aus eigener „Produktion“: Im Garten war ein Koben mit zwei riesigen Hausschweinen. Eine Urlaubsattraktion, die unsere Stadtkinder nie vergessen werden. Bei unseren Bergwanderungen erlebten wir, dass rumänische Omas für unsere Kinder Blaubeeren pflückten. Ob es vielleicht daran lag, dass unser Jüngster, der damals zwei Jahre alt war, ihr Herz eroberte?

Mit den Jahren habe ich gelernt: Das Ungeplante macht den Urlaub spannend. Und es ist okay, wenn Dinge im Urlaub auch mal schiefgehen. Unvergesslich bleiben uns das Spiel am Bach, die Hausschweine, die rumänischen Omas mit ihren Blaubeeren – und manchmal sogar ein Magen-Darm-Infekt. Was zählt, ist die gemeinsam verbrachte Zeit, an die wir uns immer erinnern werden.

Die Autorin hat Politikwissenschaften studiert, ist Mutter von drei kleinen Söhnen und lebt mit ihrer Familie in Berlin.



Aufgrund der von der Bundesregierung anvisierten Wohngeldreform könnten zukünftig sogar Plätze in der Schulkantine leerbleiben. Denn was viele nicht wissen: Wer den Wohngeldanspruch verliert, verliert automatisch auch den Zugang zu Schulessen, Schülerbeförderung, Klassenfahrten und Lernförderung. *Foto: Imago/SNA*

Und noch eine Reform gegen die Familien?

Beim Wohngeld will die Bundesregierung Milliarden sparen. Davon wären Familien besonders stark betroffen **VON JAKOB RANKE**

Der Bundestag urlaubt, Zeit für eine Nachlese in der Sommerpause: In der ganz großen Reformdiskussion der vergangenen Monate war der Punkt „Wohngeld“ bislang etwas untergegangen. Im familienpolitischen Fokus standen eher die (nun in der Krankenversicherung bereits reduzierte) beitragsfreie Mitversicherung oder die nach aktuellem Planungsstand zu reduzierende Bezugsdauer im Elterngeld. Das Wohngeld soll vor allem erwerbstätigen, aber einkommensschwachen Menschen helfen, die Miete zu bezahlen. Der deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband ist sich sicher: „Leistungskürzungen würden … in erster Linie Familien mit Kindern treffen.“ Soweit das Ergebnis einer neuen Analyse des Sozialverbandes, der darin Daten des Statistischen Bundesamtes ausgewertet hat, die in der amtlichen Wohngeldstatistik unterbelichtet bleiben.

Insgesamt leben der Verbandsanalyse zufolge 2,25 Millionen Menschen in Deutschland in Wohngeldhaushalten. 69,1 Prozent davon, also 1,55 Millionen Menschen, sind demnach Kinder und ihre Eltern, davon sind rund 840 000 Kinder unter 18 Jahren. Zum Vergleich: Elterngeld haben im Jahr 2025 1,61 Millionen Mütter und Väter bezogen. Die angedachten Reformen bei beiden Leistungen – Wohngeld und Elterngeld – betreffen also eine vergleichbare Größenordnung von Bürgern.

Der Staat gibt für das Wohngeld derzeit etwa fünf Milliarden Euro aus; durch die nun im Zuge des Reformpakets anvisierte Leistungskürzung soll es zu jährlichen Einsparungen von rund eineinhalb Milliarden Euro kommen. Dabei sollen alle Wohngeldempfänger weniger Geld erhalten. Außerdem soll eigenes Einkommen stärker als bisher angerechnet werden, sodass einige der einkommensstärkeren Wohngeldempfänger – sie dürften die größten Verlierer der Reform werden – gar kein Wohngeld mehr bekommen werden. Außer dem Wohngeld selbst ist ausweislich des Referentenentwurfs der Wohngeldreform auch der „Kinderzuschlag“ betroffen, auf den Familien mit geringem Einkommen Anspruch haben. Hier sieht der Gesetzentwurf jährliche Einsparungen von bis zu 65 Millionen Euro vor, die dadurch zustande kommen, dass Familien aus dem Wohngeld fallen.

Wohngeld und Kinderzuschlag

Wohngeld und Kinderzuschlag sind dabei Sozialleistungen, die vor dem letzten Sicherheitsnetz „Grundsicherung“ stehen. Wohngeld bekommen Mieter oder auch Wohneigentümer zur „wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnraums“, wie es im Gesetz selbst heißt, die sich dies sonst nicht leisten könnten. Die Berechnung per „Wohngeldformel“ ist nicht ganz einfach und bemisst sich nach der „zu berücksichtigenden“ Miete und der Zahl der Haushaltsmitglieder. Der Kinderzuschlag wiederum wird parallel für Kinder in Wohngeld-Familien gezahlt. Eine offizielle Beispielrechnung des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen von 2025 kommt für eine Familie mit zwei Kindern in München auf die folgenden Beträge: Der Ehemann ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt und verdient 2 490 Euro brutto, die Ehefrau in einem Minijob 556 Euro. Dann werden bei einer Bruttokaltmiete von 1 225 Euro monatlich 691 Euro Wohngeld fällig, zusätzlich zweimal 250 Euro Kindergeld (mittlerweile je 259 Euro). Darüber hinaus, so das Dokument, könne ein Anspruch auf Kinderzuschlag in Höhe von bis zu 292 Euro pro Kind bestehen. Die Beispielrechnung ist im Übrigen hoch veranschlagt: Der durchschnittliche Wohngeldhaushalt bekam 2024 laut Statistischem Bundesamt 287 Euro.

Beide Sozialleistungen, also Wohngeld und Kinderzuschlag, fallen weg, wenn das Haushaltseinkommen – bestehend zum Beispiel aus Erwerbsarbeit, Wohngeld, Kindergeld und Kinderzuschlag – unter das Existenzminimum fällt. Das bedeutet: Fällt etwa das Wohngeld geringer aus, dann wird es womöglich ganz gestrichen. Stattdessen kann dann Grundsicherung bezogen werden. Auch das könnte laut dem aktuellen Gesetzentwurf nicht selten die Folge der geplanten Kürzungen sein. Obwohl das Wohngeld, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband schreibt, „gerade dazu geschaffen wurde, den Bezug existenzsichernder Grundsicherungsleistungen zu verhindern“, dürften 163 000 Haushalte durch die Reform eine Ebene tiefer in die Grundsicherung fallen, die für die Betroffenen zum Beispiel mit einer deutlich weiter gehenden Bedürftigkeitsprüfung einhergeht und damit häufig als belastender erlebt wird. So wird etwa beim Wohngeld kein bestehendes Vermögen berücksichtigt, in der Grundsicherung jedoch sehr wohl.

Die Bundesregierung macht im Referentenentwurf des Bauministeriums als Begründung für die Reform schlicht die Priorität der Konsolidierung des Bundeshaushalts geltend. Bei den anvisierten Milliardeneinsparungen ist der absehbare Wechsel der besonders einkommensschwachen Wohngeldbezieher in die Grundsicherung schon mit einberechnet. Zusätzlich soll das Gesetz für eine Entlastung der Verwaltung sorgen. Für die Diskussion auch nicht unwichtig: „Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz wurde zum 1. Januar 2023 die Anzahl der Wohngeldhaushalte verdoppelt.“ Tatsächlich hat das 1965 eingeführte Wohngeld unter der Ägide der Ampelkoalition eine starke Ausweitung erfahren, unter anderem in Form eines Heizkostenzuschusses. Die offizielle Begründung damals: Das Ziel des angemessenen und familiengerechten Wohnens könne „vor dem Hintergrund der Erfordernisse zur umfassenden energetischen Sanierung des Gebäudebestandes und angesichts der stark steigenden Energiepreise“ nur durch eine „strukturelle Anpassung“ erreicht werden. Die Wohnkostenbelastung, so der Gesetzgeber 2022, sei „an den Einkommensgrenzen des Wohngeldes … aktuell erheblich und betrug im Jahre 2020 trotz Wohngeld in der Spitze über 50 Prozent des verfügbaren Einkommens.“

Während die aktuelle Bundesregierung mit Verweis auf Sparzwänge nun also argumentiert, ja nur zum Status von 2022 zurückkehren zu wollen, verweist der Paritätische Wohlfahrtsverband auf weiterhin hohe Wohnkosten. Die Bundesregierung begründet indessen etwa die in der Reform vorgesehene Halbierung der Heizkostenpauschale nicht näher. Das wäre auch politisch gewagt: Zwar sind die Heizkosten nach ihren Höchstständen infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine 2022 im Verlauf bis 2025 gesunken, die Mieten steigen aber weiter, und wie es angesichts des Irankriegs mit den Energiepreisen weitergeht, ist unklar. Mit anderen Worten: Das Problem von 2022, das die damalige Wohngeldausweitung adressierte, besteht tendenziell weiter.

Familien an der Belastungsgrenze

Gegenüber dieser Zeitung weist Laura Schlichting vom Verband kinderreicher Familien noch auf eine weitere Konsequenz der Wohngeldreform hin: Das Wohngeld, das gerade von Mehrkindfamilien häufig bezogen würde, sei „weit mehr“ als ein Mietzuschuss: „Es ist die Voraussetzung zu den Leistungen für Bildung und Teilhabe. Wer den Wohngeldanspruch verliert, verliert automatisch auch den Zugang zu Schulessen, Schülerbeförderung, Klassenfahrten und Lernförderung. Eine Kürzung von wenigen Euro im Monat kann so Leistungen im Wert von Hunderten Euro zum Einsturz bringen.“ Tatsächlich berechtigt der Wohngeldbezug direkt zum Bezug dieser Leistungen, die 2011 nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eingeführt wurden, um auch das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum der Kinder zu gewährleisten. Viele Familien, so Schlichting, die sich vor fünf, sechs Jahren noch aus eigener Kraft „irgendwie durchwirtschaften“ konnten, seien heute auf diese Leistungen angewiesen, denn die Kosten für Schulessen, Schülerbeförderung und Klassenfahrten seien exorbitant gestiegen. „Diese Familien leben permanent an der Belastungsgrenze.“

Alles zusammengenommen zieht die Verbandssprecherin ein eher düsteres Fazit: Die geplante Wohngeldkürzung wiege „besonders schwer“, weil sie nicht isoliert wirke, sondern zusammenfalle mit der Steuerreform, den Änderungen bei der beitragsfreien Mitversicherung und der angedachten Verkürzung der Elterngeldbezugsdauer. So ergebe sich eine „Mehrfachbelastung derselben Familien“: „Es hat den Anschein, als ob Demografie niemand im Blick hat.“

Auch der Familienbund der Katholiken äußert sich auf Anfrage bestürzt: „Die Kürzung sendet ein verheerendes Signal an Familien, die trotz Erwerbstätigkeit nur knapp oberhalb der Grundsicherungsschwelle leben“, meint Familienbund-Präsident Ulrich Hoffmann. Er lenkt den Blick auch in Richtung Arbeitsmarktpolitik: Eine Regierung, die Erwerbsarbeit belohnen wolle, müsse gerade diese einkommensschwachen Familien besonders berücksichtigen. „Es ist eine Fehlentwicklung, dass Erwerbstätigkeit im unteren Einkommensbereich häufig nur mithilfe ergänzender Sozialleistungen vor Armut schützt. Wohngeld und Kinderzuschlag haben deshalb eine zentrale Funktion: Sie tragen dazu bei, dass erwerbstätige Familien finanziell besser dastehen als im Grundsicherungsbezug. Wird dieser Abstand immer kleiner, werden zentrale Gerechtigkeitsmaßstäbe verletzt und das Vertrauen in den Sozialstaat geschwächt.“

Mit Kindern durch das Kirchenjahr

Der Sieg der Liebe über das Dunkle

Der Pfarrer von Ars wurde bereits zu Lebzeiten als Heiliger verehrt. Er hörte bis zu 18 Stunden am Tag die Beichte der vielen Menschen, die von weit weg zu ihm kamen. Doch das gefiel dem Feind gar nicht ...

VON MARTIN LINNER



Der heilige Pfarrer von Ars hatte eine ganz besondere Gabe von Gott geschenkt bekommen: Er konnte in die Herzen der Menschen sehen. Nicht, um sie zu verurteilen, sondern um ihnen zu zeigen, dass Gott sie kennt und sie trotz ihrer Fehler und Sünden liebt.
Foto: Wikimedia Commons/Richard Mayer



Den Leichnam des großen französischen Heiligen kann man heute in der Basilika in Ars verehren. Er ist unverwest – Gott hat ihn wohl bewahrt, um uns zu zeigen, dass das Leben stärker ist als der Tod.
Foto: Wikimedia Commons/Herwig Reidlinger

Die Hitze des französischen Sommers flimmerte über den Feldern, als der Wagen nach Ars-sur-Formans rollte. Einst ein völlig unbedeutendes Nest, ist Ars heute ein weltbekannter Wallfahrtsort. Maxi und Leni klebten an den Fenstern, während Cousin Simon auf dem Rücksitz demonstrativ in einem Buch über Quantenphysik las, das er noch nicht wirklich verstand.

„Opa, warum fahren wir hierher?“, fragte Maxi. „Das sieht doch aus wie ein ganz normales Städtchen.“

Opa lächelte. „Heute ja, Maxi. Aber als der Mann, den wir besuchen, hier ankam, war es das ärmste und gottverlassenste Dorf der Gegend. Wir besuchen Johannes Maria Vianney, den heiligen Pfarrer von Ars.“

Simon schaute über den Rand seines Buches. „Der Mann, der durch die Lateinprüfung gefallen ist?“, fragte er spöttisch. „Er war ein Bauernsohn, der kaum die Schule schaffte. Und manche behaupten, er habe die Welt verändert? Ist das nicht frommes Wunschdenken ohne wissenschaftliches Fundament?“

Oma drehte sich um. „Genau das ist das Rätsel, Simon. Er war kein Gelehrter, aber er hatte eine Weisheit, die man nicht in Büchern findet. Er verbrachte bis zu 18 Stunden am Tag im Beichtstuhl, weil Menschen aus ganz Europa zu ihm strömten. Sie wollten nur eines: dass er ihnen in die Seele schaut und den Frieden mit Gott schenkt.“

Der Kampf im Verborgenen

Bevor sie die große Basilika betraten, führte Opa sie zu einem kleinen, unscheinbaren Gebäude direkt daneben: dem alten Pfarrhaus. Dort trafen sie Monsieur Bernard, einen älteren Herrn mit wachen Augen, dessen Vorfahren noch vom heiligen Pfarrer persönlich gesegnet worden waren.

„Ihr sucht unseren kleinen Pfarrer?“, fragte er, als er Simons skeptisches Gesicht sah. Er führte sie in ein Zimmer, das so schlicht war, dass es fast wehtat – ein krasser Kontrast zur herrlichen Fassade der Basilika.

„Ich frage mich, wie er das geschafft hat“, sagte Simon direkt und deutete auf das karge Inventar. Monsieur Bernard nickte und zeigte auf ein altes, einfaches Bett. „Wisst ihr, der Pfarrer hatte einen mächtigen Feind. Er nannte ihn den ‚Grappin‘ – den Teufel. Nachts rüttelte der Böse an diesem Bett oder setzte es hier im Zimmer sogar in Brand, um ihn am Schlafen zu hindern. Dafür gab es Zeugen, die das sahen und hörten. Der Teufel wollte ihn vertreiben, weil der Pfarrer ihm die Seelen wegschnappte.“

„Das könnten auch Wahnvorstellungen durch Schlafmangel sein“, warf Simon ein.

„Vielleicht“, erwiderte Bernard ruhig. „Aber wie erklärst du das: Ein berühmter Professor aus Paris, nicht gläubig, kam hierher, um über den ‚dummen Bauernpfarrer‘ zu lachen. Er begegnete ihm, und danach weinte er und sagte: ‚Ich habe Gott in einem Menschen gesehen.‘“

Monsieur Bernard winkte sie zu sich. „Kommt, gehen wir hinüber. Das Pfarrhaus war sein Schlachtfeld, aber in der Kirche wartet der Sieg.“

Sie folgten ihm in die Basilika. Das Bauwerk ist eine Besonderheit: Die alte Dorfkirche wurde erhalten und direkt mit einem prächtigen Neubau verbunden. Bernard führte sie direkt zum Herzstück der Basilika. Dort, in einem gläsernen Schrein, ruhte der heilige Pfarrer.

Maxi und Leni traten ehrfürchtig näher. Simon blieb in sicherem Abstand stehen, die Arme verschränkt, doch seine Augen wurden groß. „Er sieht so ... echt aus“, flüsterte Leni. „Als würde er nur schlafen.“

„Sein Körper ist unverwest“, erklärte Monsieur Bernard leise. „Als man ihn Jahrzehnte nach seinem Tod aus dem Erdgrab nahm, stellte man fest, dass die Zeit ihm nichts anhaben konnte. Er war während seines ganzen Wirkens körperlich am Ende, er aß fast nichts und schlief kaum, er hat sich für die Menschen völlig aufgezehrt. Und doch scheint es, als hätte Gott dieses schwache Gefäß bewahrt, um uns zu zeigen, dass das Leben stärker ist als der Tod.“

Simon trat nun doch einen Schritt näher. Er suchte nach einer wissenschaftlichen Erklärung, doch das Bild des zerbrechlichen Mannes in dem Glasschrein brachte seine Argumente zum Schweigen.

Die Gabe der Herzensschau

Ein Stück weiter im alten Teil der Kirche blieben sie vor einem abgewetzten, hölzernen Beichtstuhl stehen.

„Hier geschah das tägliche Wunder“, sagte Bernard. „Unser heiliger Pfarrer hatte die Gabe der Herzensschau. Er nannte Menschen ihre Sünden, die sie längst vergessen hatten. Aber er tat das nie, um zu erschrecken, sondern um zu zeigen: Gott kennt dich und liebt dich trotzdem.“

Leni berührte das alte Holz. „Wurde er nie müde?“

„Er war oft am Ende seiner Kräfte“, sagte Bernard. „Aber er sagte immer: ‚Die größte Tragödie ist nicht das Leid, sondern dass der Mensch vergisst, wie sehr Gott ihn liebt.‘ Das wollte er den Menschen zeigen.“

In einer der hinteren Bänke saß ein Mann in einem teuren Anzug. Er hielt den Kopf in den Händen, seine Schultern zuckten. Später, als sie die Basilika verließen, begegneten sie ihm auf dem Kirchplatz. Opa reichte ihm ein Taschentuch.

„Vielen Dank“, sagte der Mann brüchig. Er hielt kurz inne, als wollte er noch etwas loswerden. „Ich bin Ingenieur. Ich glaubte nur an Fakten. Mein Leben war perfekt geplant, bis alles zerbrach. Ich dachte, ich sei ein Versager.“ Er blickte zur Basilika zurück. „Aber als ich eben dort vor dem Schrein dieses Mannes kniete, der so schwach aussah und doch eine solche Kraft ausstrahlte ... da habe ich zum ersten Mal gespürt, dass mein Wert nicht von meinem Erfolg abhängt. Dieser kleine Pfarrer hat mir gerade die Last von der Seele genommen.“

FÜR JUNGE LESER

Simon schwieg. Sein überhebliches Lächeln war verschwunden.

Auf dem Weg zum Auto ging Simon langsam. Er hatte sein Physikbuch verstaut. „Opa?“, fragte er. „Glaubst du wirklich, dass der Böse sein Bett angezündet hat?“

Opa legte Simon die Hand auf die Schulter. „Ja, das glaube ich. Die Menschen hatten das damals geprüft und keine andere Erklärung dafür. Aber wichtiger ist etwas anderes: Wenn jemand so viel Licht bringt wie Johannes Maria Vianney, versucht die Dunkelheit alles, um es auszulöschen. Er war ein einfacher Kanal für Gottes Barmherzigkeit.“

Maxi hüpfte über eine Pfütze. „Er war wie eine Taschenlampe für Gott!“

Oma lachte. „Genau, Maxi.“

Die Sonne ging golden über der Kuppel unter. Simon schaute lange zurück. Er hatte sich eine kleine Medaille gekauft. Auf der Rückseite stand: „Gott ist gut. Er liebt uns!“

„Weißt du“, sagte Simon leise zu Maxi, „vielleicht ist Intelligenz gar nicht das Wichtigste. Es ist wichtiger, ein Herz zu haben, das nicht aus Stein ist.“

Das Auto rollte in die Dämmerung. Simon dachte an den unverwesten Pfarrer und das brennende Bett. Er hatte verstanden: Wahre Größe misst man nicht in Mathekenntnissen, sondern in der Kraft, der Welt Gottes Liebe zu schenken.



Der Autor ist Mitglied der Ordensgemeinschaft der Servi Jesu et Mariae und ist als Seelsorger in der Familien- und Jugendarbeit tätig.
Foto: privat



BIBEL-QUIZ **Matthäus 14,13–21**

Wie viele Brote gibt es?

Wie viele volle Körbe bleiben übrig?

Hier scannen!

Hier findest du einen Impuls zum kommenden Sonntagsevangelium … und die Lösung zum Quiz!
www.die-tagespost.de/leben/familie/kinder-bibelschule

DER KAPITALISTISCHE SAMARITER

Der freie Sonntag

VON MATTHIAS BELAFI

Nachdem der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels Anfang Juli eine generelle Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen gefordert hat, aber in Politik und Gesellschaft auf wenig Zustimmung gestoßen ist, hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag noch einmal nachgelegt und eine Änderung des Grundgesetzes gefordert. Denn dort ist der Schutz des freien Sonntags verankert: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt." Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) begründet ihren Vorstoß damit, dass das Verbot der Sonntagsöffnung im digitalen Zeitalter zu Wettbewerbsverzerrungen führe. Der Einzelhandelsverband argumentiert, eine Sonntagsöffnung belebe die Innenstädte. Nun kann man dem zwar entgegenhalten, dass die Problematik verödender Innenstädte in Deutschland nicht mit einer Sonntagsöffnung gelöst werden kann. Zudem findet der Einzelhandel gar kein Personal, um länger öffnen zu können. Es geht aber letztlich um etwas Grundsätzlicheres.

> „Der Sinn des freien Sonntags ist vor allem, die Geschäftigkeit des Werktags zu unterbrechen."

Der Einzelhandel argumentiert, Einkaufen sei auch ein Freizeiterlebnis. In eine ähnliche Kerbe hat im vergangenen Jahr der bayerische Gesetzgeber geschlagen, der in seiner Gesetzesbegründung des neuen Bayerischen Ladenschlussgesetzes angeführt hat, eine Sonntagsöffnung reduziere durch die Möglichkeit, an einem zusätzlichen Tag einkaufen zu gehen, den Stress und befördere vielmehr Ruhe und Besinnung. Die seelische Erhebung soll nicht (mehr) als Begründung für den freien Sonntag herhalten, sondern für die Ladenöffnung an Sonntagen. Hier wird die Logik der Verfassung pervertiert und versucht, in ihr Gegenteil zu verdrehen.

Für DIHK-Präsident Peter Adrian ist die Grundgesetzregelung ein Relikt der Vergangenheit, der Begriff der seelischen Erhebung erscheint ihm nicht mehr zeitgemäß. Das mag sprachlich vielleicht stimmen, aber inhaltlich nicht: Seelische Erhebung meint bei Weitem nicht nur Gottesdienstbesuch. Der Sinn des freien Sonntags ist vor allem, die Geschäftigkeit des Werktags zu unterbrechen. Es geht also nicht nur um Arbeitsruhe, sondern darum, dass der Sonntag eine andere Logik in der Gesellschaft hochhält als die der wirtschaftlichen Betätigung. Deshalb kritisiert die Kirche auch die Öffnung personallos betriebener Einkaufsmärkte am Sonntag. Der Mensch und die Gesellschaft benötigen eine Unterbrechung. Dafür steht der Sonntag. Der Schutz des freien Sonntags ist deshalb nicht nur ein religiös begründetes, sondern ein sozialethisches Anliegen.

Die Forderung nach einer Abschaffung des Sonntagsschutzes passt konsequent in eine Zeit der immer weiter zunehmenden Beschleunigung aller Lebensbereiche. Gerade diese zunehmende Schnelllebigkeit und Hektik machen den Sonntag aber auch unverzichtbarer denn je. Der freie Sonntag ist ein wahrer Hort der Freiheit und der Menschlichkeit in einer durchgetakteten und durchökonomisierten Welt.



Der Autor ist Politikwissenschaftler und stellvertretender Vorsitzender von Ordo socialis. *Foto: Ralph Sondermann*



Rübermachen kann teuer werden: Unter bestimmten Voraussetzungen ist Wegzugsteuer fällig.

Die Steuer auf den Abschied

Unternehmer gehen ins Ausland, wenn sie ihren wirtschaftlichen Spielraum in Deutschland eingeschränkt sehen. Der Staat wehrt sich mit der Wegzugsbesteuerung. Doch Überzeugungsarbeit geht anders VON PATRICK PETERS

Der Unternehmer aus Süddeutschland hat mit dem heimischen Standort abgeschlossen. „Es macht mir keinen Spaß mehr, es gibt nur behördliche Auflagen von allen Seiten. Ich gehe ins Risiko und alle denken nur daran, vom Kuchen etwas zu bekommen. Das ist ein krasses Missverhältnis." Er plant größere Bauprojekte in der Elfenbeinküste und erwägt einen Umzug nach Malta. Von dort möchte er ein neues Unternehmen gründen und seine Geschäfte in Afrika steuern. „In Malta freuen die sich, wenn ich komme", sagt er. Sein Ärger gilt auch dem Umgang deutscher Institutionen mit Geschäften außerhalb der vertrauten Märkte. „Wenn ich deutsche Banken bezüglich Afrika anspreche, gehen nur rote Lampen an. Frage ich französische Banken, sind die sofort interessiert." Vor einem halben Jahr seien ihm zwei Minen angeboten worden. In Berlin und Brüssel habe er niemanden gefunden, der sich zuständig fühlte. „Wir mussten in China anrufen. Ein paar Tage später waren schon Investoren vor Ort."

Mit dem Umzug eines Unternehmers verlagert sich weit mehr als dessen private Steuerpflicht. Eine neue Gesellschaft in Malta vergibt ihre Aufträge von dort und entwickelt ihre Bankbeziehungen außerhalb Deutschlands. Künftige Gewinne werden überwiegend dort besteuert, wo das Unternehmen seine Tätigkeit ausübt. Für Deutschland geht ein Bürger, der Kapital einsetzt und für geschäftliche Entscheidungen persönlich einsteht – und er ist nicht allein. Bei deutschen Staatsangehörigen weist die Wanderungsstatistik seit 2005 in jedem Jahr einen negativen Saldo aus, was aber politisch erstaunlich folgenlos bleibt. Im Jahr 2025 zogen 97.000 Deutsche mehr fort, als aus dem Ausland zurückkehrten. Am häufigsten führte der Weg in die Schweiz, nach Österreich und nach Spanien. Neben der Steuerlast beeinflusst die Erfahrung mit dem Staat die Wahl des Wohn- und Unternehmenssitzes. Wer hohe Abgaben entrichtet, erwartet Ämter, die Anträge in vertretbarer Zeit bearbeiten und eine klare Auskunft über Zuständigkeiten geben. Klappt dies nicht, kann der Eindruck eines schlechten Verhältnisses zwischen staatlicher Leistung und ihrem Preis entstehen – das kann zum Wegzug motivieren.

Vermögen zwischen mehreren Rechtsräumen

Aber noch vor dem Wohnsitz können sich die finanziellen Beziehungen verlagern. Eine internationale Vermögensstruktur kann ein Depot oder ein Konto bei einem ausländischen Institut umfassen. Eine solche Verteilung kann wirtschaftlich vernünftig sein. Wer hohe liquide Mittel bei einem einzigen Institut hält, hängt von dessen Geschäftspolitik und technischer Infrastruktur ab. Eine weitere Verwahrstelle in einem anderen Rechtsraum vermindert diese Konzentration. Für einen Unternehmer, der regelmäßig in anderen Währungen zahlt oder investiert, kann eine ausländische Bank zudem den laufenden Geschäftsverkehr erleichtern. Ob die Struktur vernünftig ist, hängt von ihrer konkreten Aufgabe ab. Tilmann Speck, Gründer und Geschäftsführer von Plan F Finanzdienstleistungen in Stuttgart, kennt diese Überlegungen aus der Beratung. „Viele Vermögen sind über Jahre gewachsen, ohne dass die Struktur einmal konsequent aus der Perspektive des Vermögensschutzes betrachtet wurde", sagt der Volkswirt. Bei international tätigen Unternehmern entspricht die Verteilung oft der geografischen Reichweite ihres Geschäfts. Speck warnt vor einem Auslandsdepot als bloßer Beruhigung: „Wer ein Depot im Ausland eröffnen will, sollte sich darüber Gedanken machen, welche Aufgabe der ausländische Baustein in der Gesamtstruktur erfüllen soll. Die Produktauswahl kommt später."

Eine solche Struktur lässt den deutschen Wohnsitz unberührt. Politische Bedeutung gewinnt sie, sobald das Vertrauen in ausländische Institutionen den Ausschlag gibt. Der Vermögensinhaber zahlt seine Steuern weiterhin in Deutschland, verlegt aber Bankbeziehungen und die damit verbundenen Entscheidungen ins Ausland. So entsteht eine wirtschaftliche Distanz, die einen späteren Wegzug erleichtert. Die Schweiz und Liechtenstein ziehen solche Bankbeziehungen seit Jahrzehnten an. Beide Finanzplätze verfügen über Erfahrung mit Kunden, deren Vermögen und Unternehmen mehrere Staaten berühren. Die Schweiz bietet mit dem Franken eine eigene Währung und genießt den Ruf, Eigentumsrechte verlässlich zu schützen. Liechtenstein verbindet den Zugang zum Europäischen Wirtschaftsraum mit dem gemeinsamen Wirtschaftsraum der Schweiz. Seine Regierung wirbt mit politischer Kontinuität und einer zentralen Anlaufstelle für Unternehmen.

Für Bürger heißt das: Ein liberales Staatsverständnis ordnet wirtschaftliche Freiheit rechtlich und begrenzt den Aufwand – was aber nichts mit dem früheren Bild vom geheimen Schweizer Konto zu tun hat. Die Schweiz tauscht seit 2018 Finanzkontendaten mit den EU-Staaten aus. Liechtenstein bekennt sich ebenfalls zu den Standards der OECD. Auslandsvermögen entzieht seinen Eigentümer daher nicht der deutschen Steuerpflicht. Die Verlagerung geschieht offen und wird trotz des zusätzlichen Aufwands gewählt. Anfang 2025 lebten rund 329.900 deutsche Staatsbürger in der Schweiz.

Eine Steuer auf nicht realisierte Wertzuwächse

Mit der Verlagerung des Wohnsitzes beginnt aber auch ein anderer rechtlicher Vorgang. Die Wegzugsbesteuerung erfasst insbesondere Gesellschafter, die innerhalb der vergangenen fünf Jahre mindestens ein Prozent an einer Kapitalgesellschaft hielten und in den letzten zwölf Jahren wenigstens sieben Jahre in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig waren. Das Außensteuergesetz behandelt ihre Anteile beim Wegzug so, als wären sie zum Marktwert verkauft worden. Dadurch werden Wertzuwächse besteuert, die während der deutschen Steuerpflicht entstanden sind. Der Unternehmer hat zu diesem Zeitpunkt häufig keinen Anteil veräußert und deshalb auch keinen Kaufpreis erhalten. Deutschland begründet die Regel mit seinem Anspruch auf Wertzuwächse, die unter seinem Besteuerungsrecht entstanden sind. Für den Betroffenen kann die Forderung dennoch zu einem Liquiditätsproblem werden, weil sein Vermögen im Unternehmen gebunden ist. Steuerberater Marcus Wiemann von der Bormann Wiemann + Partner Steuerberatung in Geldern verweist auf die gesetzliche Zahlungsregel: „Der Gesetzgeber sieht dafür eine zinslose Ratenzahlung über sieben Jahre vor." Das Finanzamt verlangt dafür in der Regel eine Sicherheit. Seit 2025 können unter weiteren gesetzlichen Voraussetzungen auch privat gehaltene Anteile an Investmentfonds erfasst werden.

Die katholische Soziallehre bietet für diesen Konflikt einen Maßstab, der den Pflichten beider Seiten gerecht wird. Der Staat darf Steuern erheben, um öffentliche Aufgaben zu erfüllen und den sozialen Ausgleich zu finanzieren. Er schuldet den Bürgern dafür einen gewissenhaften Umgang mit den Einnahmen. Das Privateigentum dient der persönlichen und familiären Freiheit. Mit dieser Freiheit verbindet sich eine soziale Funktion. Wer ein Unternehmen aufgebaut hat, bleibt dem Gemeinwesen verpflichtet, in dem dies möglich war. Ob Unternehmer ihre Zukunft weiterhin mit Deutschland verbinden, entscheidet sich daher lange vor dem Steuerbescheid.

Der Autor ist Germanist und Prorektor der Allensbach Hochschule (Konstanz). Er ist als Publizist und Berater tätig.



Odysseus (gespielt von Matt Damon) lässt sich an den Mast seines Schiffes binden, um dem Gesang der Sirenen lauschen zu können, und erlebt dabei höchste Freude und tiefste Verzweiflung. Ähnlich widersprüchlich sind auch die Reaktionen auf Nolans Verfilmung der „Odyssee“. *Foto: Imago/Landmark Media*

Wandlungsreicher Odysseus

Anti-weiß und woke? Oder konservativ und christlich? Die Deutungen von Christopher Nolans „Odyssee“-Verfilmung könnten unterschiedlicher kaum sein. Die Kontroverse spricht für das Werk

VON SEBASTIAN OSTRITSCH

Odysseus ist in der Hölle gelandet. Im „Malebolge“, dem achten Höllenkreis, um genau zu sein. Dort gehören sie hin, die Trickser und Betrüger. Und wer wäre ein schlimmerer Täuscher gewesen als der Grieche, durch dessen hölzernes Pferd Troja zu Fall kam? Zur Strafe muss er brennen, allein, eingehüllt in eine Flamme. Dieses postmortale Schicksal für den von Homer als „vielgewandt“, „listenreich“ und „göttlich“ besungenen Helden hat sich Dante Alighieri in seiner „Divina Commedia“ ausgedacht. Hätte es Anfang des 14. Jahrhunderts bereits X/Twitter gegeben, hätte Dante wohl einen ziemlichen Shitstorm für diese christianisierende Umwandlung des griechischen Mythenstoffs aushalten müssen. Womit wir beim Film der Stunde, Christopher Nolans dreistündigem Epos „The Odyssee“, wären.

Lange ist es her, dass ein Kinofilm zum gesellschaftlich-kulturellen Großereignis geworden ist, über das alle mitreden wollen, selbst jene, die den Film nicht gesehen haben. Zu Letzteren gehört der österreichische Aktivist Martin Sellner, Gründungsfigur der Identitären Bewegung Österreich und heute Wortführer der europäischen Remigrationsbewegung. Er forderte Anhänger und Sympathisanten auf, den Film zu boykottieren. Der Hauptgrund: das Casting Nolans, das Sellner als Verächtlichmachung, ja symbolische Auslöschung der europäischen Identität deutet.

In der Tat gibt es einige, neutral gesagt, unkonventionelle Rollenbesetzungen. Um nur drei besonders auffällige zu nennen: Die „weißarmige Helena“, deren Entführung nach Troja den Krieg auslöst, wird von der schwarzen, kenianischstämmigen Lupita Nyong’o verkörpert. Odysseus’ Gefährte Eurylochus wird von Himesh Patel gespielt, dessen indische Abstammung augenfällig ist. Und statt Achilles lässt Nolan den Charakter Sinon auftreten, der eigentlich der „Aeneis“ des Vergil entstammt und der im Film von Elliot Page gemimt wird, wie sich Ellen Page seit einer hormonellen und operativen „Geschlechtsangleichung“ nennt.

Dass eine „Transperson“ einen derart prominenten Auftritt bekommt, hat auch den bekannten US-amerikanischen katholischen Apologeten Trent Horn dazu bewogen, den Film nicht anzuschauen: Aus ethischen Gründen könne er persönlich die Normalisierung einer Ideologie, die junge Menschen zur irreversiblen Selbstverstümmelung verleite, nicht mit dem Kauf einer Kinokarte unterstützen, auch wenn er diesbezüglich keine moralische Forderung für andere aufstellen wolle.

Dem Film wurde aber nicht nur Wokeness vorgeworfen, sondern auch, dass er den Geist des Originals verfehle. Helme, Rüstungen und Boote seien historisch inakkurat, statt des strahlend blauen Mittelmeers zeige Nolan einen düsteren grau-schwarzen Ozean und dem titelgebenden Helden fehlten Humor, Spritzigkeit und Übermut. Stattdessen zeige der Film einen grübelnden Kriegsveteranen, der angesichts der von ihm mitzuverantwortenden Kriegsgräuel an einem schlechten Gewissen, ja geradezu einer Art posttraumatischer Belastungsstörung, leide. Statt einen Einblick in die Andersartigkeit der heroischen griechischen Seele zu Zeiten Homers zu gewähren, sei der Film nur ein altbekanntes Psychogramm der westlichen Schuldmentalität des 21. Jahrhunderts. Selbst die Altphilologin Emily Wilson, deren erste „feministische“ Übertragung der „Odyssee“ auch von Nolan ausführlich zurate gezogen worden sein soll, wies in einem Interview darauf hin, dass Homers Odysseus auf Ruhm und Beute bei der Plünderung Trojas aus sei. Nolans Film dagegen habe ein gewisses Interesse an Scham, aber kein Interesse an Ruhm.

Während einige dieser Punkte fraglos zutreffen, zeigen andere eher die Halbbildung der Kritiker auf. So ist etwa bei Homer immer wieder vom „weinfarbenen Meer“ die Rede, einen „blauen“ Ozean sucht man bei ihm dagegen vergeblich. Den Vogel schoss der konservative amerikanische Kommentator Matt Walsh ab, als er Nolan die nicht-lineare Präsentation des Films vorwarf, offenbar im Unwissen darüber, dass dies keine postmoderne Volte des Regisseurs ist, sondern Homers ursprünglicher Erzählweise entspricht. Dass dem Film die historische Authentizität abgeht, ist dagegen nicht zu leugnen: Kostüme und Casting bilden nicht die Bronzezeit ab, zu der das Heldenepos Homers spielt. Das aber ist kein Versehen, sondern offenbar eine bewusste ästhetische Entscheidung. Nolan wollte nicht Homers „Odyssee“ auf die Kinoleinwand bannen, sondern seine Adaption des Stoffes. Ist diese aber überhaupt so woke wie behauptet?

Was die Figur des Sinon und die Besetzung mit Elliot Page angeht, hat der orthodoxe Ikonenschnitzer und YouTuber Jonathan Pageau eine überraschend andere Deutung vertreten: Sinon sei in der Geschichte im Wortsinne ein Ersatzmann, denn er trete an die Stelle des Antinoos, der eigentlich zum Kriegsdienst ausgelost wird, aber aus Feigheit sein Los mit Sinon tauscht. Während Antinoos in Abwesenheit des Odysseus als Freier um die Hand von Odysseus’ Frau Penelope und damit den Königsthron von Ithaka buhlt, ereilt Sinon ein blutiges Schicksal am Strand von Troja. Dass der Transgendermann Page den Ersatzmann Sinon spiele, ist für Pageau eine filmische List ganz im Sinne des Odysseus. Die Botschaft dahinter aber sei gerade nicht woke, sondern konservativ: Die Krise der Männlichkeit – der Unwille der Männer, ihrer zugelosten Rolle nachzukommen – führt überhaupt erst zur Auflösung der Geschlechterrollen und dem Phänomen von „Ersatzmännern“, die ein tragisches Schicksal zu erleiden hätten.

Auch wenn diese Interpretation Pageaus etwas überspannt wirken mag, so ist die Grundbotschaft des Films – unabhängig von der Transthematik – tatsächlich durch und durch konservativ: Nolans Odysseus erkennt, dass seine gesamte Zivilisation im Untergang begriffen ist, weil sie sich gegen das überpositive, göttliche Gesetz gestellt hat. Dieses wird im Film als „das Gesetz des Zeus“ bezeichnet: Da man nicht wisse, ob der andere nicht in Wahrheit ein verkleideter Gott sei, gelte das Gebot der Gastfreundschaft – allerdings für beide Seiten: den Gastgeber wie den Gast. Die Erkenntnis des Odysseus, durch seine Kriegslist selbst zur Auflösung dieses Gesetzes beigetragen zu haben, hindert ihn nicht daran, am Ende die schamlosen, das Gastrecht mit Füßen tretenden Freier in seinem Palast zur Strecke zu bringen. Überhaupt kehrt Odysseus im Film nicht mit der Absicht zurück, aus einem schlechten Gewissen heraus das Patriarchat abzuschaffen und eine feministische Basisdemokratie zu errichten, sondern um die alte Ordnung wiederzubeleben – und das, obwohl die Welt, die diese Ordnung trägt, im Niedergang begriffen ist. Entsprechend zeigen die letzten Szenen des Films, wie der Sohn Telemachos die Herrschaft übernimmt, während Odysseus und Penelope in den Westen segeln.

Die Übersetzerin Emily Wilson hat recht: Nolans Film ist der antike Gedanke des Kriegsruhms fremd, ja er untergräbt ihn sogar. Bei Homer heißt es im achten Gesang, als der titelgebende Held einen Sänger über die Eroberung Trojas singen hört: „Aber Odysseus schmolz hin, und Tränen quollen ihm aus den Lidern hervor und benetzten seine Wangen.“ Wehmut ergreift den umherirrenden Helden ob der unwiderruflich vergangenen Größe früherer Tage. Nolan transponiert diese Tränen ins Moralische; er verwandelt sie in Scham und Trauer über das unbarmherzige Wüten der griechischen Soldaten und Odysseus’ eigene Mitschuld. Nachvollziehbar, ja geradezu natürlich ist ein solcher Gedanke aber erst jenen, die in einer vom Christentum durchformten Welt großgeworden sind.

Nolan ist kein christlicher Regisseur und sicher wollte er keinen christlichen Film drehen. Dennoch konnte er offenbar nicht anders, als auf die moralischen und symbolischen Register des Christentums zurückzugreifen, um seine Geschichte zu erzählen. Dasselbe gilt auch von Nolans „Gesetz des Zeus“, von dem bei Homer nirgends die Rede ist: Im Mitmenschen, im Fremden, ja sogar im Feind den potenziellen Gott und damit den göttlichen Funken zu sehen, ist fraglos ein christlicher Gedanke. Dass das einer nietzscheanischen Rechten, die sich nach der Inszenierung einer erbarmungs- und gewissenlosen „blonden Bestie“ sehnt, zuwider ist, verwundert nicht.

Dante hingegen hätte diesem reuigen Odysseus seine Untaten vielleicht sogar verziehen und ihn aus dem achten Höllenkreis in den Limbus verlegt, wo unter den ungetauften Kindern und Gerechten auch die trojanischen Helden Hektor und Aeneas wandeln.

Tanz, Tilma und Transzendenz

Mexikos Nationalheiligtum Guadalupe ist eines der größten Marienwallfahrtsziele der Welt. Auf 2 200 Metern wird die Luft dünn, der Glaubensfreude tut das aber keinen Abbruch

VON ANDREAS DROUVE



Das fröhliche Pilgergrüppchen mit Iztlacihuatl Coorcí (rechts) ist begeistert vom Besuch des Marienheiligtums. *Fotos: Andreas Drouve*

Die Sonne brennt gnadenlos, aber das macht Citlalli Bono und ihren Freunden nichts aus. Heute feiern sie im Heiligtumsbezirk von Guadalupe ihr persönliches Fest des Glaubens. In der dünnen Höhenluft von über 2 200 Metern tanzen und singen sie einen ganzen Samstag lang, fast ohne Pause. Im Mittelpunkt zu stehen, entspricht jedoch nicht ihrer bescheidenen Art. Deswegen hat das etwa zwanzigköpfige Grüppchen die obere Esplanade gewählt, etwas abseits der Sakralbauten und des Andrangs der Pilgerscharen. „Wir sind gekommen, um unserer Mutter Maria zu danken“, so die 50-jährige Citlalli, die aus dem Innern heraus strahlt, ganz ergriffen und noch etwas außer Atem ist. Ähnlich ergeht es Iztlacihuatl Coorcí (33), auf deren leuchtweißem Kleid das typische Motiv der Jungfrau von Guadalupe prangt. „Möge uns Maria unter ihren Schutzmantel nehmen“, wünscht sich Iztlacihuatl.

Juan Diego war ein einfacher Indigener, der heute als Heiliger verehrt wird. Auf ihn gehen die Berichte über die Erscheinungen Mariens auf dem Hügel Tepeyac im Jahr 1531 zurück. Daraus erwuchs an selber Stelle im Nordteil von Mexiko-Stadt das Nationalheiligtum Guadalupe, eines der größten Marienwallfahrtsziele der Welt. Der Weg dorthin führt durch den Alltag des Millionenmolochs. Der Verkehr dröhnt. Um Straßenstände wehen Abgasschwaden. Ein Geschäft wirbt mit der Bekämpfung von Rattenplagen. Scheibenputzer nutzen die Rotphasen der Ampeln, um zu wischen und zu wienern, und spekulieren auf ein paar Pesos von Autofahrern. Es ist ein täglicher Kampf ums Überleben – und das Nationalheiligtum von Guadalupe für viele Menschen ein Ort der Hoffnung.

Marias Abbild im Umhang

Hinter den Torgittern öffnet sich ein riesiger Platz mit der alten und neuen Basilika und der Pfarrkirche Santa María de Guadalupe Capuchinas. Ein Denkmal ehrt Johannes Paul II., der das Heiligtum während seines Pontifikats siebenmal besuchte und 2002 Juan Diego als ersten Ureinwohner Amerikas heiligsprach.

Juan Diego – so sein Taufname – hieß ursprünglich Cuauhtlatoatzin. Er wurde um 1474 geboren und stammte aus dem Volk der Chichimeken. Die Überlieferung besagt, dass ihm die Gottesmutter im Dezember 1531 auf dem Hügel Tepeyac mehrmals erschien. Maria trug Juan Diego auf, zum zuständigen Bischof zu gehen und ihm mitzuteilen, man möge ihr zu Ehren ein Heiligtum errichten, wo sie den Menschen „meine ganze Liebe, meinen erbarmenden Blick, meine Hilfe, meinen Trost, meine Rettung“ geben könne. Bischof Juan de Zumárraga schenkte ihm keinen Glauben. Traurig kehrte Juan Diego zum Hügel zurück, wo ihn Maria erwartete und ihm Mut zusprach. Kurz darauf wurde er wieder im Bischofspalast vorstellig. Erneut reagierte Zumárraga ablehnend und verlangte, die Vorkommnisse „durch andere Zeichen“ als die der Worte zu belegen. So kam es zum Rosenwunder. Maria trug Juan Diego auf, an einer bestimmten Stelle des Gipfels Rosen zu pflücken, die wegen der frostigen Jahreszeit dort eigentlich nicht blühen konnten. Er sammelte sie in seinem traditionellen aztekischen Umhang, der Tilma.

Unter den Rosen verbarg sich jedoch etwas anderes. In der aus Kaktusfasern gefertigten Tilma hatte Maria ihr Abbild von fotografischer Genauigkeit hinterlassen. Der deutsche Sachbuchautor Paul Badde skizzierte die finale Begegnung von Juan Diego und dem Bischof in seinem Buch „Maria von Guadalupe. Wie das Erscheinen der Jungfrau Weltgeschichte schrieb“ wie folgt: „Und er breitete seinen weißen Umhang aus, in den er die Blumen eingeschlagen hatte. Als die herrlichen Blumen jedoch zu Boden fielen, verwandelte sich der Umhang augenblicklich in ein Zeichen. Plötzlich erschien das geliebte Bild der immerwährenden Jungfrau und heiligen Maria auf dem Tuch.“ Es brauchte keine weitere Überzeugungsarbeit, um den Bau des Heiligtums in die Wege zu leiten.

Elektrische Rollbänder

Ob sich tatsächlich alles so abgespielt hat? Fest steht, dass die erste Marienerscheinung in Lateinamerika ein wegweisender Schritt bei der Missionierung war und die „größte Massenbekehrung der Geschichte“ auslöste, so Autor Badde. Der mexikanische Literaturnobelpreisträger Octavio Paz (1914–1998) schrieb in seinem Essay „Das Labyrinth der Einsamkeit“: „Nachdem die Bande zu ihrer eigentlichen Kultur abgerissen, ihre Götter tot und ihre Städte zerstört waren, fanden die verwaisten Indios durch den katholischen Glauben einen neuen Platz in der Welt.“

Das wundersame Gnadenbild im Umhang ist bis heute der Kern der Verehrung von Guadalupe. Der Zugang führt hinter der modernen Basilika in einen Innenbereich, wo die Tilma mit ihrem Bildnis weit über Kopfhöhe und hinter Glas an einer golden glänzenden Wand hängt. Darunter fahren die Gläubigen auf elektrischen Rollbändern im Schneckentempo vorbei, schauen andächtig auf, filmen und fotografieren mit ihren Smartphones. Blitzaufnahmen sind untersagt. Maria ist in einen himmelblauen Umhang mit Sternen gehüllt, hat die Hände zum Gebet gefaltet und hält den Kopf leicht abwärts nach rechts geneigt. Still transportiert sie die göttliche Botschaft des Glaubens.

Die Rollbänder regulieren den Andrang. Bis zu vier Spuren sind in Betrieb, jede nur in Einbahnrichtung, geschätzte fünfzehn Meter lang. Wem eine Fahrt zu wenig ist, kehrt zu Fuß nach einer Schleife zum Ausgangspunkt zurück.

Ein Lied für den Gast

Der Andrang der Pilger ist gewaltig, insbesondere am Hauptfesttag, dem 12. Dezember. Auch sonst folgt im nüchternen Rundbau der neuen XXL-Basilika eine Messe auf die nächste – vor vollbesetzten Reihen, wie man sie in Europa kaum mehr kennt. Dass alles andere als himmlische Ruhe und keine andächtige Aura herrscht, scheint niemanden zu stören.

Ein Kuriosum draußen ist die Segnungskapelle. Ständig finden sich Ankömmlinge zu einem Zeremoniell ein, das sich binnen weniger Minuten wiederholt. Ein Priester spricht seine Segensformel und schöpft buchstäblich aus dem Vollen, indem er das Weihwasser schwungvoll mit einer Art Großbürste über der Menge verteilt. Es spritzt reichlich und meterweit. Einige Gläubige halten Babys hoch. Oder kleine Skulpturen, so wie Francisco, der hier in Mexiko-Stadt lebt. Am Christus, den er eben gekauft hat, hängen die Tropfen. „Ihn stellen wir zuhause auf und Kerzen davor. Dieser Christus bleibt für immer bei uns“, stößt Francisco begeistert hervor.

Juan Diego starb 1548, sein Vermächtnis lebt weiter. Die schönsten Darstellungen des Heiligen in Guadalupe sind Bronzereliefs nahe der Rollbänder, ein Buntglasfenster in der alten Basilika und ebendort eine übermannsgroße Bronzeskulptur hinter dem Eingang. Seine Augen richten sich himmelwärts. Um seinen Körper liegt die Tilma, auf der das Bildnis Mariens fein reliefiert ist.

„Wir ehren hier Maria, aber auch den heiligen Juan Diego“, bekräftigt Iztlacihuatl aus der fröhlichen Tänzer- und Sangesgruppe. Dann kommt ihnen eine Idee. Sie möchten für mich, den Gast aus der Ferne, ein Lied in Nahuatl anstimmen, der alten Sprache der Azteken. Ein bewegender Abschied.



Nebeneinander im Heiligtumsbezirk: die alte Basilika (links) und die Pfarrkirche Santa María de Guadalupe Capuchinas.

Der Verfasser ist freier Autor und Journalist. Er lebt in Spanien und ist auf Reise, Religionen & Kulturen spezialisiert.

MOMENT MAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es sind viele ermutigende, anregende, aber auch kontroverse Leserzuschriften, die uns bei der „Tagespost“ täglich erreichen. Für eine Redaktion ist es ein großes Geschenk, regelmäßig derart engagierte Rückmeldungen zu erhalten, wie wir es bei der „Tagespost“ gewohnt sind.
Zwei Dinge freuen uns besonders. Erstens: Für viele unserer Leser ist die „Tagespost“offenbar nicht einfach ein weiteres Blatt im Blätterwald, sondern eine katholische Herzensangelegenheit. Und zweitens: Es zeigt sich, dass unsere Leserschaft nicht einer homogenen Blase entstammt, sondern in jenen Dingen, in denen man als Katholik unterschiedlicher Auffassung sein kann, auch tatsächlich verschiedene Ansichten vertritt. Bitte lassen Sie uns auch weiterhin so rege an Ihren Eindrücken und Einschätzungen teilhaben. Wir wiederum bemühen uns, auch in Zukunft diesem gesunden Pluralismus gerecht zu werden.

IHRE REDAKTION

AfD und Kirche I

Mehr Fakten bitte

Zu „Das Kreuz mit der Identitätspolitik“ (DT vom 16. Juli): Der Kernsatz des Leitartikels lautet: „Das Wahlprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt kann man mit Fug und Recht als kirchenfeindlich bezeichnen.“ Warum das so sein soll, wird zunächst an der Kirchenmitgliedschaft führender AfD-Mitglieder meist anderer Bundesländer versucht festzumachen. Verglichen wird dazu auch die Kirchenmitgliedschaft in Sachsen-Anhalt mit der Quote im neugewählten AfD-Bundesvorstand. Interessanter wäre in diesem Zusammenhang vielleicht die Kirchenmitgliedschaft führender Mitglieder der anderen Parteien beziehungsweise Amtsträger gewesen.
Und dann wird noch der entkirchlichte Osten in Stellung gebracht (immerhin nicht der entchristliche Osten). Konkrete kirchenfeindliche Fakten werden nicht benannt. Und es fehlt ein Bezug zu den Kirchenaustritten, die bekanntermaßen durch Propaganda der Medien befördert werden und auch mit vielen abwegigen Handlungen anstelle der Pflege des Kerngeschäfts zusammenhängen. Weiter fehlen Aussagen über Themen des Wahlprogramms (korrekter Titel: Regierungsprogramm), die Christen am Herzen liegen, etwa Familienpolitik und Schutz ungeborenen Lebens. Gemäß der „Tagespost Strategie 100“ soll die „Tagespost“ kein Bistumsorgan, kein Parteiblatt und keine Empörungsmaschine sein. Der Beitrag weckt Zweifel.

Volker Spenke, 01728 Bannewitz-Hänichen

AfD und Kirche II

Kein wirksames Gegengewicht

Zu „Das Kreuz mit der Identitätspolitik“ (DT vom 16. Juli): Der Leitartikel von Benjamin Leven warnt vor der Diskrepanz zwischen dem Bekenntnis zum „christlichen Abendland“ und der geringen kirchlichen Verwurzelung im AfD-Vorstand. Diese Warnung ist angebracht. Sie wäre sogar noch deutlich auszuweiten: Denn eine Politik, die dem christlichen Menschenbild widerspricht, machen bestimmte Parteien seit jeher und spätestens seit der Ampelkoalition – ob bei der fortschreitenden Relativierung des Lebensschutzes, der Verankerung der Gender-Ideologie im Familienrecht oder einer Migrations- und Wirtschaftspolitik, die den Schutz der eigenen Bevölkerung ignoriert und den erarbeiteten Wohlstand erodiert. Durchgesetzt wurden ideologische Gestaltungsansprüche, eine Fehlallokation öffentlicher Mittel und eine zunehmende Entfremdung von den Prinzipien der Subsidiarität, der Generationengerechtigkeit und des Eigentumsrechts. Statt konstruktiver Schöpfungsverantwortung steht Weltrettung durch Klimaschutz als säkulare Ersatzreligion. Gegen diese Linie bildet die CDU derzeit kein wirksames Gegengewicht. Sie verspricht wertkonservative und ordnungspolitische Kurskorrekturen, setzt jedoch zentrale Elemente der bisherigen Politik vielfach – lediglich umbenannt – fort. Viele Christen, die sich der Partei Adenauers und Kohls noch verbunden fühlen, stehen deshalb vor der Frage: Inwieweit löst überhaupt eine der Parteien den Anspruch einer christlich geprägten Politik ein? Welcher Kern steckt hinter dem Schleier aus Schlagworten, Phrasen und Versprechungen? Levens Warnung vor der geringen kirchlichen Verwurzelung des AfD-Vorstands öffnet den Blick nicht weit genug, wenn sie zur alleinigen Perspektive wird. Die mangelnde christliche Substanz ist kein exklusives Problem einer einzigen Partei, sondern prägt weite Teile der politischen Klasse – und das hat deren Handeln in den vergangenen Jahren bereits hinreichend gezeigt. An der inneren Substanz allerdings wird sich entscheiden, ob das „christliche Abendland“ weiter abgewirtschaftet wird oder noch gerettet werden kann.

Markus Breuer, 51143 Köln

Unerlaubte Bischofsweihen der Piusbrüder I

Lieblose Kritiktöne

Zu den Beiträgen über die unerlaubten Bischofsweihen der Piusbrüder: Zunächst bin ich sehr dankbar dafür, dass es in dieser Zeitung Beiträge gibt wie „Die Crux mit der katholischen Tradition“ (DT vom 2. Juli), der sehr sachlich und ausgewogen alle zu Wort kommen lässt, ohne emotional anzuheizen – was meines Erachtens dringend nötig ist. Denn leider gibt es auch solche Beiträge wie die – gewiss zugespitzte – Polemik „Ab durch die Mitte“ (DT vom 9. Juli) und die Leserpost, welche die Exkommunikation der Piusbrüder als „Bumerang“ bezeichnet (DT vom 16. Juli). Mir tut das Herz weh, wenn der Konflikt auf die Unterschiede in der Liturgie reduziert oder die selbstgerechte Uneinsichtigkeit der Abtrünnigen mit den ebenso selbstgerechten Widerständen gegen die kirchliche Glaubenslehre von anderen Seiten gerechtfertigt wird. Ginge es beispielsweise nur um die Möglichkeit der Liturgie im außerordentlichen Ritus, hätte es keine unerlaubten Bischofsweihen gebraucht. Es geht aber unter anderem auch um die Achtung der Wahrheitserkenntnis außerhalb der vollen Einheit der Kirche, die das Zweite Vatikanische Konzil meines Erachtens völlig zurecht eingefordert hat. Mir tut das Herz weh, wenn ich solche lieblosen (und darin keineswegs christlichen) Kritiktöne ertragen muss, da ich mich als Kirchenmusikerin unter anderem im Pfarreidienst immer für mehr liturgische Treue, für die Lesungen des Alten Testamentes, für die würdige Feier der Gegenwart Gottes im ordentlichen Ritus stark gemacht habe und weiter einsetzen will. Ich sehne mich nämlich selbst sehr danach! Übrigens ist auch nicht jede Abweichung oder Vereinfachung von Disziplinlosigkeit motiviert. Das muss mir nicht alles immer gefallen (es gibt bessere und schlechtere Neue Geistliche Lieder als das „Kindermutmachlied“), aber ich will gerecht bleiben. Ich habe auch mit Brautpaaren und Taufeltern öfter diskutiert, wenn musikalische Wünsche in der Liturgie einfach nichts zu suchen hatten, habe versucht zu vermitteln, dass die Musik und die liturgischen Texte nicht nur „Sauce“ beziehungsweise „schöner Rahmen“ sind, dass die Sakramente nicht etwas sind, das man „machen lässt“ wie eine Frisur etc. Manchmal habe ich dafür Unverständnis geerntet (einmal auch Beschimpfung) oder sogar den Hinweis: „Der Pfarrer hat’s aber erlaubt“, mit dem unausgesprochenen Subtext: „Da dürfen Sie als Kirchenmusikerin doch nichts dagegen haben, Sie sind doch nur eine Dienstleisterin.“ Viel öfter aber habe ich Dankbarkeit und Bereitschaft zum Mitdenken erlebt, wenn Paare oder Eltern von mir erfahren konnten, was warum wirklich angemessen ist und dass es dann immer noch genug wunderschöne Möglichkeiten gibt; dass der Gottesdienst nicht dafür da ist, sich selbst zu inszenieren oder dem Kind irgendeinen halb magischen Talisman mitzugeben; dass die Taufe oder die Ehe nicht mit dem Festtag vorbei oder gar abgeschlossen sind, vielmehr der neue Stand erst verwirklicht wird im christlichen Alltag, wenn wir nämlich lernen und üben, „in der Wirklichkeit des neuen Lebens [zu] wandeln“ (Römer 6,4). Meine Erfahrung ist, dass viele Leute zwar ahnungslos, aber dabei keineswegs unwillig zum richtigen Verständnis sind. Es wird nichts besser und hilft niemandem, es dient auch nicht der Ehre Gottes, wenn der Kirche und ihrem Hirten, dem Papst, im Namen der Treue die Treue gekündigt wird – ob von links oder von rechts.

Sr. Sofie Lex, 92318 Neumarkt in der Oberpfalz

Unerlaubte Bischofsweihen der Piusbrüder II

Rom ist nun klüger: Es ist ein Schisma

Zum Leserbrief „Exkommunikation wirkt wie ein Bumerang“ (DT vom 16. Juli): Dem Leserbrief von Pfr. i. R. Paul Spätling muss ich widersprechen. Es ist nicht richtig, dass Papst Leo XIV. die Bischöfe der Piusbruderschaft exkommuniziert hätte, sondern sie haben es selbst getan. Auf unerlaubte Bischofsweihen steht die Exkommunikation als Tatstrafe. Das bedeutet, durch die Tat tritt sie automatisch in Kraft. Rom hat also nur festgestellt, dass diese Tat erfolgt sei und damit die Strafe auch eingetreten ist. Das sollte für jeden nachvollziehbar sein. Während Papst Johannes Paul II. bei den Bischofsweihen von 1988 versuchte, Wege offenzuhalten, um eine Rückkehr zu erleichtern, indem er in seinem Motu Proprio nur von einem „schismatischen Akt“ sprach, ist Rom heute klüger: Es ist ein Schisma. Selbst wenn die Piusbruderschaft heute geschlossen zurückkehren würde, würde das Schisma, das 1988 durch die illegalen Bischofsweihen begann, weiter fortbestehen. Man kann im Internet immer wieder die Namen von drei Priestern finden, die Bischof Williamson, also einer der damaligen Neubischöfe, geweiht hat. Was werden diese Bischöfe tun? Es ist sehr stark anzunehmen, dass diese auch Bischofsweihen vornehmen werden. Ein Schisma ist entstanden und wird weiterleben. Man durfte sich auch über diese Abspaltung innerhalb der Piusbruderschaft nicht wundern. Wenn man die Bitte Christi um Einheit in seinem hohepriesterlichen Gebet so mit Füßen tritt und die Einheit mit dem Papst und dem Kollegium der Bischöfe aufkündigt, dann durfte man nicht erwarten, dass die Gnade der Einheit geschenkt wird. Auch darf man nicht vergessen, dass das Schisma von 1988 mit einer Lüge begann: Auf die liturgisch vorgesehene Frage, ob ein päpstliches Mandat vorhanden sei, wurde mit „Ja“ geantwortet. Das war definitiv nicht der Fall; Papst Johannes Paul II. hatte sich klar und eindeutig gegen die Weihe ausgesprochen. Anschließend wurde mit einer lateinischen Erklärung herunterphantasiert, warum doch ein päpstliches Mandat vorhanden sei. Immer wieder wird dabei behauptet, dass das Heil der Seelen das oberste Gesetz sei. Wenn man also selbst entscheiden kann, was dem Heil der Seelen dient, dann ist jedes Gesetz überflüssig, man steht ja mit seiner Argumentation darüber. Man kann folglich tun und lassen, was man will. Das wäre dann das absolute Chaos. Mit der Argumentation weiht dann der erste Bischof verheiratete Männer zu Priestern und der zweite dann Frauen. Die Kirchengeschichte lehrt uns etwas anderes. Beim Osterfeststreit zwischen Papst Viktor I. und den kleinasiatischen Bischöfen verhängte der Papst über die ganze Region das Interdikt. Es durften überhaupt keine Sakramente gespendet werden. Schärfer geht es nicht. Der heilige Irenäus (Kirchenvater und Kirchenlehrer) schrieb dazu, dass der Papst unklug gehandelt hätte. Aber keine Spur, dass er dies nicht gedurft hätte, dass die Maßnahme nicht gültig sei, da doch das Heil der Seelen oberstes Gesetz ist. Nichts. Viele vergessen, dass beim Ersten Vatikanum nicht nur das Dogma der Unfehlbarkeit verkündet wurde, sondern auch das Dogma des Jurisdiktionsprimates. Es lohnt sich, die Definition einmal nachzulesen, sie geht sehr weit. Neuerdings argumentieren gewisse Kreise, die illegalen Bischofsweihen seien gut für die Kirche und damit nicht sündhaft. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen. Wir haben mit den Weihen eine schwere Sache, so schwer, dass das Kirchenrecht die höchste Strafe verhängt. Und auch in ihrem Handeln zeigen sie, dass sie die Schwere der Sache sehen, denn der Aufwand, den sie betrieben haben, zeigt klar, dass es auch in ihren Augen ein großes Ereignis war. Dazu kommt, dass die Betreffenden davon wussten; das Kirchenrecht sollten die Piusbrüder auch kennen und die wiederholten Aufrufe und Briefe von Papst Leo XIV. sind ihnen nicht unbekannt. Die Freiwilligkeit setze ich voraus. Eine schwere Sache, bewusst und freiwillig, was soll für eine schwere Sünde fehlen? Für mich als Laie ist alles vorhanden. Und auch für die Priester und Gläubigen der Piusbruderschaft ist es keine Kleinigkeit, bewusst der Trennung vom Papst und dem Kollegium der Bischöfe zuzustimmen. Daher ist die Ermahnung an die Priester und Gläubigen der Piusbruderschaft auch richtig und wichtig. Vor allem, da es in der Zwischenzeit einige Gemeinschaften gibt, bei denen sie die Sakramente in der überlieferten Form gespendet bekommen, die aber in Einheit mit dem Nachfolger Petri stehen. Warum muss man gegen den Willen des Papstes handeln, wenn man dies auch in Einheit mit ihm tun könnte? Auch das Argument mit den Berufungen zieht nicht. Nicht nur die Piusbruderschaft hat Zulauf, andere Gemeinschaften auch. Und wenn man jetzt verfolgen kann, wie plötzlich – sehr stark in Frankreich – Zehntausende sich an Ostern taufen ließen, dann tut sich etwas, das man wohl dem Heiligen Geist zuschreiben darf.

Klaus Peter Kuhn, 88145 Opfenbach

CDU-Politiker fordert Pille für den Mann

Der „Frauenpille“ etwas voraus

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich der Traum des CDU-Europapolitikers Peter Liese nach einer „Männerpille“ zur Geburtenregelung erfüllen wird. Diese ist für die Pharma-Industrie bisher völlig uninteressant, da sich aller Voraussicht nach nur eine geringe Anzahl von Männern für eine solche Pille erwärmen lassen würde. Nachdem sich inzwischen viele Frauen, die sich anfänglich geradezu in Massen auf die „Antibabypille“ stürzten, aus gesundheitlichen Gründen mehr und mehr zurückziehen, ist es sehr unwahrscheinlich, dass nun die Männer in die Bresche springen. Sollte die „Männerpille“ jedoch trotzdem auf den Markt kommen und die Verschmelzung von Ei und Samenzelle tatsächlich verhindern, dass also wirklich kein Mensch entsteht, wie es Liese vorschwebt, dann hätte sie damit der „Frauenpille“ das Wesentlichste voraus. Sie hätte also mit Abtreibung, der Tötung eines Menschenkindes am Anfang seines Lebens, nicht das Geringste zu tun. Was jedoch bleibt, ist die Problematik der künstlichen Empfängnisregelung.

Edeltraud Krieglmeier, 84564 Oberbergkirchen

Debatte um Leihmutterschaft

Christliche Scheinheiligkeit

Zu „Es geht um mehr als Glaubwürdigkeit“ (DT vom 23. Juli): Die Causa um die Bundestagsabgeordneten Jens Spahn und Hendrik Streeck sowie die jüngsten beschwichtigenden Äußerungen der Unionsführung im ZDF-Sommerinterview erschüttern das Fundament der christlichen Werteordnung in unserem Land zutiefst. Dass prominente Unionspolitiker das gesetzliche Verbot der kommerziellen Leihmutterschaft im Inland umgehen, um im Ausland mittels beträchtlicher finanzieller Mittel Kinder wie eine Ware auf einem Markt zu erwerben, ist ein unerträglicher moralischer Bankrott. Aus katholischer Sicht stellt dieses Vorgehen eine fundamentale Verletzung der christlichen Schöpfungsordnung und der unantastbaren Würde des menschlichen Lebens dar. Es degradiert Frauen zu bloßen Objekten und Kinder zu einer käuflichen Handelsware. Besonders unerträglich wirkt die eklatante Doppelmoral: Herr Spahn hat als Bundesgesundheitsminister diese Praxis im Inland vehement und aus guten ethischen Gründen abgelehnt, nutzt sie nun jedoch für private Zwecke und behält hochmütig sein Bundestagsmandat samt der steuerfinanzierten Diäten. Als gebürtiger Nürnberger, der in seiner Heimatstadt getauft wurde und alle Sakramente empfangen hat, zieht mir diese christliche Scheinheiligkeit nach fast 58 Jahren treuer Zugehörigkeit den Boden unter den Füßen weg. Zusammen mit den unaufgeklärten Missbrauchsskandalen der Kirche und dem starren Festhalten am Zölibat bringt dieser politische Sumpf das Fass zum Überlaufen: Ich sehe mich aus Gewissensgründen gezwungen, meinen Kirchenaustritt zu erklären. Wenn das „C“ im Namen von Spitzenpolitikern zu einer leeren Worthülse für wohlhabende Privilegierte verkommt und die Kirche zu dieser unchristlichen Grenzüberschreitung beharrlich schweigt, verliert die Institution ihre moralische Autorität. Wahre christliche Ethik lässt sich nicht mit Geld kaufen oder umgehen!

Markus Miehling, 90469 Nürnberg

HINWEIS

Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Kürzungen behalten wir uns vor. Wir lesen alle Zuschriften aufmerksam, bitten aber um Verständnis, dass wir keine Auskunft darüber geben können, warum einzelne Leserbriefe nicht veröffentlicht wurden. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften: leserbrief@die-tagespost.de.

Die Redaktion

Die Tagespost
Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur
Vormals Deutsche Tagespost
Katholische Zeitung für Deutschland.
1948 begründet von Johann Wilhelm Naumann
Herausgeber:
Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung, vertreten durch Dr. Norbert Neuhaus, Antonio Keglevich, Christoph Konopka, Prof. Dr. Riccardo Wagner, Veronika Waldburg-Zeil
Mitherausgeber: Guido Horst
Chefredakteur: Dr. Benjamin Leven
Geschäftsführung:
Prof. Dr. Riccardo Wagner, Barbara Sollfrank
Redaktion:
Stephan Baier (Außenpolitik, Büro Österreich, EU-/Südosteuropa-Korrespondent), Heinrich C. Brinker (Feuilleton, Medien), Regina Einig (Kirche aktuell, Religiöse Literatur), Sina Hartert (Ehe & Familie), Maximilian Lutz (Chef vom Dienst Online-Redaktion), Dr. Sebastian Ostritsch (Chef vom Dienst Print, Literatur, Salon, Reise), Jakob Ranke (Online-Redaktion, Wirtschaft & Soziales), Stefan Rehder (Korrespondent für Bio-Ethik, Glaube & Wissen), Sebastian Sasse (Politik, Theologie & Geschichte, Medien)
Erscheinungsweise: donnerstags
Monatlicher Abonnementpreis einschließlich gesetzlicher Mehrwertsteuer bei Inlandslieferung: EUR 19,45 einschließlich der Kosten für Postzustellung.
Abonnements sind zum letzten Tag eines Kalendermonats kündbar, sofern uns die Kündigung bis zum 10ten des laufenden Monats zugeht. Maßgeblich ist der Zugang beim Verlag. Änderungen des Bezugspreises werden im Monat vor dem Inkrafttreten in der Zeitung angekündigt. Sie gelten für alle laufenden Abonnements. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch.
Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 1. Januar 2026. Die Tagespost unterzieht sich der laufenden Auflagenkontrolle durch die IVW.
Für unverlangt eingesandte redaktionelle Beiträge wird eine Gewähr nicht übernommen. Rücksendungen erfolgen in jedem Fall nur, wenn Rückporto beiliegt.
Druck: Main-Post GmbH
Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH,
Berner Straße 2, D-97084 Würzburg
Telefon: Zentrale 0931 / 30863-0,
Buchhaltung 30863-25,
Vertrieb 30863-32 – Fax 30863-33
(vom Ausland aus: 0049 vorwählen)
E-Mail: info@die-tagespost.de
LIGA Bank, IBAN: DE50 7509 0300 0003 0102 01,
BIC: GENODEF1M05
Internet: www.die-tagespost.de
www.die-tagespost.at
Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung,
Berner Straße 2, D-97084 Würzburg
LIGA Bank, IBAN: DE53 7509 0300 0003 0102 44,
BIC: GENODEF1M05